

nach Präliminare. Eine ganz erkleckliche Summe. Die Finanzierung erfolgt so — und das ist ja schon gesagt worden — aus ERP-Mitteln werden 10 Millionen Schilling aufgebracht, Subvention aus der Bergbauförderung weitere 10 Millionen, Landeskredit 13 Millionen, und der Rest ist Eigenfinanzierung der Graz-Köflacher-Bahn. Über die Beschäftigtenzahl ist hier bereits gesprochen und gestritten worden, ich will also nicht noch mit einer dritten Ziffer — ich habe nämlich wieder eine andere hier — aufwarten, ich erspare mir das. Ich möchte nur noch zur Rentabilität des ganzen Unternehmens etwas sagen.

Nach der Erfolgsrechnung, die man aufgestellt hat für die ganze Angelegenheit sind die Summen an Aufwendungen fast 600 Millionen Schilling. Dem gegenüber steht ein Netto-Erlös, der zu erwarten ist, von 900 Millionen Schilling. Man rechnet also in den Jahren 1971 bis 1978 mit einem Erfolg von 300 Millionen Schilling. Dies zusammen mit der Tatsache, daß also Bergarbeiter einer nicht genannten Ziffer beschäftigt werden, rechtfertigt es, glaube ich, daß man darüber spricht und daß man vor allem das Geld für die Verlegung des Gradenbaches aufwendet. (Beifall.)

Präsident: Der Abg. Bürger hat sich nochmals zu Wort gemeldet.

Abg. Bürger: Hoher Landtag! Ich wollte mit meiner neuerlichen Wortmeldung durchaus nicht eine Rechtfertigung des von mir Gesagten herbeiführen. Ich bin jedoch gezwungen, mich noch einmal kurz zu Wort zu melden. Wenn die Zahlen oder das Ziffernmateriale der Generaldirektion, deren SPÖ-Ressort ja der Bergbau ist, nicht stimmen, von wo soll man dann überhaupt Zahlenmateriale hernehmen? (Zwischenruf: „Vom Betriebsrat!“) Im übrigen habe ich zur Untermauerung und zur Überprüfung dieses Zahlenmaterials — weil es ja nicht so einfach ist mit Zahlen zu jonglieren — dieses gestern nachmittag noch einmal in der technischen Direktion in Leoben überprüft. Und ich mußte feststellen, daß die Angaben genau die gleichen sind wie die Zahlen aus Wien. Ich darf daher Dich, Kollege Zagler, bitten, daß Du Deine Zahlen neuerlich überprüfst. (Beifall.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Sie haben den Antrag gehört. Ich bitte um ein Händezichen, falls Sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

23. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 493, zum Antrag der Abgeordneten Jamnegg, Nigl, Dipl.-Ing. Schaller, Egger und Prof. Dr. Eichinger, betreffend die Einhaltung der Ö-Normen bei der Vergabe öffentlicher Wohnbauförderungsmittel.

Berichterstatter ist Abg. Prof. Dr. Eichinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prof. Dr. Eichinger: Hohes Haus! Die Vorlage behandelt den Antrag der Abgeordneten Jamnegg, Nigl, Dipl.-Ing. Schaller und Eichinger, betreffend die Einhaltung der Ö-Normen bei der Vergabe öffentlicher Wohnbauförderungsmittel.

Die Steiermärkische Landesregierung hat in der Sitzung vom 28. Oktober 1968 Richtlinien zur Durchführung nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 beschlossen, wonach für die Bau- und Werkstoffe die einschlägigen Bestimmungen der Ö-Normen maßgebend sind, besonders beim Wärme- und Schallschutz. Mindestwerte sind bei Außenmauern, Wohnungs-Trennwänden, Zimmer-Trennwänden, Schallschutz der Decken und Fußböden, Rohrleitungen, Aufzugs- und Müllabwurschächten, Türen und Fenster vorgeschrieben. Öffentliche und private Bauherren und die Gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen kennen den Wert der Ö-Normen.

Die Einhaltung der Richtlinien wird in die Bedingungen der Förderungszusicherungen aufgenommen werden und ist damit die Möglichkeit einer Kündigung der Förderung gegeben. Auch wird die Einhaltung stichprobenweise überprüft werden.

Namens des Ausschusses bitte ich um die Annahme der Vorlage.

Präsident: Frau Abg. Jamnegg hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Jamnegg: Hoher Landtag! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ich mich zu dieser Vorlage zu Wort gemeldet habe, so deshalb, weil ich der Hohen Landesregierung — und auch das soll man einmal tun — dafür danken möchte, daß sie unserem Antrag entsprochen hat und in die Richtlinien zur Durchführung der Förderung nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 ausführliche Bestimmungen für einen entsprechenden Schall- und Wärmeschutz aufgenommen hat.

Daß die Vorschreibung für den Schallschutz der Decken- und Fußbodenkonstruktion über die Mindestwerte der Ö-Normen hinausgeht, kann zweifellos als eine weitere Verbesserung angesehen werden. Für wesentlich halte ich auch — der Herr Berichterstatter hat darauf hingewiesen — daß die Einhaltung dieser Richtlinien nun mittlerweile auch in die Bedingungen der Förderungszusicherungen aufgenommen worden ist und daß hier auch die Möglichkeit der Überprüfung vorgesehen ist. Bei Nichteinhaltung gibt es nunmehr immerhin die Möglichkeit, die Förderung zu kündigen.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß diese Richtlinien eine wichtige Ergänzung zu den Bestimmungen der Bauordnung darstellen und daß damit auch den Wünschen — und darauf kommt es schließlich an — der Wohnungswerber entsprochen wird, denn der Schallschutz, Hoher Landtag, ist — wer wüßte das nicht — ein echtes Anliegen weitester Kreise der Bevölkerung. Ich danke daher nochmals der Landesregierung, daß entsprechend vorgesorgt wird, um die Dinge weiter zu verbessern. (Beifall.)

Präsident: Mangels einer weiteren Wortmeldung schreite ich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, möge ein Zeichen mit der Hand geben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

24. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu

Einl.-Zahl 538, zum Antrag der Abgeordneten Burger, Ritzinger, Maunz und Prof. Dr. Eichtinger über die jährliche Erneuerung der Straßenmarkierungen.

Berichterstatter ist Abg. Hermann Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus! Die Abgeordneten Burger, Maunz und Prof. Eichtinger haben in der Landtagssitzung am 21. Mai 1968 einen Antrag eingebracht, daß bei neuralgischen Punkten auf unseren Bundesstraßen die Markierung sofort nach der Schneeschmelze erfolgen soll.

Auf diesen Antrag antwortete die Landesregierung bzw. die Landesbaudirektion: Die Landesbaudirektion teilt mit, daß die Bodenmarkierungsarbeiten bereits im Februar jeden Jahres ausgeschrieben werden. Außerdem teilt die Landesbaudirektion mit, daß die Außenstellen angewiesen worden sind, bei wichtigen Kreuzungen die Bodenmarkierungsarbeiten vorweg auszuführen und diese bereits vor Beginn der anderen Markierungsarbeiten durchzuführen.

In diesem Bericht der Landesbaudirektion ist auch die Frage geprüft, ob es sinnvoll ist, sozusagen Farbmarkierungssteine fest in die Straße einzubauen. Das wird in diesem Bericht negiert, weil dies vor allem bei den Straßen die Frostaufbrüche an so neuralgischen Punkten fördern würde. Außerdem sagt dieser Bericht noch aus, daß die Unterbehörden angewiesen wurden, der Erneuerung der Bodenmarkierungen besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Hohes Haus! Der Verkehrs- und volkswirtschaftliche Ausschuß hat sich eingehend mit dieser Vorlage beschäftigt und namens dieses Ausschusses stelle ich den Antrag, den Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Burger, Ritzinger, Maunz und Prof. Dr. Eichtinger über die jährliche Erneuerung der Straßenmarkierungen zur Kenntnis zu nehmen.

Präsident: Keine Wortmeldung. Wer mit dem Antrag des Herrn Berichtstatters einverstanden ist, möge eine Hand erheben. (Geschicht.)

Der Antrag ist angenommen.

25. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 582, zum Antrag der Abgeordneten Vinzenz Lackner, Zagler, Heschitz, Schön und Gossen, betreffend die Aussendung des Fernsehens wegen der Kohlenfragen.

Berichterstatter ist Abg. Willibald Schön. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schön: Hohes Haus! Die Vorlage befaßt sich mit einer Aussendung des Fernsehens wegen der Kohlenfrage.

Der vorangegangene Antrag wurde der Landesregierung zugewiesen. Die Landesregierung erstattet dazu folgenden Bericht:

Der Österreichische Rundfunk—Fernsehen hat über Ersuchen das gegenständliche Manuskript des am 18. Juni 1968 ausgestrahlten Horizonte-Beitrages „Kohlensubventionen“ übermittelt. In diesem haben das Bundesministerium für Handel, Gewerbe

und Industrie, die oberste Bergbehörde und die Österreichische Alpine-Montan-Gesellschaft Stellungnahmen abgegeben. Diese wurden am 22. Oktober 1968 dem Österreichischen Rundfunk mit der Einladung mitgeteilt, dazu eine Äußerung abgeben zu wollen. Am 16. Dezember 1968 wurde dieses Anbringen erneuert. Eine Äußerung des Österreichischen Rundfunks—Fernsehen liegt bis heute nicht vor. Es kann daher angenommen werden, daß dieser die im Schreiben vom 22. Oktober 1968 angeführten Bemerkungen zustimmend zur Kenntnis genommen hat.

Die Vorlage führt nun fünf Punkte an:

1. Die Behauptung, daß mit jeder Förder-Tonne der LAKOG ein Schaden von 155,74 Schilling entstanden ist, kann nicht stimmen. Vielmehr entfällt auf eine Tonne Kohle ein Betrag von rund 47,50 Schilling. Der Verlust pro Tonne Förderkohle im Jahre 1967 betrug 120 Schilling.

2. Die Braunkohlenförderung Österreichs betrug im Jahre 1967 4,6 Millionen Tonnen und nicht 4 Millionen Tonnen.

3. Aus den Mitteln der Bergbauförderung sind seit Inkrafttreten des Bergbauförderungsgesetzes bis Ende 1967 an den Kohlenbergbau Beihilfen von zusammen 297,8 Millionen Schilling gewährt worden. Wie der Verfasser der Horizonte-Sendung zu dem Ergebnis kam, daß öffentliche Mittel in der Höhe von 1 Milliarde Schilling für den Kohlenbergbau aufgewendet worden sind, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

4. Aus den durch den Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Unternehmen gem. § 2 Abs. 2 des ÖIG-Gesetzes dem Nationalrat vorgelegten Bericht geht hervor, daß der Bund für die LAKOG bis Ende 1967 folgende Leistungen erbracht hat:

a) Zuführung von Stammkapital nach der Verstaatlichung 73,1 Millionen Schilling;

b) Streichung der Bundesdarlehen im Jahre 1960: 113,9 Millionen Schilling;

c) Streichung von ERP-Darlehen im Jahre 1962: 239,6 Millionen Schilling. Bergbauhilfen bis Ende 1967: 53,4 Millionen Schilling, das ist zusammen 480 Millionen Schilling.

5. Die Gesamtversorgung Österreichs mit inländischer Braunkohle im Jahre 1967 betrug 4,3 Millionen Tonnen. Die im Manuskript aufscheinende Menge von 2 Millionen Tonnen beinhaltet nur die Hauptverbrauchergruppen Industrie und Hausbrand, nicht aber Verkehr mit 155.000 Tonnen, E-Werke mit 1.846.000 Tonnen und Fernheizkraftwerke mit 288.000 Tonnen. Diese drei letzten Positionen wurden völlig ignoriert, obwohl die Kohlenbergbaue durch Verträge zur Lieferung verpflichtet sind.

Trotz zweimaligen Ersuchens hat der Österreichische Rundfunk bisher keine Stellungnahme abgegeben. Für die Steiermärkische Landesregierung besteht keine Möglichkeit, auf den Österreichischen Rundfunk dahingehend einen Einfluß auszuüben, daß er eine Äußerung abgibt. Die Steiermärkische Landesregierung bringt bei jeder sich bietenden Gelegenheit ihre in wiederholten Erklärungen festgelegte Haltung in der Kohlenfrage zum Ausdruck.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 27. Jänner 1969 den

Antrag: „Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Vinzenz Lackner, Zagler, Ileschitz, Schön und Genossen, betreffend die Ausendung des Fernsehens wegen der Kohlenfrage, wird zur Kenntnis genommen.“

Der Verkehrs- und volkswirtschaftliche Ausschuß hat sich in seiner letzten Sitzung mit dieser Vorlage eingehend befaßt und stellt dazu folgenden Zusatzantrag: „Der Hohe Landtag wolle den in der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 582, enthaltenen Antrag mit folgender Ergänzung beschließen: Es wird jedoch mit Befremden festgestellt, daß die Steiermärkische Landesregierung trotz zweimaligen Ersuchens vom Österreichischen Rundfunk—Fernsehen bisher keine Antwort erhalten hat. Die Steiermärkische Landesregierung wird daher aufgefordert, die von ihr entsandten Mitglieder des Aufsichtsrates anzuweisen, anläßlich der nächsten Aufsichtsratssitzung die Angelegenheit zur Sprache zu bringen und zu verlangen, daß der Österreichische Rundfunk—Fernsehen der Steiermärkischen Landesregierung in dieser Sache eine Antwort zukommen läßt.“

Ich bitte das Hohe Haus, der Vorlage sowie dem Zusatzantrag seine Zustimmung zu geben.

Präsident: Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich der Herr Abgeordnete Zagler zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Zagler: Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wenn ich zu dieser Vorlage Stellung nehme, dann aus folgenden Gründen: Es ist für den Österreichischen Rundfunk und das Fernsehen bezeichnend, daß trotz mehrmaliger Urgezen der Landesregierung wegen der Horizonte-Sendung keine Antwort erfolgte. Diese Sendung hinterließ auf Grund unrichtiger Darstellungen den Eindruck, das Betreiben eines Kohlenbergbaues in Österreich sei der größte Unsinn aller Zeiten, es würden dabei nur Steuergelder vergeudet. Vom Zentralbetriebsrat der GKB wurde mit Schreiben vom 28. Juni 1968 das Fernsehen um Berichtigung dieser Sendung ersucht. Die Antwort waren einige Zahlen; von einer Berichtigung natürlich keine Rede. Die Annahme, das Österreichische Fernsehen hätte die Berichtigung der Landesregierung zur Kenntnis genommen und deshalb keine Stellungnahme abgegeben, ist wohl sehr schwach und könnte möglicherweise nicht nur allein der Grund gewesen sein. Über das Problem Kohle wurde in Österreich schon sehr viel geschrieben und geredet. Der Steiermärkische Landtag und die Landesregierung haben ihre Meinungsäußerung zu dieser Frage abgegeben.

Ich darf einige Fakten aufzeigen, welche bei der Horizonte-Sendung bewußt oder unbewußt außer acht gelassen wurden. Hätte man bei dieser Sendung die Frage der gesamten Energiewirtschaft im Auge gehabt, wäre das Bild ein anderes gewesen. Es mag natürlich sehr aktuell erscheinen, wenn von Steuermillionen die Rede ist, zu verschweigen, welche Subventionen der Wirtschaft indirekt zum Zeitpunkt des Aufbaues durch die günstige inländische Kohle gewährt wurden. Es dürften sicherlich Milliarden gewesen sein. Ein einziger Ver-

gleich rechtfertigt die Annahme einer direkten Subvention. Die Grubenverkaufspreise bzw. Einfuhrwerte an der Grenze, die Preisvergleiche 1937 und 1957; die Preise stiegen bei der ausländischen Steinkohle um das 21fache, bei der ausländischen Braunkohle um das 14fache und bei der inländischen Braunkohle im selben Zeitraum um das 8 1/2fache. Der durchschnittliche Verbrauch pro Jahr betrug also im Vergleichszeitraum 15 bis 16 Millionen Tonnen auf Braunkohlenbasis. Die Inlandsförderung wurde bis auf 7 Millionen Tonnen angehoben. Wenn man die Preisdifferenz errechnet, kann wohl mit ruhigem Gewissen von einer Subventionierung der Wirtschaft durch den Bergbau gesprochen werden. Die laut Bundesgesetz eingeführte Bergbauförderung, welche zum größten Teil für Betriebsstillegungen und nicht, wie im Gesetz vorgesehen, als Förderungsmittel ausgegeben wurde, kann nur als kleiner Rückerstattungsbeitrag angesehen werden.

Ich darf noch anführen: Die GKB hat bis zur Eingliederung Fohnsdorf aus diesem Titel keinen Groschen erhalten, sondern im Gegenteil noch Geld abgeführt. Außer acht gelassen wurde von den Sprechern der Horizonte-Sendung beim Vergleich mit anderen europäischen Ländern folgendes: Es werden in den Ländern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 41 Milliarden Schilling für solche Zwecke aufgewendet. Dies sicherlich nicht nur aus Liebe zum Bergbau, sondern als Versicherungspreisprämie für die Zukunft. Das gleiche wäre für Österreich gützuheißen, wenn man die Frage Energiewirtschaft als Ganzes betrachten würde. Selbst für Österreich ist die Kohle noch nicht uninteressant, denn sie dient noch immer als Preisregulator und durch den Aufschluß des Tagbaues 2 in Köflach wird dies noch länger der Fall sein. Wenn auch die heimische Kohle zurückgegangen ist, so kann dieser Prozentsatz einmal entscheidend sein. Natürlich muß auch der gute Wille für eine entsprechende Verwendung vorhanden sein. Nicht die Feststellung von Tatsachen oder das Hochspielen von Bergbaufragen löst dieses Problem, sondern nur der Energieplan, in dem der Kohle der ihr zustehende Platz eingeräumt wird. Eine solche Darstellung wäre auch für den normalen Staatsbürger verständlich und würde dem Staate mehr dienen als eine solche Reportage, wie sie in der Horizonte-Sendung gebracht wurde. Dies wollte ich im Hohen Hause sagen.

Ich wünsche nur, daß der Steiermärkische Landtag ebenfalls mit der Vorlage noch einmal an den Österreichischen Rundfunk und das Fernsehen herantritt, um eine gerechte Information der österreichischen Bevölkerung durchzuführen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Ich komme nun zur Abstimmung und bitte um ein Händezichen, wenn Sie zustimmen. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

26. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 645, zum Antrag der Abgeordneten Bur-

ger, Prof. Dr. Eichinger, Ritzinger und Jamnegg, betreffend die Sicherstellung des Erzabbaues am Erzberg.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Hermann Ritzinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ritzinger: Hohes Haus! Die Abgeordneten Burger, Prof. Dr. Eichinger, Ritzinger und Jamnegg haben einen Antrag eingebracht auf Sicherstellung des Erzabbaues am Erzberg. Die Steiermärkische Landesregierung hat die ÖIG aufgefordert, hierzu eine Stellungnahme abzugeben. Der ÖIG-Bericht besagt, daß, wie bekannt, zwei Gutachten vorhanden sind, wovon das eine Gutachten von der Tatsache ausgeht, daß es zweckmäßig wäre, eisenhaltigeres Erz für die Eisenverarbeitung zu verwenden. Das zweite Gutachten sieht vor, daß eine Steigerung des Erzabbaues am Erzberg erfolgen soll, um dadurch bei Abnahme größerer Mengen eine Verbilligung zu erzielen. Sehr interessant für uns ist auch die Tatsache, daß die Steiermärkische Landesregierung ausdrücklich betont, daß sie bei den Entscheidungen über die künftige Organisation der verstaatlichten Unternehmungen des Eisen- und Stahlsektors dafür eintreten wird, daß der Erzabbau am steirischen Erzberg sichergestellt wird.

Der Verkehrs- und volkswirtschaftliche Ausschuß hat sich sehr eingehend mit dieser Vorlage befaßt, und ich stelle namens dieses Ausschusses den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Burger, Prof. Dr. Eichinger, Ritzinger und Jamnegg, betreffend die Sicherstellung des Erzabbaues am Erzberg wird zur Kenntnis genommen.

Präsident: Der Herr Abgeordnete Burger hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Burger: Herr Präsident, Hohes Haus! In der Sorge um den Absatz des steirischen Erzes an die bisherigen Abnehmer VÖEST Linz und Alpine Donawitz haben die unterfertigten Abgeordneten dieser Vorlage den Antrag eingebracht mit der Zielsetzung, daß der Erzabbau am steirischen Erzberg gesichert werden möge. Die Regierungsvorlage gibt Auskunft, daß die ÖIG der künftigen Organisation der verstaatlichten Unternehmungen nicht vorgreifen will. Die Landesregierung selbst stellt erfreulicherweise fest, daß sie dafür eintreten wird, daß auch in der künftigen Organisation der verstaatlichten Unternehmen im Bereiche der Stahl- und Eisenindustrie der Erzabbau am Erzberg gesichert wird.

Inzwischen aber mußten die Erzabnahmeverhandlungen zwischen der Alpine und der VÖEST geführt werden, Verhandlungen, wie sie alle Jahre stattfinden. Das Ergebnis dieser Verhandlungen, Hohes Haus, ist für die Alpine und somit für die gesamte Steiermark erschütternd. In den letzten zehn Jahren hat die VÖEST in Linz im Durchschnitt jährlich 1,610.000 Tonnen vom steirischen Erzberg und von Radmer abgenommen. Nunmehr, so teilte der Herr Generaldirektor Dr. Fitzinger mit, beabsichtigt die VÖEST erstmalig seit zehn Jahren, die Abnahme von 1,5 Millionen Jahreston-

nen des Vorjahres auf 1,3 Millionen Tonnen zu senken. Das sind etwa 200.000 Tonnen, jene Menge, die in Radmer jährlich gefördert wird. Es stimmt diese Zahl 200.000 Tonnen nicht ganz genau, das ist jährlich verschieden, aber ich sage etwa diese Zahl.

Auf Grund dieser Tatsache hat der Alpine-Vorstand der ÖIG die Bitte unterbreitet, die Verhandlungen neuerlich aufzunehmen. Ich darf also sagen, daß morgen schon in der ÖIG die Besprechungen über die Erzabnahme neuerlich stattfinden werden. Die VÖEST erklärte sich merkwürdigerweise bereit — ich kann dieses Verhalten nicht verstehen —, eine Mindestmenge von 1,500.000 Tonnen abzunehmen, aber nur unter der Voraussetzung, daß die Alpine pro Tonne einen Preisnachlaß von 23 Schilling gewährt. Das ist in der Gesamtsumme ein Betrag von 34,5 Millionen Schilling. Was diese Belastung neuerdings für die Alpine bedeutet, brauche ich hier, meine Damen und Herren, nicht erwähnen. Ich möchte nur hinzufügen, daß zu diesem Betrag letzten Endes auch noch eine Umsatzsteuer von etwa 10 Millionen Schilling zu zahlen ist. Die Erfachleute haben schon längst nachgewiesen, daß das Erz vom Erzberg in der Endbilanz nicht teurer, sondern vielleicht sogar billiger ist. Die Quantität des Eisenerzer Erzes ist natürlich mit 32,18 Prozent Fe-Gehalt geringer als beim ausländischen Erz. Die Qualität jedoch hält jedem Vergleich stand. Unser Erz hat in seiner Analyse nur 0,03 Prozent Phosphor und ebenfalls nur 0,03 Prozent Schwefel.

Dies ist nirgends bei anderen Erzen der Fall, auf jeden Fall nicht bei jenen Erzen, die die VOEST vom Ausland einführt. Für die Verhüttung ist diese Analyse aber von allergrößter Bedeutung. Unser Erz liefert für die Vermöllerung 4,50 Prozent Mangan, ein Bestandteil, welcher sonst teuer gekauft und eingeführt werden muß. Kalk und Quarz sind die übrigen Bestandteile unseres Erzes, welche für die Verwertung ebenfalls als O₂-Lieferanten da sein müssen. Bei Erzen, wo diese Analyse nicht so gut ist, müssen extra Kalk- und Quarzbergbaue unterhalten werden, was bei der VÖEST letzten Endes der Fall ist. So ist in der Endkonsequenz das ausländische Erz nicht billiger, sondern vielleicht noch teurer.

Vielleicht mag es, Hohes Haus, auch interessant sein, die Feststellung zu treffen, daß wir für unseren Hochofenbetrieb ja auch den Koks von der VOEST nehmen und man könnte sehr wohl sagen, daß auch für die Hütte Donawitz der Koks von der CSSR billiger wäre als der Koks von der VOEST selbst.

So hat die Alpine von der VOEST in den Jahren 1963 bis 1968, also fünf Jahre insgesamt je 472.000 Jahrestonnen Koks abgenommen um einen Preis von 161 Millionen Schilling. Mit den gegenseitigen Drohungen „nimmst du nicht mein Erz, werde ich von dir den Koks nicht nehmen“ ist unseren Arbeitern und Angestellten in unserer obersteirischen Wirtschaft nicht gedient.

Wir, die Abgeordneten der Volkspartei, haben daher einen neuerlichen Antrag eingebracht mit dem Inhalt, daß doch endlich ein langfristiger Erzliefervertrag mit der Alpine zustandekommt, mit einer Mindestmenge von 1,5 Millionen Tonnen. Nur diese

Menge kann uns die Arbeitsplätze am Erzberg und im Erzbergbau Radmer sichern.

Ich fordere die Landesregierung hier auf, daß sie energische und sofortige Schritte unternimmt, damit die Arbeitsplätze am Erzberg durch das andauernde eigenartige Verhalten der VOEST nicht weiterhin gefährdet werden. (Beifall.)

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abg. Schön. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schön: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als der 2. Weltkrieg zu Ende war, blieb in der gesamten österreichischen und vor allem in der steirischen Stahl- und Erzbergbauindustrie etwas zurück, was nicht so leicht mehr gutzumachen war. Es war dies in erster Linie die Tatsache, daß sämtliche Geräte durch eine Überproduktion so in Mitleidenschaft gezogen worden waren, daß man momentan kaum imstande war, weiter zu produzieren. Dazu kam noch, daß eine Besetzung der UdSSR in unserem Land alle noch verfügbaren Maschinen und Geräte abmontierte und sie nach Osten abtransportierte. Im Erzbergbau blieb ein ähnliches Chaos zurück und vielleicht noch ein größeres. Denn wie zu allen Kriegszeiten wurden diese Bergbaue ausgepowert — man nennt dies Raubbau — um eben den Gegebenheiten der Kriegsführung Rechnung zu tragen. Das wurde nach Kriegsende im Jahr 1945 vorgefunden und die österreichische Arbeiterschaft ging mutig daran, diese Industrie und diese Erzbergbaue wieder aufzubauen. Und ich muß hier vermerken, es gehörte viel Mut dazu, dies wieder ins Lot zu bringen, um eine normale Produktion zu ermöglichen.

Ich will nicht eingehen auf einzelne Phasen, wie eine Tonnage erhauen wird. Es war in den ersten Nachkriegsjahren ziemlich egal, wie hoch momentan der Kostensatz war, es war vielmehr die Quantität dieses erhauenen Erzes maßgebend.

Naturgemäß war der Mangel an Eisenerzen nicht nur in Österreich gegeben, sondern er war damals auch noch in anderen Ländern, in Nachbarländern spürbar. Es wurden diese Länder, die schon vor dem Krieg Abnehmer des steirischen Erzes waren, auch nach dem Krieg gezwungenermaßen wieder damit beliefert. Es war der Prozentsatz nicht allzu hoch. Ich möchte hier nur anführen, um die Lebenslage in der Steiermark etwas zu bessern, lieferte damals die Alpine Montangesellschaft auch Eisenerze nach Ungarn. Und zwar um einiges andere zu bekommen, was die Industrie notwendig brauchte, vor allem Ersatzteile für Hochofeneinrichtungen, lieferte damals die Alpine Eisenerze auch in die Tschechoslowakei. Natürlich war das Drängen der österreichischen Industrie sehr groß, auch Erze in genügender Menge zu bekommen, sobald die Hochofen wieder in Gang waren.

Eine sehr mutige und leistungsfähige Arbeiterschaft hat es zuwege gebracht, die Einrichtungen auf schnellstem Weg wieder in Gang zu bringen. Und nun war es an der Zeit, bei den Erzbergbauen alles daranzusetzen, um die Tonnageleistungen hinaufzutreiben, um mehr Eisenerz liefern zu können. Die inländischen Hauptabnehmer waren damals so wie heute in erster Linie das Hüttenwerk Donawitz und zweitens die VOEST in Linz. Da da-

mals, wie ich schon gesagt habe, die Lieferung nicht so groß war, um alle zu befriedigen, konnten nur kurzfristige Lieferverträge abgeschlossen werden, um jedem Abnehmer so viel zu geben, daß er produzieren konnte.

Ich möchte noch einmal zurückgreifen und sagen, daß während des Krieges beim Ausbau der VOEST in Linz im damaligen Hermann-Göring-Konzern das Verlangen gestellt wurde, im Erzbergbau doch weitere Aufschließungen zu machen, da nach allen Berechnungen die Lieferungen des steirischen Erzberges zu klein waren. Und so wurde damals während des Krieges — bitte, seien Sie hier sehr aufmerksam — nur für die VOEST und für sonst niemand, der Bergbau Radmer aufgeschlossen und zwar deshalb, — das soll man auch vermerken — weil der Erzbergbau Radmer nur basisches Erz liefert, welches für die Öfen-Technik in Linz das gegebene Erz ist. Bei all diesen, man könnte sagen „Engpässen“ in der Erzlieferung kamen nun die sogenannten Erzlieferungsverträge auf höherer Ebene, aber auch die Stahllieferungen und die Stahlpläne zur Sprache und auch zum Abschluß. Und bei diesen Erzlieferungsverträgen verlangte damals die VOEST ganz präzise über die Dachgesellschaft der damaligen Eisenholding — ich weiß nicht, ob sich wer noch daran erinnern kann — die sogenannte „Investierung“ in den Erzbergbau, um höhere Lieferungen herauszubringen, um die Lieferung zur VOEST auch zu sichern. Dem wurde damals Rechnung getragen und ich nenne eben nur einen Bergbau, das ist der Erzbergbau Radmer. In den wurden zwischen 1950 und 1960 35 Millionen Schilling investiert nur für die Erzlieferung zur VOEST! Ich möchte nochmals betonen, daß der erste Hauptabnehmer Donawitz war und von Radmer keine Tonne Erz erhielt. Das war aber noch zu wenig. Es wurde weiters verlangt, noch zu investieren und die Alpine hat sich demzufolge auf viele Investitionen eingelassen, die ein beträchtliches Maß ausgemacht haben. Nicht nur an technischen Einrichtungen, sondern die Investitionen waren auch kapitalmäßig nicht zu unterschätzen. Sie gingen in die hunderte Millionen.

Und nun, als all diese Erzbergbaue eingeteilt waren für die Lieferungen — es gehörte ja auch Hüttenberg in Kärnten dazu — dachte man, man habe jetzt ein Maß gefunden, vor allem, weil um diese Zeit bereits die Tendenz der österreichischen Hüttenwerke zum ausländischen Erz sehr groß war. Man hat damals schon bemerkt, daß man sehr gerne vor allem das Niafra-Erz eingeführt hat wegen des höheren Fe-Gehaltes pro Tonne, weniger wegen der Qualität. Aber auch nicht nur deswegen, sondern auch wegen der sogenannten „Kompensationen“ die von diesen Ländern, die das Erz lieferten, verlangt wurden.

Man hat diese Investitionen abgeschlossen. Man hat sich dann gesagt, mit dieser Tonnage haben wir das Auslangen. Ich muß sagen, genauso wie mein Vorredner Kollege Burger, 10 Jahre betrug der Durchschnitt der Abnahme insgesamt 3,4 Millionen Tonnen. Davon gingen an die VOEST durchschnittlich rund 1,6 Millionen Tonnen Eisenerz. Das ging 10 Jahre so fort und der Durchschnitt wurde mit dem Quantum gehalten. Es war freilich jedes Mal bei den Verhandlungen ein hartes Ringen. Es

wurden natürlich bei diesen Verhandlungen die kaufmännischen Grundsätze hineingeworfen indem man gesagt hat „Eure Tonne Erz ist billiger als die überseeische, aber in der Ausbringung aus dem Hochofen ist die Tonne Roheisen billiger als Euer Erz.“ Das wurde in die Verhandlungen immer wieder hineingeworfen. Als die ganzen Investitionen fertig waren, hat man sich mit dem Gedanken getragen, nicht mehr einjährige Lieferverträge, sondern solche für mehrere Jahre abzuschließen. Ich glaube, auch das aus kaufmännischen Grundsätzen, denn wenn ich heute investieren will und es der gesamten Wirtschaft dienen soll, dann muß ich auf Jahre im Vorhinein kalkulieren können. Ich kann nicht investieren, wenn ich Lieferverträge für ein Jahr da habe. Das ist, wie gesagt, bis jetzt gegangen und die Vorlage hat das ausgelöst; nicht nur die Vorlage, sondern bei der Budgetdebatte hat man das schon gesehen.

Auf einmal tauchen die Stahlgutachten auf, die aussagen, was wirtschaftlich vertretbar wäre an Eisenerzlieferungen, an Roheisenlieferungen und was wirtschaftlich vertretbar wäre an Eisenerzlieferungen, an Roheisenlieferungen und was wirtschaftlich vertretbar ist weiter an den Lieferungen der verstaatlichten Industrie überhaupt. Ich glaube, daß diese Stahlgutachten nicht das Richtige getroffen haben. Denn, wie schon zum Ausdruck gekommen ist, wenn zwei Gutachten, die über dieselbe Industrie gemacht wurden, so weit auseinanderliegen und solche Diskrepanzen aufweisen, dann kann man nur sagen, da stimmt etwas nicht. So haben sich die Werke und Konzerne von sich aus entschlossen, Gutachten zu erstellen und diese der Dachgesellschaft, der heutigen ÖIG, zu übergeben. Diese Gutachten beliefen sich im Erzabbau auf dieselbe Tonnage, wie sie von mir aufgezeigt wurde und wie sie von der Konzernleitung der Alpine-Montangesellschaft immer wieder als Limit genommen wird. Und zwar deshalb, weil ein Rückgang von dieser Tonnage bedeuten würde, daß Arbeitskräfte aus dem Betrieb müssen und zwar nicht mehr durch einen natürlichen Abgang, sondern die werden entlassen. Bei einer höheren Tonnage, also bei einem höheren Absatz sind solche Investitionen notwendig, die wieder nicht rechtfertigen einen Gewinn oder Verlust. Deshalb hat man davor gewarnt, auf eine höhere Tonnage zu gehen, nicht nur aus diesen rein kaufmännischen Grundsätzen, sondern auch in der Voraussicht eines wirtschaftlichen Rückschlages, der einmal kommen kann und man dann doch sagen muß, jetzt auf einmal muß ich die Leute aus dem Betrieb stellen. All diese Sachen sind gegangen bis zu den Stahlgutachten.

Die Stahlgutachten können ausgelegt werden wie man will. Der eine legt sie so aus, der andere so. Die VOEST hat sie natürlich sofort zu ihren Gunsten ausgelegt, und hat behauptet, nicht 1.3 Millionen oder 1.4 Millionen Tonnen — das wäre ihr Limit, was sie vom Erzberg bezieht —, sondern höchstens 1 Million Tonnen, vom steirischen Erzberg und vom Erzbergbau Radmer, wären für die VOEST vertretbar. Alles andere geht bereits auf ihre Kapitalsubstanz und müßte von irgend jemand anderem abgedeckt werden, denn sie ist nicht mehr in der Lage und auch nicht mehr gewillt, dieses De-

fizit aus ihren Betriebsmitteln zu bezahlen. Ich möchte auch noch einmal sagen, daß ich vom rein kaufmännischen Standpunkt nichts dagegen sagen kann. Aber ich glaube und habe es hier schon einige Male betont, daß man in dieser Weise auf den Menschen etwas Rücksicht nehmen muß und nicht nur auf die kaufmännische Seite.

So kam es zu den Verhandlungen des heurigen Jahres, die wieder mit dem Zeichen begannen, ein Jahr Erzvertrag mit der Alpine und, wie schon vorher gesagt, Höchsttonnage 1 Million Tonnen. Dieses Angebot ist für die Alpine, die in den Jahren nach dem Krieg und weiter in den ganzen Fünfzigerjahren für die VOEST sehr erhebliche Mittel investiert hat und ich glaube auch der ganzen Wirtschaft sehr viel geopfert hat, damit diese Stahlwirtschaft in Österreich wieder in Schwung kommt, damit wir wieder leistungsfähig werden, damit wir auch wieder etwas herausholen aus dem Ganzen, unzumutbar und so wurden die Verhandlungen weitergeführt und es kam zur letzten Konsequenz, wie man sagte, das Höchste was wir abnehmen von der Alpine sind 1.3 Millionen Tonnen und keine Tonne mehr.

Nun kommt das, was auch Kollege Burger gesagt hat, wir gehen unter Umständen, um die Arbeitsplätze in den Erzbergbauen zu erhalten, weiter hinauf mit der Tonnage. Wir gehen hinauf, wenn es sein muß, auf 1.5 Millionen Tonnen, aber dann verlangen wir pro Tonne einen Zuschuß von 23 Schilling und den Zuschuß jetzt aber nicht mehr für die 200.000 Tonnen, die gerade dastanden von 1.3 auf 1.5 Millionen Tonnen, sondern jetzt für das Ganze. Ein Zuschuß von 23 Schilling für 1.5 Millionen Tonnen bedeutet, daß wir diese 200.000 Tonnen, die wir mehr liefern, nicht nur herschenken, sondern, daß wir um 12 Millionen Schilling noch daraufzahlen, dafür, daß wir um 200.000 Tonnen mehr liefern. Jede weitere Tonne, vor allem auf 1.6 Millionen Tonnen, das ist der zehnjährige Durchschnitt, würde den Betrag auf 30 Schilling anheben — wieder für die ganze Tonnage. Das Defizit für die Alpine würde in diesem Fall immer größer werden. So etwas ist unzumutbar und ich glaube, wenn man schon von der geschäftlichen Seite ausgeht, dann muß man sagen, wenn hier Geschäft, dann auch da Geschäft. (Landeshauptmann Krainer: „Dann auch kein Nachlassen der Umsatzsteuer!“)

Das nur nebenbei. Aber es hat noch mehr Sachen gegeben.

Ich will noch sagen, daß die Alpine nicht jetzt, sondern in den Jahren vorher, den Koks fast um den doppelten Preis genommen hat von der VOEST, um dort auszugleichen. Das ist keine Kleinigkeit. Denn hier wurde das Roheisen der Alpine-Donawitz sehr stark belastet mit dem Preis; nicht nur das Roheisen mit unserem Erz, sondern auch das Alpine-Roheisen Donawitz mit dem Koks von der VOEST. Man muß mit gleichen Maßen rechnen. Man könnte hier das fortsetzen, was alles getan wurde, um den Erzpriß überhaupt zu halten.

Ich habe hier im Hohen Haus schon einige Male gesagt, wie weit die Beschäftigtenzahl gesenkt wurde überall. In Eisenerz und in der Radmer beträgt die Senkung bei den Angestellten 33 Prozent. Ein Drittel der ganzen Beschäftigten dieser Erz-

bergbaue ist bereits weg. Was das bedeutet für diese Gegend, das kann sich ein Außenstehender gar nicht vorstellen.

Ich möchte auch nicht noch einmal groß ausholen, aber jedenfalls ist es für den Einzelnen, der dort keine Arbeit bekommt und der dort zu Hause ist, eine sehr schwere Sache, von Eisenerz wegzufahren entweder als Pendler, um zu einer Arbeit zu kommen oder gleich von Eisenerz wegzuziehen, was auf der anderen Seite wieder die Gemeinde sehr spürt an ihren Einnahmen, weil diese Industriegemeinden ja meistens nur die Einnahmen von dieser Industrie haben. Damit kann man sich ja beiläufig ausrechnen, wie diese Gemeinden nun finanziell dastehen.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Man könnte diese ganzen Betrachtungen noch weiter fortführen. Entscheidend für uns ist, daß wir zu einem vernünftigen Vertrag — Erzlieferungsvertrag — mit der VOEST kommen, um die Arbeitsplätze zu erhalten.

Aber das ist nicht damit getan, daß man heute den Betriebsräten sagt „ihr müßt euch darum kümmern“ oder daß man den Gewerkschaftern sagt, „ihr müßt euch kümmern darum“, sondern man soll auch hier einmal feststellen, daß der Eigentümer dieser verstaatlichten Industrie in Österreich der Staat Österreich ist und sein Vertreter ist der Herr Minister Weiß. Und der Herr Minister Weiß hat nun auch die Verpflichtung, — wenn immer so viel vom Mittelpunkt „Mensch“ geredet wird — sich hier einzusetzen, damit diese Arbeitsplätze erhalten werden, dadurch, daß es zu vernünftigen Lieferungsverträgen mit der VOEST kommt. Ich glaube, daß ich hier nicht erst groß einen Aufruf zu machen brauche und eine Bitte aussprechen muß. Es ist meines Erachtens eine Verpflichtung der Landesregierung, des Hohen Hauses und der Bevölkerung, diesen Industrie-Menschen, die dort nach dem Krieg unter Einsatz aller ihrer Kräfte dafür gesorgt haben, daß wieder eine Eisen- und Stahlindustrie und ein Erzbergbau entstand, den Arbeitsplatz zu erhalten. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Der Herr Abg. Leitner hat als nächster Redner das Wort.

Abg. Leitner: Meine Damen und Herren! Seit Jahren gibt es infolge der Absicht der VOEST, die Erzabnahme zu verringern, immer wieder Schwierigkeiten auf dem Erzberg.

Wie hier schon betont wurde, hat sich der Landtag schon mehrere Male damit befaßt. Die VOEST versucht seit Jahren, die Erzabnahme von der Alpine herabzusetzen, um noch mehr ausländisches Erz, das billig ist, zu verarbeiten. Jetzt sind es bereits zwei Drittel des von der VOEST verhütteten Erzes. Die Alpine kann aber nur bei entsprechender Förderung konkurrenzfähig liefern. Eine Gesamtförderung von 3,4 Millionen Tonnen ist nach Ansicht des Alpine-Vorstandes die bestmögliche Quote. Vom Umfang der Förderung hängt auch die Sicherung der Arbeitsplätze der dort beschäftigten Arbeiter und Angestellten ab.

Wenn die VOEST nicht so wie im Vorjahr 1,7 Millionen Tonnen Erz abnimmt, besteht die reale Gefahr, daß Radmer oder der Erzberg um 200 Ar-

beiter und Angestellte zu viel beschäftigen, das heißt, daß diese Arbeiter und Angestellten abgebaut werden müssen.

Auf ein Schreiben der Steiermärkischen Landesregierung hin an die ÖIG, diese möge sichern, daß die Produktion am Erzberg nicht nur gesichert, sondern auch erhöht wird, wie das im Leobner Professorengutachten vertreten wird, antwortete bekanntlich die ÖIG am 23. Jänner 1969, daß die zwei von der ÖIG bestellten Stahlgutachten sich unterscheiden. Das amerikanische Gutachten sieht eine stärkere Verwendung ausländischer Erze, das heißt eine Senkung der Produktion inländischer Erze vor, während das Leobner Professorengutachten für eine wesentliche Steigerung am Erzberg eintritt, um, wie es dort als Begründung heißt, möglichst billig produzieren zu können.

Eine Entscheidung, welcher Weg gegangen wird, betont die ÖIG in ihrem Schreiben an die Landesregierung, sei noch nicht getroffen. Die ÖIG beabsichtige auch nicht, der Entscheidung über die künftige Organisation der verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie vorzugreifen, das heißt, daß die ÖIG zu dem Problem „Erzberg“, keine positive Lösung anstrebt.

Auf Antrag der ÖVP- und SPÖ-Fraktion im Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschuß des Steiermärkischen Landtages soll der Bericht der Landesregierung vom Landtag im Sinne der ÖIG zur Kenntnis genommen werden. Das bedeutet, daß die Landesregierung, daß der Landtag die Absichten der ÖIG zur Kenntnis nehmen und es unterlassen, alle Hebel in Bewegung zu setzen, um die VOEST zu verpflichten, auch heuer wieder mindestens 1,6 bzw. 1,7 Millionen Tonnen Erz von der Alpine abzunehmen bei dem jetzt abzuschließenden Erzlieferungsvertrag. Daher besteht die große Gefahr, daß am Erzberg bzw. in Radmer Arbeiter und Angestellte abgebaut werden.

Die Herren der ÖIG — und ich möchte das wieder betonen, die ÖIG setzt sich aus ÖVP- und SPÖ-Vertretern zusammen — lassen sich Zeit, obwohl für den Erzbergbau akute Gefahr besteht und obwohl von Seite des Alpine-Vorstandes ein klares Konzept als Alternative zu den beiden von der ÖIG angeforderten Stahlgutachten vorliegt. Das von der Alpine erarbeitete Konzept liegt nicht nur im Interesse des Konzerns und der dort beschäftigten Arbeiter und Angestellten, sondern hat auch vom Standpunkt der österreichischen Gesamtwirtschaft große Bedeutung. Denn durch eine Realisierung des Alpine-Konzeptes könnte der Erzbergbau in vollem Umfang und ohne Einschränkungen erhalten werden und der ohnehin schon stark reduzierte Beschäftigtenstand müßte nicht noch weiter verringert werden.

Die Landesregierung und der Verkehrs- und volkswirtschaftliche Ausschuß haben einstimmig, auch mit Zustimmung der SPÖ-Mandatare, zur Kenntnis genommen, daß die ÖIG es verabsäumt, jetzt eine Entscheidung zu fällen, von der es abhängt, daß die Alpine mit der VOEST einen entsprechenden Erzabnahmevertrag, am besten für fünf Jahre, abschließen kann.

Vor einigen Tagen wurde in der „Neuen Zeit“ die Stellungnahme der SPÖ-Landesparteivertretung zu dieser Frage der Öffentlichkeit mitgeteilt.

In der SPÖ-Landesparteileitung sitzen die Landesregierungsmitglieder und etliche Mitglieder des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses. Wir glauben, daß es nicht nur — wie auch der Herr Kollege Schön hier gesagt hat — eine Angelegenheit der Bundesregierung und des zuständigen Ministers ist. Warum zwingt die SPÖ die ÖVP in der Landesregierung, im Landtag nicht, die Antwort der ÖIG als vollkommen ungenügend zurückzuweisen und neuerlich an die ÖIG heranzutreten, damit die VOEST veranlaßt wird, einen entsprechenden Erzaufnahmevertrag abzuschließen?

Die SPÖ-Landesparteileitung schiebt die Verantwortung auf die Bundesregierung und auf den Bundesminister Dr. Weiß ab. Es ist wahr, daß Dr. Weiß als Vertreter des Eigentümers der ÖIG die Weisung erteilen könnte, den Erzlieferungsvertrag im bisherigen Umfang und unter den bisherigen Bedingungen aufrecht zu erhalten, wodurch Betriebs Einschränkungen am Erzberg und in Radmer zu vermeiden wären. Wir sind auch dafür, die Verantwortung der Bundesregierung und des zuständigen Ministers Dr. Weiß festzuhalten, aber das ganze Handeln nur auf diese Erklärungen zu beschränken, man erwarte Maßnahmen von der Bundesregierung, um dann dieser, wenn sie nichts unternimmt, die Schuld zuzuschieben, das riecht meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion zu sehr nach SPÖ-Wahlpropaganda. Die steirische SPÖ-Führung verfügt in der Landesregierung und im Landtag und in anderen Institutionen über nicht zu unterschätzende Positionen und man kann von ihr erwarten, daß sie ihren Einfluß geltend macht, um die steirischen Interessen aktiv und sehr hart zu vertreten. Es ist unverständlich, daß die sozialistische Fraktion mit der unbefriedigenden Antwort der ÖIG einverstanden ist und diesem Antrag zustimmt. Wenn die SPÖ energisch auftreten würde, wären Landtag und Landesregierung als Gesamtorgan genötigt, weitere wirkungsvolle Schritte zur Sicherung des Erzbergbaues zu tun. Die SPÖ-Landesregierungsmitglieder müßten auch darauf drängen, daß die Landesregierung das Konzept des Alpine-Vorstandes unterstützt, das bekanntlich auch die Zustimmung des Zentralbetriebsrates der Alpine-Montan gefunden hat. Die SPÖ-Landesparteivertretung müßte von den Vertretern der SPÖ und der ÖIG Maßnahmen fordern, damit das Konzept des Alpine-Vorstandes rasch, zumindest soweit es den Erzbergbau betrifft, durchgesetzt wird. Die SPÖ-Landesparteivertretung müßte ihren direkten Einfluß auf die VOEST geltend machen, die von einem sozialistischen Generaldirektor geführt wird und die sich in einer viel besseren wirtschaftlichen Situation befindet, als so manch andere verstaatlichte Betriebe.

Die SPÖ müßte in der VOEST durchsetzen, daß diese sich nicht nur von rein betrieblichen, sondern auch von gesamtwirtschaftlichen Interessen leiten läßt und damit mithilft, das Bestehen des verstaatlichten Erzbergbaues zu sichern und damit gleichzeitig jenen Bestrebungen von bestimmten einflussreichen Kreisen der ÖVP und des Privatkapitals entgegenzuwirken, die dem Erzbergbau ein ähnliches Schicksal bescheren wollen, wie der Elin-Union.

Die schon Jahre dauernde Hinauszögerung des

Baues der Präbichlstraße und der Versuch, die Präbichlbahn wenigstens teilweise einzustellen, können nur so gedeutet werden, daß der Erzbergbau unfähig gemacht werden soll. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist eine Unterstellung, das ist lächerlich!“)

Zusammenfassend, meine Damen und Herren, möchte ich sagen, die VOEST müßte dazu gebracht werden, mit der Alpine einen Erzlieferungsvertrag von 1.7 Millionen zu den bisherigen Bedingungen, besonders was die Preise betrifft, abzuschließen, aber nicht für ein Jahr, sondern für fünf Jahre. Nur so kann eine weitere Betriebseinschränkung vermieden werden, nur so können Voraussetzungen für sinnvolle Investitionen geschaffen werden, wodurch die Preise am besten den Konkurrenzbedingungen angepaßt werden können. Ein solcher Vertrag kann der VOEST zugemutet werden. Diese hat schon in den letzten Jahren im Durchschnitt 1.6 Millionen von der Alpine bezogen, ohne dadurch in Schwierigkeiten zu kommen. Im Gegenteil, die VOEST hat eine gute Entwicklung genommen. Die VOEST bezieht schon jetzt zwei Drittel des Erzes vom Ausland, während die Alpine in Donawitz zu 100 Prozent steirisches Erz verarbeitet. Die Alpine hat für die österreichische Wirtschaft jahrelang billige Kohle geliefert, deren Preise unter dem Weltmarktpreis lagen und hat so rund 4 Milliarden Schilling in die österreichische Gesamtwirtschaft investiert. Wie hier schon betont wurde, nimmt die Alpine-Montan Koks von der VOEST, obwohl sie diesen von anderen Stellen billiger bekommen könnte. Sollte die VOEST-Direktion nicht das notwendige volkswirtschaftliche Verständnis aufbringen, dann müßte eben die ÖIG eingreifen.

Die Arbeiter und Angestellten des Erzberges erwarten von der gesamten steirischen Landesregierung und vom Landtag eine wirksame Unterstützung in ihrem Kampf um die Sicherung des Arbeitsplatzes, wobei die SPÖ-Vertreter in den verschiedenen Institutionen eine besondere Verpflichtung hätten, alle Möglichkeiten zur Sicherung der Arbeitsplätze auszuschöpfen.

Meine Damen und Herren, aus diesen Ausführungen geht hervor, daß ich dem vorliegenden Antrag meine Stimme nicht geben kann.

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich schreite zur Abstimmung. Wer für den Antrag des Berichterstatters ist, möge eine Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

27. Bericht des Verkehrs- und volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Regierungsvorlage, zu Einl.-Zahl 642, zum Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichtinger, Burger, Jamnegg und Ritzinger, betreffend eine exakte Untersuchung, inwieweit bewußt oder unbewußt erzeugter Pessimismus die Wirtschaftskraft eines Landes schwächen und damit die Arbeitsplätze gefährden kann.

Berichterstatter ist Abg. Josef Stöffler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Stöffler: In der Sitzung des Steiermärkischen Landtages am 3. Dezember 1968 wurde der

Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichinger, Burger, Jamnegg und Ritzinger, Einl.-Zahl 642, betreffend eine exakte Untersuchung, inwieweit bewußt oder unbewußt erzeugter Pessimismus die Wirtschaftskraft eines Landes schwächen und damit die Arbeitsplätze gefährden kann, der Landesregierung zugewiesen.

Dazu hat die Steiermärkische Landesregierung folgendes berichtet:

Der Vorstand des Institutes für Sozialpolitik und Betriebssoziologie an der Universität Graz, ordentlicher Universitätsprofessor Dkfm. Dr. Anton Burghardt, hat sich bereit erklärt, eine wissenschaftliche Untersuchung über das gegenständliche Thema zu liefern.

Dieses Gutachten hat folgenden Inhalt:

I. Begriffskatalog

Im Interesse einer sachkonformen Untersuchung ist es erforderlich, die im Antrag des Steiermärkischen Landtages angeführten Ausdrücke zu untersuchen bzw. festzulegen, welchen Inhalt ihnen der Gutachter zumißt.

Als Pessimismus kann man nach dem Gutachten eine Denkweise oder (stereotype) Mentalität einzelner, von Gruppen oder der Mehrheit der Bewohner einer Region bezeichnen, die bei einer gegebenen Situation oder einer Entwicklung lediglich die negativen Aspekte betonen. Insoweit ist der Pessimismus wegen der Einseitigkeit in der Betonung der Aspekte die falsche Beurteilung eines Sachverhaltes sowie die Überbetonung, wenn nicht Absolutsetzung einzelner Kriterien aus einem Gesamtzusammenhang.

Unter einem erzeugten Pessimismus kann man jene Form von Pessimismus verstehen, bei welchem die Betonung der negativen Aspekte nicht vorweg in der Mentalität der „Pessimisten“ vorhanden war, sondern durch exogene, also von außen und oft suggestiv wirksame Elemente wie z. B. die Massenmedien, gleichsam produziert worden ist.

Die Folge eines erzeugten Pessimismus in der Beurteilung ökonomischer Sachverhalte ist dann, daß die Anpassung der Menschen auf die jeweils neuen (ökonomisch belangreichen) Umweltbedingungen erschwert wird, weil über die Umwelt falsche pessimistische Informationen gemacht werden.

Mit der Änderung der Art der Einflußnahme exogener Faktoren auf das Denken kann der Pessimismus gemildert, wenn nicht sogar beseitigt werden.

Als Wirtschaftskraft eines Landes, so heißt es im Katalog, wird vom Gutachter im Sinne der Fragestellung in erster Linie nicht die Summe der etwa in Form von Betrieben materialisierten wirtschaftlichen Einrichtungen eines Landes verstanden, sondern jenes Phänomen, das unmittelbar durch einen erzeugten Pessimismus beeinflußt werden kann. Das humane Substrat der Wirtschaft eines Landes. Daher wird in der Begrenzung des gestellten Themas der Wirtschaftskraft das wirtschaftsrelevante Verhalten zugerechnet und zwar das Verhalten der Wirtschaftsführer aller Stufen, ob sie nun in der öffentlichen Administration oder in einem Privatbetrieb tätig sind, das Verhalten der Konsumenten, die mit ihrer Nachfrage den idealtypisch ablaufenden Wirtschaftskreislauf schließen bzw. den Men-

genleistungen der Wirtschaft durch ihre monetäre Nachfrage erst einen kommerziellen Wert verleihen und schließlich das Verhalten der Arbeitnehmer. Der Effekt arbeitnehmerischen Verhaltens ist auch bei Zeitzwang im Fließprozeß wesentlich mitbestimmt durch den Arbeitswillen. Dieser ist bei pessimistischer Grundstimmung — angenommen, wenn er fürchtet, arbeitslos zu werden — zwar kurzfristig noch angststimuliert, wird aber auf lange Frist jedoch apathisch.

Ebenso sind der Wirtschaftskraft eines Landes die wirtschaftlich relevanten Normen, also die „Wirtschaftsgesetze“ im weitesten Sinn, zuzurechnen.

Das Wort „Land“ wird im weitesten Sinn, ohne lokale Beschränkung verstanden: als Region etwa in der Vorstellung einer „Volkswirtschaft“, in der abgrenzbare überbetriebliche Maßnahmen wirksam sind.

Bezüglich der Gefährdung von Arbeitsplätzen sagt das Gutachten: Ein Arbeitsplatz ist nicht allein das Ergebnis einer kombinierten Konstitution von Kapital und unternehmerischer Disposition, sondern ist auch von den Erwartungen der Unternehmungen über die kommerzielle Verwertung der im Bereich des Arbeitsplatzes produzierten Mengenleistungen begründet. Unter Gefährdung von Arbeitsplätzen durch einen erzeugten Pessimismus versteht der Gutachter die Tatsache, daß die für die Personalführung Verantwortlichen pessimistische Prospekte z. B. über die künftige Marktlage internalisieren und nur mehr defensiv operieren, indem sie also entweder Arbeitnehmer kündigen oder keine Neuaufnahmen vornehmen.

Überdies kann ein pessimistisches Denken der Arbeitnehmer die Optimierung ihrer Arbeitsleistungen und damit die internationale Position der Wirtschaft eines Landes gefährden, etwa wenn die Arbeiter aus Sekuritätserwägungen nicht mehr angemessen mobil sind, sondern sich bemühen, einen Arbeitsplatz zu halten, wenn sie auch auf diesem ihr Arbeitskönnen nicht angemessen verwerten können. Auf diese Weise wird die bestmögliche Allokation der Produktionsfaktoren also die optimale Produktivitätsanpassung behindert, die sich in relativ niedrigen Selbstkosten als Folge einer sogenannten Minimalkostenkombination und in einem relativ hohen Sozialprodukt und Exporterlös niederschlägt.

Als Prognose im Sinn der Themenstellung kann man eine Aussage oder Information über künftige wirtschaftlich relevante Ereignisse verstehen, die durch Information über gegebene historisch erkannte Bedingungen begründet ist (z. B. eine Absatzlage oder Absatzentwicklung).

Die (wirtschaftlichen) Prognosen haben den Charakter von Informationen über den Ablauf von ökonomischen Variablen (z. B. Auftragslage, Nachfrage nach Waren und menschlicher Arbeitskraft) und insoweit über die Veränderung eines gegenwärtig vorhandenen Entscheidungsfeldes.

Nach ihrem Inhalt sind die Prognosen einzuteilen in Verkaufsanalysen: sie zeigen, wie eine (wirtschaftliche) Situation aus einer anderen entsteht, und zum anderen

Periodenanalysen: sie zeigen, wie der zeitliche Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens in aufein-

anderfolgende Abschnitte, in Perioden, zerlegt wird. Die Veränderung der Variablen wird als diskontinuierlich angenommen.

Nach dem Gewißheitsgrad sind die Prognosen nun einerseits frei, wenn sie eine Konstanz bzw. eine Passivität der Wirtschaftspolitik zur Grundlage haben, andererseits ist eine wirtschaftspolitisch bedingte Prognose vorhanden, wenn für das Zutreffen der Prognose (z. B. Verringerung der Arbeitslosenquote) die Auswirkung von verschiedenen, angegebenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen (z. B. die Förderung der Betriebsansiedlung) vorausgesetzt wird.

Zur Feststellung des annähernden Gewißheitsgrades einer Prognose kann man fragen: Welchem ökonomischen Gesetz ist die Transformation einer Ausgangssituation in eine zeitlich nachgeordnete Endsituation unterworfen?

Eine instrumentale Prognose gibt an, welche Maßnahmen erforderlich sind, um bestimmte Ziele zu erreichen. (Also z. B. Minimierung der Arbeitslosenziffer.)

Schließlich kann eine Prognose auch Ausdruck einer Ideologie sein, eines falschen, durch Vorurteile bestimmten Bewußtseins, also etwa eines Pessimismus. Eine solche Prognose ist sachlich wissenschaftlich zwar wertlos, kann aber jene Mentalität produzieren, deren Vorhandensein und vermutete Wirksamkeit die Ursache für den oben zitierten Antrag gewesen ist.

Über das „Wirtschaftliche Verhalten“ sagt der Gutachter folgendes:

Das, was man Wirtschaft nennt, wird bis hinauf zum Rang der Volkswirtschaft in erster Linie vom Verhalten der Menschen bestimmt, die angesichts der verfügbaren Alternativen Entscheidungen treffen. Die Handlungen der Menschen sind daher Wahlhandlungen, deren Inhalt eine Entscheidungsmaxime ist, welcher wieder ein internalisiertes Wertsystem zugrunde liegt, zumindest also Meinungen. Im allgemeinen ist das wirtschaftliche Verhalten in einer dicht organisierten Gesellschaft schematisch und habitualisiert: Die Mehrheit der Menschen ist bemüht, durch wirtschaftliches Verhalten ihr Einkommen und damit die Konsumchancen zu maximieren, zu optimieren.

Bei pessimistischen Prognosen und Informationen und einer ohnedies schon pessimistischen — zumindest in der Beurteilung der Zukunft skeptischen — Mentalität wird das wirtschaftliche Verhalten durch Vorurteile fixiert und von Gefühlsreaktionen in der Art eines mangelnden Vertrauens in eine positive expansive Entwicklung der wirtschaftlichen Prozesse geleitet.

Die wirtschaftlichen Entscheidungen sind nun einmal das Resultat einer Kombination von vorweg gegebenen Entscheidungselementen und Informationen. Sind diese pessimistisch, verstärken sie die stereotypen Meinungen, die sich als „Erfahrungen“ tarnen.

Das wirtschaftliche Verhalten bei pessimistischer Mentalität wird in erster Linie von Sekuritätserwägungen bestimmt und daher im Wesen statisch sein: Es erfolgen keine Netto-Investitionen, sondern bestenfalls Ersatz-Investitionen. Und im Personalbetrieb wird nur administriert. Die engagier-

ten Arbeitskräfte sollen „billig“ sein, wobei die Personalrentabilität nicht geprüft wird.

Entwicklungs- und Forschungsprojekte werden kaum in Angriff genommen, da man vermutet, daß ihre Kosten vom Markt ohnehin nicht refundiert würden.

Kommerzielle Innovationen (Erfindungen) etwa im Bereich des Marktes sind selten: Die Produkte werden in Art und Aufmachung wie bisher angeboten. Die Nachfrageproduktion, das Marketing, erfolgt aus einer Haltung der Defensive und ist nicht überzeugend.

Falls sich die für die Wirtschaftspolitik eines Landes maßgebende Instanz an die Mentalität anpaßt, kann die Infrastruktur eines Landes maßgeblich negativ beeinflusst werden:

In diesem Zusammenhang ist an die falsche Stabilisierungspolitik der österreichischen Notenbank und des Finanzministeriums vor 1938 zu erinnern oder an die Gesetzgebung, welche u. a. den Marktzugang durch zünftlerische Normierungen gesperrt hat, weiters an die Budgetpolitik der Ersten Republik, welche nur statisch war, wodurch sie in der Depression prozyklisch, d. h. die Depression fördernd, gewirkt hat.

Das Sparverhalten der Haushalte wird bei pessimistischer Grundstimmung oft, nicht in allen Fällen aber doch oft arational sein und bei Stagnation diese durch ein Zu-viel-Sparen in Krise und Depression verwandeln helfen.

Bei Prosperität, wenn also die allgemeine pessimistische Annahme herrscht: „Die Preise steigen“, kann ein zu starkes Entsparen prozyklisch und preissteigernd wirken.

Die Anschlußfolge pessimistischer Grundhaltung kann die Kapitalflucht sein. Die Krise der französischen Währung war nicht durch eine unzureichende Deckung des Franc oder die Entwicklung des Sozialproduktes hervorgerufen worden, sondern durch das mangelnde Vertrauen in die französische Währung, also durch Meinung bzw. Meinungsänderung und war insoweit ein wirtschaftspsychologisches Phänomen. Die Krise war daher in erster Linie keine Wirtschafts-, sondern eine Vertrauenskrise.

Wenn eine Minderheit, relativ jedoch gewichtige Minderheit, auf Grund pessimistischer Schlüsse ein angesichts der gegebenen Sachlage falsches Wirtschaftsverhalten zeigt, kann die Erstwirkung zu Folgewirkungen führen, die multiplikativ expandieren. Nichtinvestieren und Verringerung der Zahl der erwerbstätigen Arbeitnehmer bei den Pessimisten der „ersten Stunde“ führt zu einer negativen beschleunigenden Wirkung.

Weniger Investitionen im Betrieb A führt zu einer Verringerung der Nachfrage nach Vormaterialien im Betrieb B, der Investitionsgüter erzeugt.

Die verringerte Kaufkraft der Arbeitnehmer, die aus einem Betrieb A ausgeschieden sind, wirkt sich auf den Absatz in den Handelsbetrieben und in den Betrieben der Lieferanten der Handelsbetriebe aus, daher sinkt in der Folgewirkung die Kapazitätsausnutzung der von den Maßnahmen der Pessimisten betroffenen Betriebe.

Die weitere Verringerung der Kapazitätsausnutzung führt zum Entstehen von Leerkosten, d. h. von Kosten wie Maschinenwartung, Versicherung,

zeitabhängige sogenannte wirtschaftliche Wertminderung, denen mangels Absatz kein Erlös gegenübersteht.

Vorhandene Lagerware wird unverkäuflich, wodurch u. a. Kapital gebunden wird, was wieder zur Entstehung von Leerkosten führt.

Nun zu den Prognosewirkungen: Die Folgen einer in unserem Beispiel pessimistischen Prognose können sein ein prognosekonformes Verhalten: Die Effekte des Verhaltens entsprechen der Prognose.

Beispiel: Bei der Voraussage, „Die Nachfrage wird sinken“, werden also jene Personen, welche die Prognose als richtig internalisieren und in ihr Verhaltensprogramm aufgenommen haben, die Kündigung von Arbeitsnehmern vornehmen und gleichzeitig den Produktionsausstoß verringern.

Bei einem prognosekonformen Verhalten besteht eine evidente Interdependenz eine gegenseitige Abhängigkeit von Prognose und dem anschließenden Verhalten.

Bei einer sich selbst erfüllenden Prognose setzt die Prognose von sich aus Effekte. Beispiel aus der Politik: Weil eine Niederlage der eigenen Partei als ohnedies gewiß hingestellt wird, geht man nicht mehr wählen. Im gegebenen Fall sind die Prognosen keineswegs empirisch gegründet, setzen aber selbst die Bedingungen, die erforderlich sind, damit sie zutreffen.

Oder Beispiel aus dem wirtschaftlichen Prozeß, nehmen wir den Fremdenverkehr:

Obwohl nach objektiver Prüfung die Absatzaussichten im Fremdenverkehr gut sind, wird eine pessimistische Prognose publiziert.

Bei Annahme der Richtigkeit der Prognose werden von Unternehmungen des Fremdenverkehrs angemessene Investitionen unterlassen. Der Komfort ist nunmehr relativ geringer als in den Vergleichsbetrieben des Auslandes.

Die Dienstnehmer werden unter den Aspekten der Billigkeit unter der Annahme einer quantitativ und qualitativ „ohnedies“ geringeren Nachfrage engagiert.

Die Fremden, die in einer größeren Zahl als erwartet, kommen, reagieren auf das quantitativ und qualitativ unzureichende Anbot durch vorzeitige Abreise oder durch Stornierung. Im Folgejahr kommen tatsächlich weniger Fremde.

Die Prophezeiung hat sich also bei diesem Beispiel erfüllt; die Propheten können behaupten, eine „richtige“ Prognose gestellt zu haben.

Oder ein ähnliches Beispiel: Eine (grundlos) vorausgesagte Preissteigerung in einem speicherbaren Gut des Massenkonsums führt zu einem sehr starken Nachfrageanstieg, der nun tatsächlich einen Preisanstieg zur Folge hat.

Eine objektiv falsche Prognose kann zu einem falschen Timing führen, d. h. dazu, daß bestimmte Maßnahmen zu einem ungeeigneten Zeitpunkt angesetzt werden:

Und hier ein Beispiel: Arbeiterkündigungen noch vor dem Ende der Saison oder sachlich unbegründete Notverkäufe.

Und nun noch zur Austro-Mentalität sagt das Gutachten:

Das wirtschaftliche Verhalten, verstanden als eine wirtschaftlich belangreiche Entscheidung, reflektiert die Wirkung eines komplex verbundenen Bündels von verhaltenssteuernden Einflußfaktoren.

Auch die „sogenannte“ geistige Landschaft und die tradierte oft objektiv falsche Erfahrung der Bewohner eines Landes kann verhaltenssteuernd wirken.

In Österreich ist die Aufnahmewilligkeit der wirtschaftenden Menschen für pessimistische Prognosen ebenso wie deren gedächtnismäßige Hafttiefe eine besonders große und bildet bei der Generation der bereits Erwerbstätigen einen Bestandteil der persönlichen Grundstruktur.

Als Beispiel wird angeführt: Die Mentalität vieler Österreicher ist in ökonomischen Belangen von der lokalen und sich weitgehend nur sektoral auswirkenden Wirtschaftskrise von 1873, also zur Zeit der Weltausstellung in Wien, bestimmt. Die Folgen sind u. a. heute noch:

Eine Abneigung gegen Aktienerwerb beim großen „Publikum“, international und angesichts der Sicherheit der Währung der Massenkaufkraft geringe Sparneigung und die Disqualifikation der Tätigkeit der Börse und der Geldinstitute.

Die Produzentenmentalität, nicht die Mentalität der Konsumenten, ist in Österreich vielfach von einem habitualisierten Pessimismus bestimmt: Man übernimmt ungeprüfte Beurteilungskriterien, die in einmaligen historischen Situationen richtig gewesen waren:

Weil „klein“, ist Österreich wirtschaftlich nicht lebensfähig oder

„Alles wird teurer“ (was heißt „alles“, was heißt „teurer“).

Der Schilling „wackelt“, gibt „nichts“ aus oder ist „nichts“ wert, u. ä.

Die Verhaltensmuster im Bereich der Wirtschaft sind in Österreich weitgehend invariant und von Skepsis hinsichtlich der künftigen Entwicklung bestimmt, weshalb der Übernahme pessimistischer Gedankengänge und Prognosen relativ wenig Widerstand entgegengesetzt wird. Nur ein „Nonkonformist“ ist Optimist. Die Chancen alternativen Handelns werden daher unzureichend genutzt. Der Anpassungsmechanismus der Wirtschaftenden ist durch sozialpsychologische Faktoren gehemmt und die Bewertungsmaßstäbe auch mancher Wirtschaftsführer sind in einem hohen Maß irrational und bei pessimistischen Prognosen defensiv-apatthisch. Daher z. B. die Flucht in die zu weitgehende Administrierung der Märkte, in die vielfach die Entwicklung hemmende Preisbildung und in die Preis-sicherung.

Und nun macht der Gutachter folgende Vorschläge:

Der Pessimismus in Fragen wirtschaftlicher Entscheidungen ist dem Österreicher derart einge-boren, daß es besonders nachdrücklicher Gegenmaßnahmen bedarf.

Die Motivationsstruktur der Österreicher in Fragen des Wirtschaftens bedarf einer Änderung durch Transparentmachung der wirtschaftlichen Zusammenhänge.

Zu diesem Zweck ist notwendig die Einflußnahme auf die Massenmedien, damit diese in Wirtschaftsangelegenheiten objektiv berichten und nicht einseitig lediglich Negativa akkumulieren und auf diese Weise die Krankengeschichte der Wirtschaft Österreichs als diese selbst ausgeben.

Es geht daher nicht um die Produktion von opti-

mistisch gefärbten und daher falschen Informationen, sondern um deren Objektivität und um ihre Orientierung an den nationalen Interessen.

Dabei ist Information unter Bedachtnahme auf das zur Beantwortung gestellte Thema als am Interesse der Nation orientierte Ein-Bildung der Wirklichkeitsinhalte der Wirtschaft Österreichs in die Mentalität der Wirtschaftstreibenden aller Produktionsbereiche und Ränge zu verstehen.

Weiters wird noch notwendig die Einflußnahme auf den Unterricht in allen Schulstufen.

Mehr Raum für einen sachlichen und verantwortungsbewußten Wirtschaftskundeunterricht, der von Experten zu erteilen ist. Der Pessimismus der Österreicher in Wirtschaftsfragen ist oft nur ein sich intellektuell oder informiert gebender Reflex von Unbildung.

Förderung der Publikation der positiven Erfolge der österreichischen Wirtschaft, ob die Eigentümer der Unternehmungen nun Private oder Gebietskörperschaften sind.

Sachurteile sollen Vorurteile ablösen. Eine sachlich gedeckte pessimistische Prognose kann daher bei geänderter Mentalität Anlaß zu wirksamen Gegenmaßnahmen sein.

Vorurteile sind für den Unerfahrenen „eine Erlösung auf seinem gewundenen Weg der sozialen Orientierung“. Daher wird jedem Versuch, die Vorurteile durch allgemeine und spezifische Wissensvermittlung zu verringern, Widerstand entgegengesetzt werden. Andererseits können den Vorurteilen und der Mentalität die Grundlagen nur durch Erweiterung des Erfahrungsbereiches also durch Wissensvermittlung entzogen werden.

Die gutachtlichen Äußerungen sind u. a. durch Literaturstudien und durch eine selektive Befragung von Experten begründet. Eine umfangreiche Befragung, für die der Gutachter Interviewer eines Meinungsforschungsinstitutes hätte engagieren müssen, wäre nach Schätzung auf etwa 500.000 Schilling gekommen. Diese Kosten der Ermittlung stünden in keinem Verhältnis zu dem vom Landtag erwarteten Resultat und wären besser im Sinne der Vorschläge zur Förderung der wirtschaftskundlichen Erziehung und auf diese Weise der Wirtschaftsmentalität in der Steiermark zu verwenden.

Prof. Burghardt hat in seinem Schreiben angeboten, den Damen und Herren Abgeordneten des Steiermärkischen Landtages für eine Interpretation seines Gutachtens zur Verfügung zu stehen. Im Ausschuß wurde ein solcher Wunsch nicht geäußert.

Da die vorliegenden gutachtlichen Äußerungen umfangreich sind und sich mit dem aufgeworfenen Thema eingehend auseinandersetzen, erachtet es die Steiermärkische Landesregierung für nicht notwendig, weitere wissenschaftliche Analysen einzuholen. (Zwischenruf von der SPÖ: „Das ist aber schade!“)

Der zuständige Ausschuß hat sich mit dieser Frage befaßt. Der Antrag konnte nicht die einstimmige Zustimmung finden, sondern wurde mit Mehrheit beschlossen. Ich darf mir erlauben, namens der Mehrheit des Ausschusses folgenden Antrag zu stellen: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Eichinger, Burger, Jamnegg und Ritzinger, betreffend eine exakte Untersuchung, inwieweit bewußt oder

unbewußt erzeugter Pessimismus die Wirtschaftskraft eines Landes schwächen und damit die Arbeitsplätze gefährden kann, wird zur Kenntnis genommen.

Präsident: Als erster Redner hat sich Herr Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Berichterstatter war so freundlich, das vorliegende Gutachten recht ausführlich zu schildern (Abg. Zinkanel: „Einige Klammerausdrücke haben gefehlt!“), so daß ich zu dem Gutachten selbst nicht allzuviel zu sagen habe.

Die Dreiteilung dieses Gutachtens kann in etwa so aufgefaßt werden, daß der erste und der dritte Teil, der Begriffskatalog einerseits und die Vorschläge andererseits, eine im gegebenen Rahmen durchaus interessante Studie darstellen, während der zweite Abschnitt, der sich mit dem wirtschaftlichen Verhalten, den Folgewirkungen, den Prognosewirkungen und vor allem mit der Austro-Mentalität beschäftigt, sicherlich in seiner Aussage nicht unumstritten ist. Ich nehme die eine Jahreszahl, die Wirtschaftskrise 1873 heraus. Von dieser Krise ableitend kommt Prof. Burkhart zu dem Ergebnis, daß vom damaligen Zeitpunkt her eine negative Einstellung etwa zu Aktienkäufen gegeben sei und eine etwas oder stark pessimistische Wirtschaftsmentalität. Meine Damen und Herren, ich will mich keineswegs in eine Fachdiskussion mit dem Verfasser des Gutachtens einlassen, aber ich möchte ebenso klar aussprechen, ich glaube es nicht. (Landeshauptmann Krainer: „Sie glauben also dem Gutachten nicht!“)

Ich glaube nicht, daß eine passive oder pessimistische Einstellung tatsächlich nur das Jahr 1873 zur Grundlage hat und man die gesamte Entwicklung des Ersten und des Zweiten Weltkrieges, der Nachkriegszeit einfach unter den Tisch fallen läßt. Wenn man im Zusammenhang mit einer Wirtschaftskrise eine Zahl hernimmt, die — das wurde im Ausschuß gesagt, ich will mich nicht mit fremden Federn schmücken — den meisten österreichischen Staatsbürgern überhaupt fremd ist, dann kann man daraus nicht ein doch massenmäßig sehr deutliches Verhalten ableiten, wie es der Gutachter behauptet. Das ist auch der Grund, warum die freihetlichen Abgeordneten dieser Vorlage nicht zustimmen können.

Aber, meine Damen und Herren, selbst wenn das nicht der Fall wäre und wenn man sagen könnte, „gut, es liegt nun ein Gutachten vor über einen Antrag“, dann bleibt immer noch eine zweite Frage, die mir viel wesentlicher erscheint, nämlich die Frage, was soll es? Was soll dieser Antrag? Meine Damen und Herren, es gibt hunderte von Problemen, die unbestritten interessant sind. Man könnte beispielsweise eine wissenschaftliche Untersuchung darüber führen, welche Auswirkungen politische Entscheidungen haben, die gegen die einhellige Meinung von Fachexperten im wirtschaftlichen Bereich erfolgen. Wäre auch eine interessante Studie. Aber was soll sie? Dort, wo der Landtag in seinen Rechten und Pflichten wirtschaftspolitische Entscheidungen zu treffen hat, wird er die — und das un-

terstelle ich jedem Mitglied des Hohen Hauses — nach bestem Wissen und Gewissen, wie es sein Eid in diesem Haus verlangt, treffen. Jeder einzelne wird sich informieren und nach seiner Beurteilung entscheiden. Es ist undenkbar — und sei es auch durch einen „professoralen Maulkorb“ — diese Entscheidung etwa einschränken zu wollen.

Aber der wesentlich größere Teil der wirtschaftlichen Entscheidungen liegt ja beim einzelnen Unternehmer und dieser einzelne Unternehmer hat sein Risiko und seine Entscheidungen ebenso abzuwägen und sie nach bestem Wissen und Betriebsanforderungen zu treffen. Da nützt keine theoretische Studie über wirtschaftlichen Pessimismus oder Nicht-Pessimismus, sondern da sind die Dinge des Auftragsstandes, der Marktsituation, des Wettbewerbes, der Konkurrenzfähigkeit letzten Endes ausschlaggebend. Wenn man ein Übriges tun will und sich sagt, na gut, die Vorschläge, die hier gemacht werden, sind objektive Information, wie im Zusammenhang mit Punkt 25 der Tagesordnung, aber diese Tatsachen sind doch Binsenweisheiten, etwa daß Sachurteile vor Vorurteile gestellt werden sollen. Ja, aber meine Damen und Herren, ist es immer so, daß wirklich die Sachurteile vor Vorurteilen stehen oder geht es darum, daß irgendwo in irgendeinem Gremium etwa zufällig eine Mehrheit feststellen will, daß nur das, was die Mehrheit vertritt, ein Sachurteil ist? Und das, was eine Minderheit vertritt, ein Vorurteil ist! (Landeshauptmann Krainer: „Das läßt sich ja objektiv feststellen!“)

Ja, Herr Landeshauptmann, nach Ihren heutigen Ausführungen zur Objektivität hege ich einige Zweifel daran. Es ist die Gleichung, politische Mehrheit ist gleich objektive Wahrheit, zwar sehr lustig aufzustellen, aber sie ist falsch, meine Damen und Herren.

Und daher möchte ich an eine Inaugurationsrede eines Rektors der Technischen Hochschule in Graz erinnern, der einmal im Zusammenhang mit Forschungsproblemen erklärt hat, daß die Entwicklung von der zweckfreien Forschung zur zweckgebundenen Forschung geführt hat und nunmehr endlich bei der zwecklosen Forschung gelandet sei. Und daher möchte ich nun nicht hoffen, daß die Kette der Anträge in diesem Hohen Haus etwa einen gleichen Weg nehmen soll, obwohl dieser Antrag — die Antragsteller mögen es mir verzeihen — mich fast etwas Ähnliches glauben läßt.

Präsident: Nächster Redner ist Abg. Dipl.-Ing. Fuchs. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich befinde mich wieder einmal in Gegensatz mit dem Herrn Vizebürgermeister von Graz, DDr. Götz, eine Tatsache, die scheinbar heute mein Los ist, die mich aber nicht hindern wird, trotzdem mit meinen ebenso vorbereiteten Ausführungen zu beginnen.

Das Gutachten des Herrn Prof. Burghardt, das dem Hohen Haus vorliegt, und das, glaube ich, zu Recht verlesen wurde (Abg. Heidinger: „Wir können lesen!“), — weil es laut gelesen und gut zugehört, noch besser wirkt als wie im Stillen überflogen — ist doch in seiner Aussage etwas zu ernst, als daß man nur so darüber hinweggeht und sagt

„na wozu das Ganze“, und „was soll's“ und auch das Jahr 1873 ist nicht das einzige, an das man sich schon im Ausschuß geklammert hat und das man hier wieder vorgebracht hat. (Nur als Beispiel.) (Abg. Zinkanell: „Es müßte schon weiter zurückliegen, aus der Metternich-Zeit — ein Mini-Metternich!“)

Es ist halt traurig, wenn alles, was man an einem Gutachten findet, nur ein Jahreszahl ist und im übrigen sagt man, „das erste und das dritte gefällt mir, das zweite ist eine Binsenwahrheit und wegen der Mitte kann man streiten, weil eben z. B. die eine Jahreszahl da steht“. (Abg. Dipl.-Ing. DDr. Götz: „Das sind ja nur Begriffsbestimmungen, Herr Kollege!“)

Ich bin ein zu bescheidener Mensch, als daß ich mich mit Herrn Prof. Burghardt, der immerhin Vorstand des Institutes für Sozialpolitik und Betriebssoziologie ist, in eine Diskussion einlassen möchte, wie weit das Verhalten des Einzelnen auch durch das Jahr 1873 bestimmt sein könnte.

Ich bin überzeugt, daß es, was für uns sehr lächerlich klingt, schon sicher einen Kern hat, obwohl ich es mir nicht gut vorstellen kann. (Landeshauptmann Krainer: „Er sagt, nur für die Aktienbesitzer, für die Geldwechsler!“)

Nur für die Aktienbesitzer und Kuponschneider. (Abg. Ileschitz: „Dann soll man das bei den Aktienbesitzern sagen und doch nicht hier im Landtag!“)

Bitte sehr! (Abg. Pözl: „Die hört man im Fernsehen ab und zu, Berichte über Aktienverkäufe und Aktienankäufe. Da habt Ihr eine gute Erfahrung!“)

Indirekt sind sehr viele Österreicher Aktienbesitzer. (Zahlreiche Zwischenrufe.)

Präsident: Glockenzeichen — Bitte den Redner nicht dauernd zu unterbrechen!

Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: Meine lieben Kollegen, es dauert länger, je mehr Sie sich untereinander unterhalten. (Abg. Zinkanell: „Wir haben Zeit gehabt zuzuhören, wir haben auch jetzt Zeit!“)

Ich glaube es wird nicht so gefährlich sein. Indirekt sind sehr viele Österreicher Aktienbesitzer, z. B. über verschiedene Vereine, die ja im Portefeuille beträchtliche Aktienbeträge haben. So ganz aus der Luft herbeigezogen ist das ja nicht. Das ist ja auch nicht das Wesentliche. Zwei Fragen sind hier zu stellen.

1. Ist der Inhalt etwa so, wie man sich ihn vorgestellt hat bei der Fragestellung? Ich muß sagen, die Schlußfolgerungen, zu denen der Prof. Burghardt gekommen ist, werden von anderen sehr namhaften Wissenschaftlern und Politikern erhärtet. Ich werde mir erlauben, Ihnen später einige Beispiele dafür zu bringen. Auch der Herr Prof. Schiller, der in Deutschland Bundeswirtschaftsminister ist, kommt zu ähnlichen Schlußfolgerungen. (Abg. Ileschitz: „Aber nicht auf Grund von Gutachten, Herr Kollege! Er kann es, er braucht auch nichts dafür zu bezahlen!“ — Heiterkeit bei der SPÖ.)

Herr Kollege Ileschitz, wir hätten das Gutachten vielleicht nicht bezahlen können und außerdem hat er nicht die Zeit, um uns eines zu machen.

In der Einleitung wird von Prof. Burghardt — das erscheint mir wesentlich und das ist auch der

Grund und Anlaß zur ganzen Fragestellung — von einem bewußt oder unbewußt erzeugten Pessimismus gesprochen. Das hat nichts zu tun mit einem natürlich gewachsenen Pessimismus, sondern das ist ein Pessimismus, der erzeugt wurde. Der Herr Prof. Burghardt geht in seine Definition weiter und sagt: „Ich verstehe hier unter einem erzeugten Pessimismus nicht einen Pessimismus, der auf Grund falscher oder sagen wir im Sinne von lügenhaften Aussagen zustandekommt“. Falsche Aussagen hat der Herr Kollege Leitner gebracht, indem er zum großen Erstaunen des leider nicht sehr aufmerksamen Hausese gesagt hat, daß man die Prähichlstraße nicht ausbaut und versucht die Eisenbahn einzuschränken, um den Erzbergbau zu verhindern. Das ist eine unwahre Behauptung, Herr Kollege. (Abg. Leitner: „Aber schauen Sie, wie lange es schon versprochen wurde und nichts gemacht worden ist. Was die Bahn betrifft, da fragen Sie den Herrn Landeshauptmann!“)

Sie haben gesagt, es wird nicht gemacht mit dem Ziel, die Erzförderung einzuschränken. Ich sage Ihnen, das ist eine unwahre Behauptung und eine Art von Miesmacherei, die hier in diesem Gutachten gar nicht erwähnt ist. (Landeshauptmann Krainer: „Bewußter Pessimismus!“ — Abg. Leitner: „Der Herr Landeshauptmann hat auf der Grazer Messe gesagt, daß der ganze Industriebereich um den Erzberg verlagert werden müsse!“)

Herr Kollege Leitner, Sie können mir nicht erzählen, daß der Herr Landeshauptmann auf der Grazer Messe gesagt hat, wir wollen den Erzbergbau verringern. Das ist lächerlich. Sie haben bewußt etwas Unrichtiges gesagt. Völlig bewußt. (Abg. Leitner: „Ich mache es nicht so wie die Horizontensendung!“ — Abg. Ritzinger: „Er hat es ja nicht gesagt, er hat es nur verlesen!“)

Der Gutachter meint hier nur einen Pessimismus, der meiner Meinung nach viel gefährlicher ist als der Pessimismus, wie ihn der Herr Kollege Leitner machen würde, nämlich eine Form von Pessimismus, die nur eine Seite von Erscheinungsformen nimmt. Sie sagt, ich habe hier dieses oder jenes und ich lasse bewußt eines weg und nehme das andere her und biete sofort für die Schlußfolgerung, die ich auf die Zukunft ziehe, Beweise an, die ich jederzeit auf den Tisch legen kann. Ich kann sagen, hier sind zehn Entlassungen, es kommt die Arbeitslosenwelle, weil hier zehn Entlassungen sind. Das ist eine Form von Miesmacherei, wie sie hier der Gutachter meint, die nichts mit der rein lügenhaften Information zu tun hat, sondern nur eine einseitige Darstellung und Betonung gewisser Erscheinungsformen mit sich hat. (Abg. Scheer: „Das hat ja niemand bestritten! Die Frage ist nur, was soll das Gutachten!“)

Schauen Sie, melden Sie sich auch zu Wort. Ich komme gleich dazu, aber Sie lassen mich nicht. Sie müssen nicht zweimal so laut sein, wie die anderen. Es ist nicht notwendig.

Es ist hier von einer sehr gefährlichen Form von Pessimismus die Rede. Der Begutachter kommt zu dem Schluß, daß diese Form von Pessimismus zweifelsohne auf eine Wirtschaft Auswirkungen haben kann.

Jetzt kommt die zweite Frage, die auch der Kollege DDr. Götz angeschnitten hat, die wir uns alle

gestellt haben und die im Ausschuß zum Ausdruck gebracht wurde. Ist es Aufgabe des Steiermärkischen Landtages solche Fragen zu stellen und sich mit solchen Fragen zu befassen. (Präsident Afritsch: „Bestimmt nicht!“ — Landeshauptmann Krainer: „Sie wollen nichts von der Wirtschaft wissen, noch dazu vom Pessimismus!“ — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.)

Herr Präsident, bitte mir Ruhe zu verschaffen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Fuchs.

Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: Es ist also so, daß der Herr Kollege Dr. Klauser in seiner Budgetrede gesagt hat in einem etwas hitzigen Moment, die Zensur soll eingeführt werden. (Abg. Dr. Klauser: „Das geht in die Richtung!“)

Ganz laut hat er das geschrien: „Ihr wollt Zensur und Ihr wollt uns einen Maulkorb umhängen.“ (Unverständliche Zwischenrufe. — Abg. Zinkanell: „Es ist höflich mit ‚Austromentalität‘ umschrieben. Es könnte ja auch anders heißen!“ — Abg. Pözl: „Wir können auch verwechseln Zyankali und Zinkanell!“ — Heiterkeit bei der ÖVP. — Weitere Zwischenrufe.)

Ich möchte sagen, daß man bei sehr pessimistischer Beurteilung der Äußerungen des Dr. Klauser zu dem falschen Schluß kommen könnte, daß man sagt, jetzt müssen wir schnell ein Plakat aufmachen „Der Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner ist für die Erhaltung der Redefreiheit in Österreich“. Das wäre eine Verhaltensweise auf Grund eines erzeugten Pessimismus — wenn überhaupt irgend jemand diesem Glauben schenken könnte.

Aber, wie eindeutig nachweisbar ist, wirkt sich ein erzeugter Pessimismus und noch dazu wenn er von einer sehr maßgeblichen Persönlichkeit erzeugt wird, nachteilig auf die Wirtschaft aus. (Abg. Dr. Klauser: „Es kommt ja darauf an, wer das beurteilt, was erzeugter Pessimismus ist!“ — Weitere Zwischenrufe.)

Schauen Sie Herr Dr. Klauser, damit wir uns nicht darüber streiten müssen, haben wir ein Gutachten bestellt. (Abg. Ileschitz: „Da hat die ÖVP einen Fehler gemacht!“)

Herr Kollege Ileschitz, ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß das Gutachten die Landesregierung bestellt hat und nicht die Österreichische Volkspartei.

Ist ja klar, gezahlt hat sie es auch. (Landesrat Gruber: „Das ist ein Irrtum! Das ist doch ein Antrag von Abgeordneten der ÖVP gewesen. Das Gutachten hat der Herr Landeshauptmann besorgt. Die Regierung hat es nicht beschlossen!“)

Herr Landesrat, tun Sie nicht taktisieren, Sie wissen genau, daß die Landesregierung den Herrn Prof. Burghardt gebeten hat, dieses Gutachten zu erstellen. (Erster Landeshauptmannstellv. DDr. Schachner-Blazizek: „Nein, das stimmt nicht! Der Auftrag muß vom Herrn Landeshauptmann oder von der Abteilung gekommen sein. Nur die Rechnung wurde der Regierung zur Bezahlung vorgelegt!“)

Aber in der Regierung ist das Gutachten vorgelegt worden. Bleiben wir dabei. (Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe bei der SPÖ. — Präsident: „Ich bitte den Redner fortzusetzen!“)

Schauen Sie, ich möchte folgendes sagen: Es ist bislang noch nicht der Versuch unternommen worden, weder von der einen noch von der anderen Seite, soweit ich mich erinnern kann, das Gutachten in seinem Inhalt anzuzweifeln.

Es ist auch niemand, glaube ich hier, der sagen kann, daß Herr Prof. Burkhardt, selbst wenn der Herr Landeshauptmann bei ihm das Gutachten bestellt hat, unkompetent für diese Fragebeantwortung wäre. Oder wollen Sie behaupten, daß er nichts davon versteht? (Landesrat Gruber: „Wir sagen nur, nicht allein kompetent!“)

Es ist sicher so, Herr Landesrat Gruber, daß Sie von verschiedenen Problemen der Böhlerwerke mehr verstehen als Prof. Burkhardt und der Schranz fährt ganz sicher besser Ski als er. Aber in diesen Fragen ist er für mich immerhin, wenn man auch nicht alles kritiklos hinnehmen soll, einer, der was davon versteht. (Abg. Dr. Klauser: „Es kommt auch nicht so sehr darauf an, was drinnen steht in dem Gutachten, als was dann damit gemeint wird!“ — Landesrat Gruber: „Über nichts ist in der letzten Zeit mehr gestritten worden als über Gutachten!“ — Abg. Zinkanell: „Auf die Einschätzung kommt es an!“)

Ich bitte vielmals um Entschuldigung. Der Herr Abg. Schön hat sich anlässlich der Budget-Debatte sehr laut darüber beklagt, — und meiner Meinung nach zu Recht beklagt — daß die Gutachten, die die ÖIG bestellt hat über die Reorganisation der Eisen- und Stahlindustrie, zu früh in die Öffentlichkeit gekommen sind und ich glaube, es war der Abg. Schön, der gesagt hat, daß auf Grund dieser Veröffentlichung von besonders pessimistischen Vorhersagen den betroffenen Betrieben wesentliche Nachteile erwachsen können und auch erwachsen sind.

Und aus welchem anderen Grund haben wir uns denn alle über die falsche Aussendung im Rundfunk über das Kohlenproblem ausgelassen? (Landesrat Gruber: „Weil es unrichtig und unsachlich war!“)

Aus welchem Grund alterieren sich alljährlich bei der Budgetdebatte die Abg. Zagler, Burger, Vinzenz Lackner und vor allem der Herr Landeshauptmann, über Aussendungen, die ja effektiv nicht richtig sind, von wo immer sie kommen — sie sind trotzdem nicht richtig — aber sie schädigen die Betriebe, die sie betreffen und sie haben nachteilige Auswirkungen. Wenn man also sagt, daß man sich darüber ein Gutachten bestellt, herrscht eine große Aufregung, „wozu ein Gutachten?“ Ich muß Ihnen einmal etwas sagen: Warum sollen wir uns nicht einmal mit diesen unwägbareren Dingen der Wirtschaft befassen? Es ist uns allen völlig bewußt und völlig klar, daß ein Betrieb heute nicht nur nach dem Substanzwert, also nach den Gründen, Gebäuden und Maschinen, die er hat, zu beurteilen ist, daß er nicht nur nach seinem Ertragswert zu beurteilen ist, ob er also ein Defizit bringt oder ein Aktivum, sondern daß ein Betrieb ein „goodwill“ hat und genauso hat eine Volkswirtschaft einen „goodwill“. Und das Ausland ist sehr hellhörig und wenn in einer Volkswirtschaft eine immerhin starke Gruppe immer sagt, „oh je, es ist aus“ und „mit uns ist es aus“, so kann das doch schlechte Auswirkungen haben, nicht wahr? (Abg.

Leitner: „Der Herr Landeshauptmann hat in Graz gesagt, Österreich wird in Neutralität verhungern!“)

Der Herr Landeshauptmann hat gesagt, „wir wollen nicht in der Neutralität verhungern!“ Das „Nicht“ haben Sie wieder einmal weggelassen! (Landesrat Peltzmann: „Wir wollen nicht in Neutralität verhungern!“ — Abg. Pözl: „Das war kommunistischer Zweckpessimismus, was der Abg. Leitner gesagt hat!“)

Der Herr Landeshauptmann hat klar zum Ausdruck gebracht, daß, wenn es eine Frage des Verhungerns gäbe in der Frage der Neutralität, dann werden wir sicher nicht bei den verhungernenden Neutralen sein! Das war genau das, was der Herr Landeshauptmann gesagt hat.

Diese ganzen Reden, die ich jetzt zitiert habe, ob vom Herrn Abg. Schön oder vom Herrn Abg. Burger oder vom Herrn Abg. Zagler, und unsere Bitte an den Österr. Rundfunk um Richtigstellung, das waren auch keine Fragen der Einführung einer Zensur oder daß man vielleicht den Zeitungen oder dem Rundfunk verbietet, dies oder jenes zu sagen. Da ist es ganz ruhig. Wo ist da das Zensurgeschrei? Aber wenn man sagt, jetzt schauen wir einmal, wie wirken sich alle negativen Äußerungen, die da und dort fallen, aus, dann heißt es gleich „wozu denn“ und „das brauchen wir nicht“ und „ihr bestellt ein Gutachten und macht damit parteipolitische Propaganda“. (Abg. Zinkanell: „Auf Kosten des Landes! Das von der Parteipropaganda habt Ihr gesagt!“)

Schauen Sie, Herr Koll. Zinkanell, Sie wissen, was das gekostet hat. Und ich kann nur sagen . . . (Abg. Nigl: „Was sagen Sie zum Gutachten, daß von der Unfallversicherung für die Raffinerie Lannach bestellt worden ist?“ — Abg. Ileschitz: „Das ist doch ein Unsinn, das ist ganz was anderes!“)

Herr Kollege Ileschitz, das ist kein Unsinn und das ist auch eine durchaus legitime Frage und wenn Abgeordnete des Steiermärkischen Landtages das wissen wollen, in einer Zeit, in der über so viel diskutiert wird, von der Jugend angefangen und in der man alle Tabus in der Öffentlichkeit beredet, da soll man nicht die Frage stellen dürfen, was es einer Wirtschaft schaden kann, wenn man ständig und dauernd miesmacht? Ich kann nur sagen, wer sich betroffen fühlt, soll es sagen. Es ist doch gegen niemand persönlich gerichtet. (Abg. Zinkanell: „Wie war denn das dann heute Vormittag mit der Stadtgemeinde? War das kein Miesmachen?“)

Herr Kollege Zinkanell, in der Stadtgemeinde sitzen alle drei Parteien. Und ich müßte Ihnen, auch sagen, in einem Landtag, in dem beide Parteien so stark vertreten sind, — pardon, in dem zwei davon so stark vertreten sind — und immerhin eine dritte und eine vierte auch noch, in einem solchen Landtag wird man doch so eine Frage stellen dürfen? Und zwar ohne daß sich fast die Hälfte fürchterlich aufzuregen beginnt. (Zwischenruf von der ÖVP: „Das schlechte Gewissen!“ — Abg. Zinkanell: „Das gebrannte Kind! Austromentalität, das ist eine höfliche Umschreibung für das, was Ihr Euch darunter vorstellt!“ — Abg. Feldgrill: „Das ist ein Ausdruck, den Prof. Dr. Burghardt verwendet hat!“)

Herr Kollege Zinkanell, weil Sie immer mit der „Austromentalität“ kommen, wollen Sie unterstel-

len, daß wir dem Herrn Prof. Burghardt vielleicht das Gutachten diktiert haben? Wollen Sie dem akademischen Lehrer wirklich sagen, daß er nur das geschrieben hat, was wir gern hören wollten? Das ist doch wirklich lächerlich.

In einer Zeit, in der hier Zeitungsmeldungen herumflattern wie „die Arbeitsplätze sind in Gefahr“, „ist Ihr Arbeitsplatz noch sicher?“ oder „Kreisky, eine Gefahr für Österreichs Wirtschaft“, „Krisenalarm“, „Klaus, kein Weg aus der Misere“, das aber bitte in der Arbeiterzeitung, oder „Bundesrepublik, die Krise ist da!“ (Landesrat Gruber: „Herr Abg. Fuchs, ich gebe Ihnen noch ein paar Zeitungen dazu, Ihre Zeitungen: ‚Land ohne Wirtschaftspolitik‘, ‚Kohlenbergbau, Faß ohne Boden‘ usw.“ — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.)

Wir haben früher die Debatte um den Erzberg mit Interesse gehört. Der Herr Kollege Schön war der erste und er hat gesagt „Der Weiß, der muß das in Ordnung bringen“ und er hat dabei so durchklingen lassen, der Weiß ist der Vertreter der Eigentümer und ein ÖVP-Minister; daß zufällig der Generaldirektor der VOEST ein Sozialist ist und der von der Alpine, die benachteiligt ist, von der ÖVP, das hat niemand gesagt! (Abg. Leitner: „Doch, ich habe das gesagt!“ — Heiterkeit.)

Sie haben recht, Sie haben das gesagt. (Abg. Schön: „Ich habe das in meiner Rede geschildert und es wurde dagegen Stellung genommen!“)

Im Gegenteil, wir haben alle applaudiert, obwohl sie das gesagt haben und sind nicht wie von der Tarantel gestochen, aufgesprungen. Aber jetzt ist eine Riesenaufregung und ein Riesenpalaver.

Damit ich zum Ende komme. Die EWG-Kommission hat am 24. Jänner 1967 festgestellt, für einen Konjunkturpessimismus, wie er in einzelnen EWG-Ländern unter Verallgemeinerung struktureller Schwierigkeiten bestimmter Wirtschaftszweige verbreitet wird, besteht kein Grund. In ihrem soeben veröffentlichten Konjunkturquartalsbericht zur Jahreswende unterstrich die EWG-Kommission, daß die Verbreitung eines derartigen Konjunkturpessimismus allerdings selber als Rezessionsfaktor wirken könne.

Ich muß Ihnen eines sagen. Wenn ich meine Kunden besuche und ich fahre von einem zum anderen und die ersten Drei sagen mir, jetzt wird alles schlecht, wir haben weniger zu tun. Glauben Sie nicht, daß man anfängt zu reagieren? Wenn Landesräte, Minister, Finanzreferenten unter dem Eindruck von gewissen Symptomen in der Wirtschaft anfangen, Krisenalarm zu geben, dann sollen die Unternehmer nicht reagieren, wie es im Ausschuß geheißt hat. Das gibt es nicht, daß einer Leute entläßt, nur weil er die Krise vor der Türe sieht oder weil es ihm eingeredet wird. Natürlich, das sind genauso Menschen und genauso sind die Arbeitnehmer Menschen, die auch zu reagieren beginnen. Die Wirkungen sind bekannt. Die entsprechenden Zitate, die ich hier massenhaft habe, gehen bis in die Zwanzigerjahre zurück, wo ein englischer Wirtschaftsforscher gesagt hat: „Ist der Pessimismus erst einmal aufgekommen, so wächst und verbreitet er sich. Wechselt irgendwo der Ton, so wirkt das suggestiv auf ganz entfernte Teile der Wirtschaft.“ Das ist leider die Wahrheit. Das ist nichts anders, als Professor Burghardt sagt und was in

einem sehr drastischen Beispiel der Herr Döring aus Hannover unterstreicht, der sagt: „Eine Wirtschaftskrise entsteht, wenn man davon spricht.“ Wir haben es in der Volkswirtschaft mit einem empfindlichen Organismus zu tun, der auch auf psychologische Faktoren reagiert, zumal in hochentwickelten Industrieländern, wo breite Schichten an der Einkommensentwicklung und Vermögensbildung teilnehmen und in der Hauptsache aus ungenügender Kenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge auch auf das Krisengerede unter Umständen zu verheerenden Auswirkungen reagieren können. Dann rechnet er sich aus, wenn 25 Prozent der deutschen Sparer plötzlich 1000 DM abheben würde, was das für einen Bankenkraich gäbe.

Ich bitte! Ich frage noch einmal Herrn Bürgermeister DDr. Götz, ist die Frage zulässig, wenn solche Alternativen vor uns sind oder nicht? Ich glaube schon, daß sie zulässig ist. Ich bitte, mir kommt das Ganze so vor, daß man Dinge, die einem unangenehm sind, nicht gerne hören möchte. (Abg. Scheer: „Ich habe mich schon zu Wort gemeldet, ich werde darauf antworten!“ — Abg. Dr. Klausner: „Deswegen ist das Gutachten bestellt worden!“)

Nein!

Das Gutachten ist aus dem Drang heraus bestellt worden und auch bezahlt worden, um Klarheit über die Zusammenhänge zu bekommen, die wir ahnen, die wir spüren, die wir irgendwie wissen und die aber nicht einmal Sie in diese markanten Worte kleiden können und zusammenstellen können, wie es hier Professor Burghardt gemacht hat.

Ich habe Ihnen versprochen, noch zu sagen, was Professor Schiller zu diesem Thema sagt. Das war am 22. Dezember 1966 als in Deutschland die Krise wirklich auf dem Höhepunkt war, soweit man davon reden kann. Da hat Schiller gesagt: „... es muß der lähmende Pessimismus im Bereich der Wirtschaft überwunden werden können“. Pessimismus kann lähmend wirken. Wenn er bewußt oder unbewußt erzeugt wird, dann ist er etwas, was zwar nicht verboten werden kann und nicht darf. Aber mir kommt es vor und ich wäre dankbar, wenn das Hohe Haus diese Meinung teilen könnte, daß je höher die Position des einzelnen ist und je weiter der Ausblick ist, den er auf Grund seiner Position hat, daß er sich umso mehr bei Äußerungen, Feststellungen und Wahlreden Selbstdisziplin auferlegen muß. Ich würde das als Selbstzensur bezeichnen. In diesem Sinne würde ich gerne eine Zensur einführen bei vielen Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abg. Gerhard Heidinger, ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gerhard Heidinger: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin auch ein bescheidener Mensch. Ich werde mich auch nicht mit dem Professor Burghardt anhängen. Als schlauer Fuchs zitiere ich nicht Herrn Fuchs, sondern den Herrn Abg. Stöffler und den Herrn Landeshauptmann aus der heutigen Debatte.

Der Abg. Stöffler sagte heute, z. B., die Situation so ernst sehen wie sie ist. Ich nehme an, er hat im Hinblick auf das Gesagte hier im Hohen Hause, eine verantwortungsbewußte Kritik geübt,

die aber — und das wollen Sie mir zugeben, — pessimistisch geklungen hat, weil anscheinend die Stadtgemeinde Graz keiner rosigen Zukunft entgegen sieht.

Der Herr Landeshauptmann hat heute gesagt, „bei jeder leisen Kritik beginnt das demagogische Spiel. (Abg. Pözl: „... der Sozialisten! Das hat er nicht gesagt!“)

Auf diesen Zwischenruf — den ich zwar nicht bestellt habe — habe ich gewartet, denn dieses Gutachten, das ist nicht zu bestreiten, wird politische Konsequenzen nach sich ziehen. Immer dann, wenn Kritik verantwortungsbewußt an die Bevölkerung, an die Regierung, im Parlament, im Landtag etc. herangetragen wird, oder kritikwürdiges aufzeigt, wird man feststellen, hier wird Pessimismus erzeugt, es wird die Wirtschaft geschädigt und Subversion betrieben. (Abg. Prof. Dr. Moser: „Das ist doch ganz was anderes!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der ÖVP, sie sind nicht im Besitz der absoluten Wahrheit. Wir sind es auch nicht. (Abg. Zinkanell: „Und auch nicht der Unfehlbarkeit!“)

Aber ich bitte Sie, uns doch nicht unterstellen zu wollen, daß alle Äußerungen die wir von uns geben, wirtschaftsschädigend sind. (Landeshauptmann Krainer: „Das hat niemand behauptet! Nur gelenkte pessimistische Äußerungen!“)

Wenn Sie reden, Herr Landeshauptmann, gebietet des die Höflichkeit zu schweigen, aber nichts desto trotz hat Herr Abg. Fuchs nur die Arbeiterzeitung zitiert. (Landesrat Peltzmann: „Der Schiller ist nicht die Arbeiterzeitung!“)

Schiller ist keine Zeitung, das ist ein Professor. (Beifall bei der SPÖ — Landesrat Peltzmann: „Ich habe gesagt, die Ausführungen des Prof. Schiller sind nicht aus der Arbeiterzeitung!“ — Landesrat Gruber: „Zwischenrufe von der Regierungsbank, das hat es beim anderen Präsidenten nicht gegeben!“)

Natürlich dürfen Sie die Arbeiterzeitung lesen, nur reißen Sie die Worte und Sätze nicht aus dem Zusammenhang. Der Antrag der ÖVP-Abgeordneten in Verbindung mit dem Gutachten des Professors Burghardt ist nichts anderes und das befürchte ich, als ein wissenschaftlich garnierter Maulkorb für jene, die verantwortungsbewußte Kritik üben. (Abg. Ritzinger: „Aber, aber!“ — Landeshauptmann Krainer: „Wenn Sie das glauben, tun Sie mir leid!“)

Ich befürchte es nicht nur, sondern ich weiß, welche Konsequenzen Sie bei Wahlen daraus ziehen werden. Darf ich den Abgeordneten von der ÖVP die „rote Katze“ bei den letzten Wahlen in Erinnerung rufen. Das war Miesmacherei und Schwarzmalerei, Sie behaupteten, ein Sieg der Sozialisten bedeutet ein kommunistisches Österreich. (Unverständliche Zwischenrufe.)

Nächstes Jahr reden wir in diesem Hohen Haus viel leichter als heute.

Wenn ich nun erwäge — und Herr Abg. Götz hat es ebenfalls gesagt — wozu dieser Antrag? Wozu dieses Gutachten? Über eines sind wir uns alle einig, es beinhaltet nichts Neues. Es ist nicht unbekannt, daß eine pessimistische oder optimistische Stimmung den Arbeitseifer eines Menschen beeinflußt. Das und nicht mehr, wenn auch in schöneren

Worten als ich es hier zum Ausdruck bringen kann wird uns gesagt. Um bekanntes auszusagen, bedarf es nicht eines Wissenschafters. Es geht einzig und allein darum, uns wissenschaftlich den Mund zu stopfen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren und da geht es an das Grundsätzliche. Es geht um die freie Meinungsäußerung in unserem Lande. Daher kann man einem Antrag, der die freie Meinungsäußerung als Subversion und dergleichen bezeichnet, nicht unterstützen. (Landeshauptmann Krainer: „Wo steht das im Antrag?“)

Ich befürchte es, Herr Landeshauptmann, die Zwischenrufe beweisen es. (Abg. Nigl: „Er ist ein Pessimist!“ — Abg. Egger: „Der Antrag richtet sich gegen den Wirtschaftspessimismus!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.)

Schaun' Sie, Herr Kollege Dr. Heidinger, sie haben die Presse zitiert, wir haben ja in der Regierung Leute, die diesen erzeugten Pessimismus wie Sie ihn anführen geradezu forcieren. Der Landesrat Peltzmann ist verantwortlich für die Steirische Statistik. Wie können Sie dort andauernd schreiben und mit Zahlen belegen, daß die steirische Wirtschaft stagniert. Das ist Subversion! (Landesrat Peltzmann: „Ich muß feststellen, ich bin für die steirische Statistik nicht mehr verantwortlich!“)

Sie waren aber sehr lange dafür verantwortlich. Das wäre ein Beispiel von erzeugtem Pessimismus, der immer wieder an die Menschen sogar amtlich herangetragen wird. Ich glaube, die Wirtschaft als solche kann sicherlich in dem einen oder anderen Sinne beeinflußt werden, aber ich bin der Meinung, daß es wesentlichere Kriterien zur Stärkung der Wirtschaftskraft eines Landes gibt, als Stimmungen. In dem Punkt zweifle ich das Gutachten des Prof. Burghardt an. Es gibt reale Faktoren zur Beeinflussung der Wirtschaft, wie etwa Technisierung, Rationalisierung, mit einem Wort Produktivitätssteigerung.

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP den Versuch unternehmen, anhand von Ausschnitten aus der Arbeiterzeitung, die Sozialisten der Miesmacherei und Schwarzmalerei zu bezichtigen, so verweise ich sie auf den größten Schwarzmalerei in der ÖVP-Bundesregierung, den Finanzminister Dr. Koren, der mit seinem großen Paukenschlag ein 16-Milliarden-Schreckgespenst an die Wand malte und damit seine Ministerkollegen vor größeren Forderungen schrecken wollte. Vielleicht, Herr Dipl.-Ing. Fuchs, hat er damit auch die Wirtschaft erschreckt. (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Der schreckt niemand!“)

Der schreckt alle Österreicher mit seiner Steuerpolitik. (Landeshauptmann Krainer: „Das ist kein wirtschaftlicher Pessimismus!“)

Oder wenn der Herr Bundeskanzler Klaus vom „Gesundshrumpfen“ redet, ist das nicht erzeugter Pessimismus? (Landeshauptmann Krainer: „Wo hat er diesen Satz gesagt?“ — Zahlreiche unverständliche Zwischenrufe.)

Die Vorlage entspricht nicht ganz dem Antrag und den Intentionen der antragstellenden Abgeordneten. Es wurde eine exakte Untersuchung gefordert. Eine solche liegt nicht vor. Es ist kein neues Ergebnis, es ist etwas, was alle Leute wissen. Ich befürchte also, daß das Wenige zum Anlaß genom-

men wird, um daraus politisches Kapital zu schlagen. Die Opposition im Parlament oder die Minderheit im Landtag will man mundtot machen. Deshalb stimmen wir nicht zu. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Nächster Redner ist Abg. Prof. Dr. Eichtinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prof. Dr. Eichtinger: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Von einem „professoralen Maulkorb“ zu sprechen ist denn doch, gelinde gesagt, eine kleine Anmaßung (Abg. Ileschitz: „Wenn das schon eine Anmaßung ist!“), noch dazu, wenn man sagt, den ersten und dritten Teil kann man als sehr interessant bezeichnen, aber dann stößt man sich am Jahr 1873. Und, Herr Kollege Ileschitz, es geht hier wirklich um keinen Unsinn, sondern es war hier wirklich die Absicht vorhanden, einmal wissenschaftlich feststellen zu lassen, inwiefern sich der erzeugte Pessimismus schlecht auswirkt und da drängt sich natürlich die Frage auf, geschieht es in der Praxis, daß manche Herren tatsächlich mit diesem Pessimismus rechnen und mit diesem Pessimismus ihre Politik machen?

Und, Herr Kollege Heidinger, eines möchte ich Ihnen gleich sagen, verantwortungsbewußte Kritik ist nie schlecht. (Abg. Dr. Klausner: „Aber Sie beurteilen, was verantwortungsbewußt ist!“)

Im Gegenteil! Sie soll gefördert werden. Und auch Ihr „wissenschaftlich garnierter Maulkorb“, Herr Kollege Heidinger, der dürfte nicht stimmen. Ich werde später noch darauf zurückkommen. Eines darf ich Ihnen auch noch sagen, Herr Kollege Heidinger, wir haben uns von den Kommunisten nie wählen lassen! Auch das gehört hier noch einmal gesagt. (Abg. Ileschitz: „Oder in Ungarn, oder in der Tschechoslowakei, gemeinsame Regierung!“)

Bleiben wir in Österreich, Herr Kollege, lenken wir nicht ab! Ich weiß, das ist etwas unangenehm für Sie. Macht aber nichts. (Landesrat Peltzmann: „Dr. Kreisky hat das öffentlich zugegeben und jetzt streiten Sie es ab! Er hat auch zugegeben, es gehören 30 Jahre dazu, damit festgestellt werden konnte, daß Pittermann einen Unsinn gemacht hat!“)

Darum haben sie den Pittermann ja abgesetzt, Herr Kollege, das war's ja!

Ich darf Ihnen eines hier zur Beruhigung sagen: Uns ist es klar und wir sind uns bewußt, daß eines der schrecklichsten Merkmale der totalitären Systeme ist, daß man dort freie Presse, freien Rundfunk und das freie Wort als unbekannte Einrichtungen betrachten muß und daß die Kritik, jenes Gut, das wir ja hochschätzen und das ein köstliches Gut unserer Demokratie ist, dort auch schärfstens verfolgt wird. Nicht um unseren wirtschaftlichen Aufstieg, Herr Kollege und nicht um unsere materiellen Güter beneidet man uns in gewissen Staaten, sondern darum, daß wir frei und unbekümmert unser Leben gestalten können. Und bei uns — auch das möchte ich sagen — da winkt niemand mit dem Maulkorb! Auch in Zukunft nicht! Wir schätzen echte Kritik, denn Kritik soll ja letzten Endes eines sein, sie soll Unterscheidungsvermögen sein, sie soll Urteilswille sein, sie soll gewissenhafte Prüfung sein, objektives Darstellen von Tatsachen. Das sind Selbstverständlichkeiten, die wir nicht

missen möchten und wahrscheinlich auch Sie nicht. (Abg. Ileschitz: „Hat es jemals eine sozialdemokratische Diktatur gegeben?“)

Wenn wir die Gefährlichkeit des Zweck-Pessimismus aufzeigen, so deshalb, weil das Gespenst der Wirtschaftskrise und der Massenarbeitslosigkeit den Österreicher bloß kopfscheu macht. Wie Horst Knapp in den „Finanznachrichten“ vom 1. März 1968 schreibt: „Denn nicht die Wirtschaftskrise ist unvermeidbar, unvermeidbar ist aber, daß sich als Folge des dummen Pleite-Geredes die alten Zweifel an der Lebensfähigkeit Österreichs wieder einstellen.“

Das was hier Horst Knapp sagt, kann man nur drei- bis viermal unterstreichen. Das ist nämlich die Gefahr des gemachten Pessimismus für den Staat und für seine Bevölkerung, die nach dem 2. Weltkrieg eine ungeheure Aufbauleistung vollbracht hat, wie das heute aufgezeigt wurde. In den einzelnen Betrieben wäre das einfach tödlich. Da sind wir an jenem Punkt angelangt, wo im Interesse aller der Zweck aufhört, die Mittel zu heiligen.

Die Vorlage selbst ist nüchtern und sachlich erstellt von einem Wissenschaftler und sie stellt eindeutig fest, daß erzeugter Pessimismus tatsächlich die Wirtschaftskraft eines Landes schwächen und damit die Arbeitsplätze seiner Bewohner gefährden kann. Man ist tief beeindruckt, wenn man bedenkt, wie sehr auch im wirtschaftlichen Bereich psychologische Aspekte wirksam werden können. Daß auch die Geldwertstabilität, das Vertrauen zur Kaufkraft der Geldeinheit, von psychologischen Aspekten lang- und auch kurzfristig beeinflußt werden kann, hat der langjährige Präsident des deutschen Sparkassen- und Giroverbandes Dr. Fritz gegenüber der quantitativ mechanischen Auffassung vieler Theoretiker des Wirtschaftslebens immer wieder betont. Da die österreichische Mentalität der Aufnahme pessimistischer Prognosen leider besonders entgegenkommt — und das meint man unter Austromentalität und nicht den Maulkorb Herr Kollege — und bei der Generation der bereits Erwerbstätigen einen Bestandteil der persönlichen Grundstruktur bilden kann — wie Burghardt schreibt —, dadurch erhält dieses Problem seine besondere Bedeutung; speziell dann, wenn durch Massenmedien, und ich möchte hier besonders die Zeitungen heranziehen, pessimistische Stimmungen gleichsam am laufenden Band produziert werden. Mich hat es erschüttert, als im Jahre 1967 eine Arbeiterfamilie zu mir gekommen ist und gefragt hat, ob es einen Sinn hat, den Sohn studieren zu lassen, wo doch eine Massenarbeitslosigkeit in diesem Land droht. Wo soll man dann das Geld hernehmen? Das ist zeitlich zusammengefallen mit dem sogenannten Österreichspiegel, einem Produkt der Sozialisten Österreichs, wo in wirklich demagogischer Art und Weise ein ganz düsteres unheimliches Zukunftsbild unseres Landes gezeichnet wurde. Das ist gefährlich, daß durch solche Bilder die Menschen erschreckt werden und Angst bekommen. Ich zitiere nur einige Aussprüche: „Einsparungen bei den Sozialleistungen“, „Mieterschutz wird aufgehoben“ (auch hier im Landtag flatterte schon der Zinsgeier, der inzwischen wahrscheinlich eingegangen ist), „Weniger Wohnungen werden gebaut“ (alle wissen, es sind mehr Wohnungen gebaut worden).

(Unverständliche Zwischenrufe.)

Lesen Sie doch! Sie müssen es zugeben, es ist die Situation nicht so schlecht, wie Sie sie immer machen. (Landesrat Gruber: „Selbst trauen Sie sich das nicht zu sagen, da würden Sie ins Lachen kommen, wenn Sie das selbst sagen würden!“)

Oder weiter: „Withalm will die dynamische Rente rückgängig machen und andere Sozialleistungen kürzen“. Wo ist gekürzt worden? Oder: „ÖVP will weiterwursteln“. (Der Kreisky wurstelt mit seinem Dr. Nennung, das ist geschehen.)

Dieses pessimistische Bild, das im Oktober 1967 gezeichnet wurde, da hätte man annehmen können, daß es 1968 ad acta gelegt wurde. Im Gegenteil! Beim letzten sozialistischen Parteitag, bei der innerpolitischen Resolution, heißt es nach wie vor, Gefährdung der Arbeitsplätze, Mißwirtschaft und schlechte Sozialpolitik sind nicht zum Stillstand gekommen. Wahrlich dramatisch und unheilverkündend hat man im Jahre 1968 noch zur Bevölkerung gesprochen. Es sollte eben noch einmal versucht werden — hier zitiere ich wieder Horst Knapp — die bekanntlich europaweite Rezession, unter der unsere Nachbarstaaten viel stärker litten, der Unfähigkeit der ÖVP-Regierung zuzuschreiben, um vielleicht doch noch einmal günstige Zwischenwahlergebnisse zu erzielen. Das schreibt Horst Knapp.

Diese Geschichten ziehen nicht mehr. Es ist gut, wenn man es wissenschaftlich untermauert. Wenn auch manche heute von Maulkorb sprechen, aber über die Wissenschaftler wollen wir nichts kommen lassen.

Die kritische Jugend aber hat dieses Manöver als eine Manipulation durchschaut und vielleicht dadurch Herrn Dr. Kreisky zu einer plötzlichen Kehrtwendung gebracht, wenn er in der Wochenpresse vom 18. Dezember 1968 feststellt, er habe nie pessimistische Prophezeiungen gemacht. Da lohnt es sich zu untersuchen, ob dieser Politiker tatsächlich die Wahrheit sprach, ob er tatsächlich die Bevölkerung nie in Unruhe versetzt hat. Auf die düsteren Wahlprognosen vom Jahre 1966 mit den Schlagworten von einer Alleinherrschaft, die Not und Arbeitslosigkeit bringt, dem Habsburger eine Milliarde verschafft, den Frieden in Österreich gefährdet (es wurde noch nie so wenig gestreikt wie jetzt), folgte das Spiegelinterview vom April 1966, wo er versprach, jeden einzelnen, der politisch verfolgt wird oder aus politischen Gründen seinen Arbeitsplatz verliert, im Parlament zu nennen und wo er Stunden um Stunden verlesen und alles sofort zur Sprache bringen wird. Bis jetzt blieb Dr. Kreisky sprachlos. Die Beamten wurden vorerst in Schrecken versetzt. Sie können mir glauben, ein Beamter, der das Gefühl hat, es könnte um seinen Platz gehen, wird in Schrecken versetzt. Die Beamten haben recht bald erkannt, daß es nicht im Programm und der Mentalität der ÖVP liegt, daß man hier Beamte versetzt, wie es vorher schon der Fall war. Nur Dr. Nennung gestand, daß er Angst vor einer Parteimaschinerie hat, allerdings vor der sozialistischen, laut Wochenpresse vom 23. November 1968. (Abg. Hieschitz: „Das steht ihm frei, wovor er Angst hat!“)

Der Dr. Gmoser hat in der Kleinen Zeitung vom 30. Oktober 1968 gemeint „Ich wäre froh, wenn ich mit diesen wenigen Punkten noch denen, die echte Sorge um die sozialistische Bewegung in Österreich

haben, etwas von der Angst nehmen könnte, daß der Fall Nennung Beginn eines neuen Gesinnungsterrors innerhalb der SPÖ wäre. Wir kennen das nicht, denn bei uns wird niemand eine solche Sprache schreiben müssen.“ Das stand wortwörtlich in der Kleinen Zeitung. Ich kann es Ihnen zeigen. Ich habe sie auch hier. (Landesrat Gruber: „Nicht einmal der Müllner wird bei Euch ausgeschlossen!“)

Nun weiter zu Dr. Kreisky, der nie Pessimismus verbreitet hat, meine Herrschaften. In der Arbeiterzeitung vom 3. Mai 1967 wird die Mairrede zitiert, wo er sagte: „Wir wollen alle, daß es nie wieder so kommt, wie es in den Dreißigerjahren der Fall war und daher verfolgen wir die Politik der ÖVP mit solcher Besorgnis.“ (Landesrat Gruber: „Das ist schon nicht erlaubt, eine Politik mit Besorgnis zu verfolgen?“)

Da darf man nur sagen, wer diese unheimlichen Jahre der Massenarbeitslosigkeit beschwört, Herr Kollege — er hatte keinen Grund gehabt, auf diese Dreißigerjahre zu gehen —, der spekuliert mit der Angst, weil seine Partei für diese schlechten Zeiten da sein soll. Da darf man eines sagen. Hier sind wir alle empfindlich, denn von 1945 bis heute war es letzten Endes das Ziel jeder Regierung, die Vollbeschäftigung unter allen Umständen in diesem Staat zu erhalten. Wenn die Zahl der Arbeitslosen jetzt geringer ist, als in der Zeit der Koalition, so ist dies eben der beste Beweis dafür. Die SPÖ kann kritisch beleuchten, warum die Arbeitslosigkeit so groß ist. Sie kann sich auch kritisch fragen, warum sie in der Koalitionszeit noch größer war. Sie kann doch nicht von einer Massenarbeitslosigkeit reden, denn das ist wirklich echt gefährlich und das ist dann der Pessimismus, auf den es uns ankommt, von dem wir sagen, daß er wirklich schädlich ist. In diese Situation, die ich geschildert habe, leuchtet ein Artikel vom 1. Dezember 1968 in der Neuen Zeit „Österreicher glauben den Experten nicht. Wirtschaftlich sind die Österreicher uninformatiert, Pessimisten und orientieren sich an auffälligsten Vorgängen und warum?“ fragt man in der Neuen Zeit. Die Bank für Arbeit und Wirtschaft, die ehemalige Arbeiterbank, stellte hier in einer Studie fest, daß der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen bereits in der 2. Hälfte 1967 einen Konjunkturaufschwung feststellte, das auch in Presse, Rundfunk und Fernsehen publizierte und dann dennoch Mitte 1968, also fast nach einem Jahr, noch 39 Prozent der Befragten Pessimisten waren und noch 44 Prozent glaubten, es ginge weder besser noch schlechter. Dann heißt es weiter in der Studie der Arbeiterbank, daß die Preissteigerung nach der Volksmeinung von jener der Experten noch abweicht. Die Berechnung des Preisindex 1967 ergab eine Steigerung von 4 Prozent. Nun meinten damals 20 Prozent der Befragten, die Preise seien um über 10 Prozent gestiegen, 29 Prozent tippten auf 7 bis 10 Prozent und 20 Prozent auf 4 bis 6 Prozent.

Warum? Meine Damen und Herren der SPÖ, denken Sie an Ihre Plakate, denken Sie an die Broschüren und an die Zeitungen. Und denken Sie daran, daß dies laut Studie im weit verbreiteten Pessimismus der Österreicher überhaupt liegt, einem Pessimismus, den man leider Gottes so oft und so kräftig angeschürt hat. Außerdem — und das abschließend zur Studie der Bank für Arbeit

und Wirtschaft in der „Neuen Zeit“ — sei die wirtschaftliche Unorientiertheit überhaupt ein Mangel unserer Zeit. Nun fragt man sich wirklich, wer sorgt denn für diese wirtschaftliche Unorientiertheit? Wer wollte denn das Mitte 1968 noch nicht wahrhaben, daß der Konjunkturaufstieg eingesetzt hatte, obwohl darüber im Fernsehen und Rundfunk immer wieder berichtet wurde? Neue Zeit, 8. Mai 1968: „Österreichgespräch der SPÖ“ — Junge Generation in Kapfenberg: „Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek kritisiert den wirtschaftlichen Optimismus, der bei der Grazer Frühjahrsmesse gezeigt wurde.“ Und Herr Dr. Kreisky sagte den jungen Menschen, „man soll und darf sich nicht durch oberflächliche Redereien, wie sie nicht selten der steirische Landeshauptmann liebt, über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinwegtäuschen.“ So Kreisky im Mai 1968. Nun Herrn Dr. Kreisky aber ins Stammbuch (Landesrat Gruber: „Auf das wird er warten, daß er von Ihnen was ins Stammbuch bekommt!“), meine Herren: Bei einem Burgenlandgespräch der SPÖ warf man Dr. Kreisky im Zusammenhang mit der Kohlengrube Tauchen vor, daß sich der steirische Landeshauptmann gegen die Schließung der steirischen Kohlengruben durchgesetzt habe und Dr. Kreisky sagte dann wörtlich: „Es wird auch dem Krainer nichts nutzen, wenn Bergwerke, so wie Fohnsdorf in Steiermark, unrentabel sind, dann müssen sie stillgelegt werden.“ (Abg. Pözl: „Ah, da schau her!“)

„Da kann man gar nichts machen.“ Nach Dr. Kreisky wäre eben Fohnsdorf öd und leer so kann man es schildern, die Schächte wären wahrscheinlich geschlossen, „da kann man eben nichts machen!“ (Landesrat Gruber: „Sie lesen die ‚Industrie‘, da steht drinnen, alle müssen geschlossen werden!“)

Sehen Sie, nicht mit Redereien hat der Landeshauptmann in Fohnsdorf eingegriffen, sondern mit dem Argument, daß wir eine echte Reserve für Krisenzeiten benötigen und daß es hier nicht nur um ein wirtschaftliches sondern um ein eminent soziales Problem geht. Und Herr Dr. Kreisky dazu: „Da kann man eben nichts machen!“

Das erinnert mich auch an mein engeres Gebiet, an die Veitsch. Hier mußten vor einem Jahr über 100 Leute den Arbeitsplatz verlassen. Sie wurden versetzt in die Magnesitwerke nach Trieben und in die Breitenau. Was ist hier passiert? Man hat Familienväter versetzt. (Landesrat Gruber: „Wir erinnern uns, wir haben eine Anfrage gemacht damals, die nicht beantwortet wurde!“)

Einer ist dabei aus Mürrzuschlag mit sechs kleinen Kindern, der mußte in die Breitenau fahren und bis Freitag in der Breitenau bleiben. Er konnte am Abend nicht mehr zurückfahren, weil kein Zug mehr geht, sondern erst am nächsten Tag in der Früh. Oder andere, die in Mitterndorf Einfamilienhäuser gebaut haben, die Kinder gehabt haben, sie wurden mitten im Baujahr in die Breitenau versetzt oder nach Trieben. (Landesrat Gruber: „Und wer hat das gemacht? Wer ist dafür verantwortlich?“)

Herr Kollege, die Vorschläge, von wem die gekommen sind, dürfte Ihnen wohl klar sein. (Landesrat Gruber: „Das ist gar nicht klar!“)

Dann werde ich es Ihnen sagen. Das steht vollkommen fest. (Landesrat Gruber: „Wollen Sie behaupten, daß nicht der Vorstand der Veitscher Magnesit den Betrieb führt, sondern irgend ein anderer? Wer ist denn Personalchef dort?“)

Kollege Gruber, reden wir nicht um den Brei herum. Der Vorstand wählt nicht aus, sondern das tun andere, da sind andere Mächte tätig. Kollege Klausner, ich weiß es besser, denn ich bin dort zu Hause. Es geht darum, wer ist dort Betriebsratsobmann? (Landesrat Gruber: „Wer ist der Personalchef?“ — Abg. Pözl: „Das wird Landesrat Gruber doch wissen, so dumm kann er ja nicht sein!“ — Landesrat Gruber: „Wer versetzt, der Betriebsrat oder der Personalchef?“)

Herr Kollege, ich sage Ihnen gleich eines: Wenn Sie mit diesen Leuten geredet haben, dann haben sie erklärt, „dieser Betriebsratsobmann!“ (Landesrat Gruber: „Das ist Demagogie, Herr Abg. Eichtinger!“)

Jetzt haben Sie es, nicht wahr? Jedenfalls möchte ich eines sagen, das ist keine Demagogie, das ist die nackte Wahrheit, Herr Kollege Gruber. Und ich habe das auch Ihrem Bundesrat Gamsjäger erzählt und der hat selbst den Kopf geschüttelt, darüber, das es so etwas gibt! (Landesrat Gruber: „Darauf haben Sie vom Herrn Landeshauptmann schon eine Antwort bekommen, wie Sie diese Anfrage gestellt haben!“)

Aber, Kollege Gruber, ich habe Ihnen jetzt den Fall nur etwas näher geschildert, nicht wahr?

Präsident: Bitte, den Redner nicht dauernd zu unterbrechen!

Abg. Prof. Dr. Eichtinger: Ich habe das gebracht, um zu zeigen, daß die SPÖ für schlechtere Zeiten durchaus nicht so geeignet ist, wie sie immer sagt. (Landesrat Gruber: „Aber wer der Personalchef ist, sagen Sie uns nicht!“)

Oder darf ich noch einmal zitieren, was Dr. Schachner-Blazizek bei einer Bezirkskonferenz gesagt hat? Am 29. Oktober 1968: „Der Aufwind, der zugegebenermaßen und erfreulichermaßen von Westen her kommt, ist trügerisch. Bald wird die westdeutsche Wirtschaft umso ärger zurückschlagen.“

Aber, meine Damen und Herren, das ist doch Pessimismus größten Ausmaßes! Nach dieser Vorlage muß man wirklich sagen, daß man dadurch gewisse Unruhe verbreitet. Und denken wir auch an Horst Knapp dabei und denken wir an die Studie der Bank für Arbeit und Wirtschaft.

Lassen wir auch noch einmal Dr. Kreisky zu Wort kommen. Österreichbericht vom 25. April 1968: Bei einer Großveranstaltung in Floridsdorf sprach er (meiner Meinung nach etwas unheilvoll): „Das Problem der Sicherung der Arbeitsplätze ist eine jener Fragen, bei der die Auffassung von ÖVP und SPÖ auseinandergehen.“ Und gerade hier muß man sagen, hier haben wir eine Auffassung, an die wir uns immer halten werden und das ist, die Vollbeschäftigung zu erhalten. Und da lassen wir uns solche Dinge und einen solchen Pessimismus von Herrn Dr. Kreisky eben nicht sagen. Und im Zentralorgan der SPÖ wieder die Arbeiter-Zeitung: „Die Sorge um die Erhaltung der Arbeitsplätze ist die größte Sorge der Sozialisten, aber durchaus

nicht die Sorge aller Politiker.“ Meine Herrschaften, wenn es nicht unsere größte Sorge gewesen wäre, könnten wir heute nicht darauf hinweisen, daß Gott sei Dank die Beschäftigungslage so ist, daß wir zufrieden sein können. (Abg. Heidinger: „Das ist blinder Optimismus!“ — Abg. Brandl: „Fragen Sie die Arbeiter!“)

Jawohl, Herr Kollege, darf ich hier eines sagen: Wir haben es zustande gebracht, daß, sowohl 1967 und auch 1968 die Zahl der Arbeitslosen nicht größer wurde, so wie Sie es prophezeit hatten, denn Sie haben ja von 150.000 gesprochen und ich glaube, noch in Ihrem letzten Mitteilungsblatt im „Sozialist“ schrieben Sie noch „die Winterarbeitslosigkeit dürfte allerdings neue Spitzen erreichen.“ (Abg. Heidinger und Loidl: „Leider!“)

So der „Sozialist“, Graz, im Jänner 1969.

Meine Damen und Herren, diese Zahlen sind nicht erreicht worden. Nur Ihre Prophezeiungen waren schlecht. (Landesrat Gruber: „Wegen der Winterarbeitslosigkeit ist im arbeitspolitischen Beirat gesprochen worden und das zur Kenntnis genommen worden mit der Unterschrift des Herrn Landeshauptmannes!“)

Wir reden jetzt von der Arbeitslosigkeit in Österreich, Herr Landesrat Gruber, nicht wahr? Und so, entgegen den Tatsachen kann nur ein Mensch reden, meine ich, der selbst nie Sorgen hatte und der die schlechten Zeiten nach 1945 am eigenen Leib nicht verspürt hat. Jene Zeit nämlich, — und das möchte ich auch unterstreichen — wo bei uns in Österreich das Gefühl stark wurde, daß nur bei voller Beschäftigung der Aufschwung und der soziale Frieden gesichert sind. Ein Zustand, der allen Bevölkerungskreisen zugutekommt. Und die ÖVP weiß seit 20 Jahren, daß man mit den Leuten leichter reden kann, — Herr Dr. Kreisky hat auch gesagt „wir haben nichts dagegen, weil man mit den Leuten leichter reden kann, wenn sie arbeitslos sind — wenn sie Beschäftigung haben, wenn sie wissen, daß der Schilling nicht in Gefahr ist und die Währungsstabilität verteidigt wird. Da mag sich, meine Damen und Herren, Herr Dr. Kreisky noch wehmütig an die Zeit erinnern, wo er laut Arbeiterzeitung vom 13. Dezember 1967 mit den maßgebenden Bankiers der City über die Kredit-situation Österreichs im Ausland gesprochen hat, „die im höchsten Maß beunruhigend sei“. Pfund und Francs sind in die Krise geraten, Österreich konnte sich halten, ein Erfolg der Wirtschaftspolitik dieses Landes (Abg. Zinkanell: „Ein Erfolg der Arbeiter!“) und auch ein Erfolg der Arbeiter, jawohl, da gebe ich Ihnen recht. Denn es haben alle mitgeholfen. (Landesrat Gruber: „Danke, daß Sie uns einmal recht geben!“)

Das ist ja selbstverständlich, Herr Kollege. Vielleicht hat all dies Dr. Kreisky dann zur tiefen Erkenntnis veranlaßt, in der Wochenpresse vom 18. Dezember zu sagen, daß es dem Österreicher trotz der Regierungspolitik besser geht. Man kann von ihm auch nicht verlangen, daß er etwas anderes sagt. Wir können sagen, trotz seiner pessimistischen Reden, die wirklich gefährlich waren, geht es uns besser. (Zwischenrufe von der SPÖ.)

Dr. Kreisky sagt es selber.

Wenn Abg. Dipl.-Ing. Fuchs zahlreiche Beispiele aus Deutschland gebracht hat, dann muß ich Ihnen

sagen, als man in Deutschland 700.000 Arbeitslose hatte im Jahr 1967, über 300.000 Kurzarbeiter und die Situation triste war (Landesrat Gruber: „Da hat man die Sozialisten geholt!“), da haben alle, angefangen von Schiller, Strauß, Kiesinger, gesagt, wenn wir jetzt Pessimismus zeigen und wenn wir uns diesem hingeben, dann werden wir die Situation nicht retten können. (Abg. Ileschitz: „Sie haben aber auch gehandelt!“)

Sie haben, Herr Kollege Ileschitz, keinen Pessimismus gezeigt und haben damit Ihre Erfolge gehabt, auch wiederum in Zusammenarbeit Regierung und alle Kreise der Bevölkerung. Wir hatten damals in dieser Krisenlage, ich glaube 38.000 Arbeitslose.

Schiller sprach von einem kalkulierten Optimismus und bei uns leben nicht wenige von einem gut kalkulierten Pessimismus. Wenn Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner noch von einer schwarzen Wolke über Österreich sprach beim letzten sozialistischen Parteitag, so meinen wir damit rauchende Industrieschlote, die uns nicht vergessen lassen. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Nein, ich habe die Schwarzen gemeint, wenn Sie es wissen wollen!“)

Da muß ich Ihnen Kreisky bringen, es kann nicht schlecht sein, es geht uns nämlich wirklich besser. Trotzdem wollen wir nicht vergessen, daß wir uns in der Industrie in einem Umbruchszeitalter befinden.

Meine Damen und Herren! Wenn der griechische Philosoph Epiktet sagte, daß nicht die Tatsachen, sondern die Meinungen die Menschen beunruhigen, so ist das ein Appell an die echte ehrliche Kritik. Wenn wir uns dabei einen gesunden natürlichen Optimismus bewahren und unsere Intelligenzreserven aktivieren und den Glauben an die Lebensfähigkeit gerade an unsere jungen Menschen weitergeben, werden wir auch die Zukunft, die uns gewiß nichts schenken wird, selbst als kleines Land auf alle Fälle ruhig und sicher meistern. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Scheer. Ich erteile es ihm.

Abg. Scheer: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich möchte an die Spitze meiner Ausführungen einen Antrag stellen, den ich nicht ernst nehme. Der Hohe Landtag wolle beschließen: Nach einer exakten Untersuchung wird der Bericht der Landesregierung, daß, wenn starke Regenfälle und Schneeschmelze zusammentreffen, Hochwasser entsteht, zur Kenntnis genommen. (Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Sehr billig!“)

Meine Damen und Herren, ich habe gesagt, daß es nicht ernst zu nehmen ist. Ich hätte nur erwarten können, daß einige Redner der ÖVP gesagt haben, daß der Antrag, der hier vorliegt, ähnlich klingt, wenn Sie das vergleichen, daß der Bericht, betreffend eine exakte Untersuchung, inwieweit bewußt oder unbewußt erzeugter Pessimismus die Wirtschaftskraft eines Landes schwächen und damit die Arbeitsplätze gefährden kann, zur Kenntnis genommen wird. Vielleicht wird Ihnen eine gewisse Parallele zwischen diesen Anträgen aufdämmern. Wenn nämlich das erfolgt, was ich den Abg. Fuchs

mit einem Zwischenruf gebeten habe zu tun, nämlich die Konsequenz aus dem Antrag zu ziehen, um den es sich hier dreht.

Was ist die Konsequenz? Weder der Prof. Eichinger, noch der Kollege Fuchs, noch im Ausschuß wurde die Konsequenz dieses Antrages ausgesprochen und diese kann nicht anders lauten, als daß der, der sich vermessen sollte in politischer Weise eine Kritik an wirtschaftspolitischen Vorgängen vorzubringen — vor allem wenn sie negativ gegen die Regierung ausfallen sollte —, daß der unter Strafsanktion mindestens oder unter eine Zensur gestellt werden soll. Das ist die Konsequenz. (Abg. Brandl: „Jawohl!“)

Wenn Sie das gesagt hätten, dann glaube ich Ihnen, ist es in Ordnung, dann hätten Sie die schwarze Katze aus dem Sack gelassen. Dann hätten wir viel offener, ehrlicher und anständiger und auch viel politischer hier diskutieren können, als sich hinter so einem windelweichen Antrag zu ver-schanzen, hinter einem Gutachten, das wir zu 90 Prozent selbstverständlich unterstreichen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, diese Dinge aufzurollen. Das ist ja ganz klar. Das ist keine Frage. Worauf Sie hinauswollen ist nur diese Konsequenz, die Sie nicht ausgesprochen haben und daher können wir diesem Antrag, dem man an und für sich zustimmen müßte, der aber diese Konsequenz im Hintergrund hat, nicht zustimmen, weil so ein Antrag und die Konsequenz . . . (Landeshauptmann Krainer: „Das ist eine sehr schwache Begründung! Was Sie für ein Hellseher sind, so einen haben wir seit 100 Jahren noch nicht gefunden im Landtag!“)

Herr Landeshauptmann, wir haben uns bemüht, sowohl im Ausschuß, als auch hier zu hören, was soll der Sinn dieses Antrages sein. Keiner Ihrer Sprecher hat uns die Konsequenz daraufhin gesagt. (Landeshauptmann Krainer: „Das steht ja im Antrag zu lesen!“)

Wo? Hier auf dieser freien Seite lese ich Diktatur, Maulkorb, Strafsanktionen. (Landeshauptmann Krainer: „Das haben Sie nicht notwendig, von Diktatur zu reden, ausgerechnet Sie!“)

Herr Landeshauptmann, Sie werden sich wundern, Sie dürfen meinen Lebenslauf von vorne bis hinten durchschauen. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Sie haben von Diktatur gesprochen!“)

Die Zumutung hat der Herr Landeshauptmann ausgesprochen, nicht ich Herr Prof. Dr. Eichinger. Ich habe nur behauptet, man kann in dieser Richtung meinen Lebenslauf von A bis Z durchschauen. Mehr habe ich nicht gesagt. Das kann ich auch behaupten und belegen. Ich darf nochmals darauf zurückkommen, daß das Wesentliche auf dieser leeren Seite zu stehen scheint. Die Konsequenz dieses Antrages steht nicht da, daher kann man diesem Antrag keineswegs die Zustimmung geben. (Beifall bei der FPÖ und der SPÖ.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Frau Abg. Jamnegg. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Johanna Jamnegg: Hoher Landtag! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich zu meinem Vorredner folgendes sagen. Die Konsequenz aus dem Gutachten ergibt sich von selbst, nämlich die, daß Pessimismus schadet.

Wir beobachten nun seit Jahren, wie systematisch Pessimismus betrieben worden ist. Vielleicht auch mit ein Grund für diesen Antrag, aufzuzeigen, daß Pessimismus Schaden anrichtet, um jenen bewußt zu machen, die diesen Pessimismus betreiben, daß sie vielleicht an eine Umkehr im Interesse dieses Landes denken. (Unverständliche Zwischenrufe.)

Es ist begreiflich, wenn heute insbesondere die sozialistische Fraktion hier im Haus sich in gewisser Aufregung befindet. Das begreife ich durchaus. (Landesrat Gruber: „Das ist nicht wahr, das ist eine Behauptung!“)

Das ist eine Feststellung, Herr Landesrat. Vielleicht möchten heute manche manches ungesagt wissen, was gesagt worden ist. Auch das ist begreiflich, meine Damen und Herren.

Leider wurde in den letzten Jahren vieles gesagt und es gibt eine Unzahl von Beispielen dafür, wie hier im Land Pessimismus betrieben worden ist.

Zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Heindinger möchte ich folgendes sagen: Niemand bestreitet doch, daß wir als Folge der weltweiten Konjunkturverflachung auch in ein Wellental gekommen sind, aber hier geht es ja nicht um diese Frage, Herr Kollege Heindinger, die niemand bestreitet. Hier geht es doch darum, aufzuzeigen in dieser Debatte, was Pessimismus ist (Abg. Zinkannell: „Das ist erklärt worden!“) und was Pessimismus in der Wirtschaft anrichten kann und auch darum, welcher Pessimismus hier verbreitet worden ist. Sie haben viel von Kritik gesprochen und um Ihren Ausdruck zu gebrauchen, auch von „einem Maulkorb“. Nun, Sie werden uns das nicht unterstellen können. Wir wissen und kennen die demokratischen Spielregeln, vielleicht muß die Opposition erst manches in dieser Richtung dazulernen.

Denn, konstruktive Kritik, meine Damen und Herren, . . . (Landesrat Gruber: „Na, da werden Sie uns Lehren erteilen, darauf haben wir gewartet!“ — Zahlreiche weitere Zwischenrufe.) konstruktive Kritik dort, wo man sie ausüben soll, und wo man sie ausüben kann, in erster Linie im Parlament — dort ist sie von Ihnen nicht geübt worden. Sie haben nur kritisiert um der Kritik Willen. Sie haben keine Alternativ-Vorschläge vorgelegt, so, wie man es auch von einer Opposition erwarten kann. Landesrat Gruber: „Sie haben gar keine angeschaut, die wir vorgelegt haben!“ — Abg. Brandl: „Schauen Sie sich die Parlamentsanträge an!“)

Sie haben im Parlament nicht konstruktive Kritik geübt, sondern Sie haben Forderungen auf den Tisch gelegt, die etwa eine Summe von 150 Milliarden Schilling ausmachen, ohne zu sagen, wo die Bedeckung dafür gefunden werden kann! Im gleichen Atemzug reden Sie aber von Staatsverschuldung. Ich will mich da gar nicht verbreitern. Aber das verstehen wir nicht unter konstruktiver Kritik. (Abg. Heindinger: „Eine sinnlose Arbeitsbeschaffung!“ — Landeshauptmann Krainer: „Die Arbeitsbeschaffung ist sinnlos? Jetzt haben Sie die Katze aus dem Sack gelassen! Nur Arbeitsbeschaffung wurde betrieben mit der Staatsverschuldung, auf der ganzen Welt wird das gemacht!“)

Und nun, meine Damen und Herren, folgendes: Am Freitag, den 24. Jänner dieses Jahres konnten

wir alle in den Zeitungen lesen, daß man sich im Parlament über diese Maßnahmen des Koren-Planes einig sei und daß das Strukturverbesserungsgesetz und die Gesetze für den Entwicklungs- und Erneuerungsfonds am 23. Jänner dieses Jahres gemeinsam im Parlament beschlossen worden sind. (Landesrat Gruber: „Reichlich spät!“)

Man konnte weiter lesen, daß auch der sozialistische Abgeordnete Androsch diese Gesetze — was ich von Ihnen jetzt auch bestätigt bekomme — als notwendigen Beitrag im Rahmen der Strukturpolitik bezeichnete. (Abg. Brandl: „Aber als mangelhafte!“)

Diese Feststellungen eines sozialistischen Abgeordneten sind nützlich und erfreulich (Abg. Heidinger: „Nicht immer!“) und vielleicht auch ein Zeichen beginnenden Umdenkens. Denn in der „Neuen Zeit“ vom 19. Mai 1968 konnte man — ich habe die Zeitung hier — fettgedruckt ein Zitat von Dr. Kreisky lesen „Korenplan a la Dreigroschen-Oper“. Und wörtlich zitiert in der „Neuen Zeit“ Herr Kollege Ileschitz, sagte Herr Dr. Kreisky vor wenigen Monaten also noch zum Korenplan folgendes: „Man fühlt sich dabei an Bert Brechts Dreigroschenoper erinnert (Abg. Ileschitz: „Sie wollen das widerlegen, daß das keine Dreigroschenoper ist!“), in der es heißt, „ja mach nur einen Plan und sei ein großes Licht und mach noch einen zweiten Plan, gehn tun sie beide nicht.“ Aber vielleicht hat Herr Dr. Kreisky dabei noch weniger an den Koren-Plan als vielmehr an andere Pläne gedacht, wer weiß das schon? Zum Koren-Plan sagte Herr Dr. Kreisky in der gleichen Rede noch folgenden bemerkenswerten Satz (wörtlich zitiert hier in der „Neuen Zeit“): „Dabei kommt es gar nicht so sehr darauf an, was in diesem Plan steht, sondern was davon verwirklicht wird.“ (Abg. Pözl: „Was heißt das?“)

Das heißt, es kommt nicht auf den Inhalt an, sondern darauf, was davon verwirklicht wird. Und das ist kein Hörfehler, meine Damen und Herren, so steht es wirklich in der „Neuen Zeit“. Möglicherweise ist das auch die Wirtschaftsphilosophie des Herrn Dr. Kreisky.

Im gestrigen volkswirtschaftlichen Ausschuß meinten Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner, — und ich habe mit Interesse Ihren Ausführungen gelauscht —: „Pessimismus sei ein psychologischer Vorgang.“ Sie sagten dazu noch, „Jedes Kind in der Wirtschaft weiß, daß Massenkäufkraft von Werbung und Propaganda beeinflußt werde.“ Glauben Sie nicht, Herr Landeshauptmannstellvertreter, um bei Ihrem Vergleich zu bleiben, daß Partei-Propaganda und Pessimismus eine ähnliche Wirkung haben kann?

Nun, Ihre Partei, Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner — und ich werde das mit Beispielen belegen — hat versucht, Pessimismus und wieder Pessimismus zu verbreiten. Und ich glaube nicht, daß es eine Unterstellung ist, wenn man sagt, das wohl auch in der Hoffnung: Reden wir es eben der Öffentlichkeit dauernd ein, daß es ihr schlecht geht, mit der Zeit werde es sie schon glauben. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDR. Schachner-Blazizek: „Das ist aber eine Unterstellung, Frau Abgeordnete!“)

Und an negativen Schlagworten, Herr Landeshauptmannstellvertreter, waren Sie und Ihre Partei

ja nicht gerade arm, wie eine Reihe von Beispielen zeigt. So haben Sie laut „Neuer Zeit“ vom 9. November 1968 in einer Konferenz wörtlich folgendes erklärt: „Da wir alle zur Familie des Staates gehören und Bürger dieses Staates sind, vergeht uns angesichts dieser Entwicklung nach und nach das Lachen in dem Maße, in dem uns der Ernst dessen bewußt wird, was sich da inzwischen zusammengebraut hat und was sich von Tag zu Tag verdichtet.“

Laut „Neuer Zeit“ vom 18. Mai 1968: Hier haben Sie vor Rentnern erklärt: „Die ÖVP-Politik gefährdet die finanzielle Sicherheit des Staates und damit die Renten und Pensionen.“

Und weiter: „Unter der ÖVP-Alleinregierung erfolgte bisher“ — sagten Sie Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner —, „für die Pensionisten ein sozialer Rückschritt.“ Ich möchte Sie nun fragen, ob Sie nichts davon gehört haben, daß seit 1966 die Renten in Österreich unter dieser ÖVP-Alleinregierung um 32 Prozent angehoben worden sind. (Landesrat Gruber: „Ist das die ‚Sozialoffensive‘, daß die Rentendynamik durchgeführt wurde, die gesetzlich festgelegte?“)

Aus der Arbeiterzeitung — um noch einige Zitate hier zu nennen — Schlagzeile auf Seite 1 . . . (Es ist Ihnen unangenehm, Herr Landesrat, wenn man hier diese Dinge aufzeigt, doch bitte, hören Sie weiter zu.) In der Arbeiterzeitung also vom 24. September 1968 konnte man in einer Schlagzeile lesen: „Das ist die ÖVP-Politik für alle. Der Lebensstandard der Arbeiter sank!“ (Abg. Klobasa: „Stimmt das vielleicht nicht?“)

Ja, ich komme darauf zurück, Herr Kollege. Untertitel: „Arbeiterkammer beweist, die Preise liefen den Löhnen davon.“ Und niemand geringerer, meine Damen und Herren, als Präsident Hrdlicka stellte dazu in der Wiener Arbeiterkammer in der darauffolgenden Arbeiterkammer-Vollversammlung wörtlich fest: „Pressemeldungen über einen angeblich sinkenden Lebensstandard entsprechen nicht der Meinung der Arbeiterkammer. Die Arbeiterkammer könne nicht verhindern, daß Statistiken falsch interpretiert werden. (Abg. Zinkanell: „Soll er nicht seine Meinung sagen dürfen?“)

Das ist eine Bestätigung. Ich habe sie deshalb auch zitiert.

Aber, meine Damen und Herren, genau zwei Monate später wiederum behauptete Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner in seiner Eigenschaft als Landesparteivorsitzender der sozialistischen Partei der Steiermark laut „Neuer Zeit“ vom 24. November 1968 wörtlich: „In den zweieinhalb Jahren der Alleinregierung ist fast alles schlechter geworden.“ Ich frage Sie, ob das kein Pessimismus ist. (Abg. Brandl: „Da hat er recht gehabt!“ — Unverständliche Zwischenrufe. — Landeshauptmann Krainer: „Arbeiterkammerstatistik, bitte!“)

Es ist heute viel vom Maulkorb die Rede gewesen und ich habe gestern, wie manche Damen und Herren des Ausschusses auch, die vielleicht berechtigte Frage des Herrn Kollegen Zagler gehört im Zusammenhang mit dem Fernsehreport: „Ja, kann denn jeder in diesem Land die Unwahrheit sagen?“ Ich möchte mich dieser Frage fast anschließen, Herr Kollege Zagler. (Landesrat Gruber: „Das war schon

immer so, gute Sozialisten sind nur die toten Sozialisten!“)

Herr Landesrat Gruber, es ist offenbar so, daß es für verschiedene sozialistische Spitzenfunktionäre einfach nicht wahr sein darf, daß selbst in der schwierigen Zeit, in der wir uns im Sog der internationalen Konjunkturverflachung befinden haben, es möglich gewesen ist, den Lebensstandard nachweisbar weiter zu verbessern. Ich will auf keine Einzelheiten eingehen. Man könnte hier eine lange Liste aufzählen. Aber wenn angesichts der Tatsache des weiter steigenden Lebensstandards immer wieder gesagt wird, alles sei schlechter geworden, dann muß man zwangsläufig zu dem Schluß kommen, daß es nach dem Willen der SPÖ einfach schlechter gehen müßte.

Das ist Zweckpessimismus ohne Rücksicht auf die Folgewirkungen für die Menschen in unserem Land, ohne Rücksicht darauf, daß die Folgewirkungen in erster Linie die Arbeitnehmer selbst und die Familien treffen würden. Anstatt laufend — und das möchte ich Ihnen heute sagen — ungünstige Entwicklungen zu prophezeien, (und ich muß meinen Kollegen Prof. Dr. Eichinger berichtigen; es ist nicht nur von 150.000, sondern von 200.000 und mehr Arbeitslosen die Rede gewesen, laut Arbeiterzeitung vom 11. Mai 1967, 17. September 1967 und 29. Dezember 1967) (Landesrat Peltzmann: „Die glauben der Arbeiterzeitung so selbst nichts mehr!“), anstatt also laufend ungünstige Entwicklungen zu prophezeien — fragen Sie sich vielleicht einmal selbst, ob Ihre Partei in der Rolle der Opposition nicht auch die Pflicht gehabt hätte, an der Bewältigung der existenziellen Probleme mitzuhelfen. Von der sozialistischen Fraktion wird die Notwendigkeit des Gutachtens, das uns heute vorliegt, in Zweifel gezogen. (Abg. Heidinger: „Nein, die Anwendung!“)

Sicher ist es bemerkenswert, daß der bisherige wirtschaftspolitische Referent des ÖGB Dr. Kienzl (Abg. Ileschitz: „Der hat noch keine Möglichkeit gehabt, zu diesem Elaborat Stellung zu nehmen!“)

Herr Kollege Ileschitz, zu dem gleichen Schluß kommt wie Prof. Burghardt hinsichtlich der Auswirkungen des Pessimismus, wenn er in „Arbeit und Wirtschaft“ vom Oktober 1967 wörtlich feststellt: „Heute glaubt noch die Mehrheit der Arbeitnehmer, die Mehrheit der Arbeitgeber daran, daß, wie in den vergangenen 20 Jahren Rückschläge bald überwunden werden können. Bricht einmal dieser Optimismus zusammen, dann verliert zweifellos die österreichische Wirtschaft ihren stärksten Motor.“ Das hat Dr. Kienzl festgestellt. Ich glaube, hier gibt es eine weitgehende Übereinstimmung.

Aber zum Schluß. Trotz des verbreiteten Pessimismus haben wir die Abschwächung, Gott sei Dank, überwunden und vielleicht besser überwunden als manche andere reichere und stärkere Länder, dank der rechtzeitigen Maßnahmen der Regierung, aber auch dank der vernünftigen Haltung der Sozialpartner in diesem Land. Wir haben mit einzelnen Ausnahmen eine gute Konjunktur erreicht und wenn alle in diesem Land, wo immer sie stehen und auf welchen Platz immer sie sich gestellt haben, ihre Mitverantwortung erkennen und bereit sind, ihre Arbeit zu leisten, werden wir auch

die offenen Probleme, die vor uns liegen, rascher bewältigen können. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Loidl das Wort.

Abg. Loidl: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mit bestem Willen konnte ich von Anfang an nicht daran glauben, daß es so ist, wie der Herr Kollege Fuchs gesagt hat, daß dieses Gutachten eingeholt wurde, weil es ganz interessant wäre, die Auswirkungen einer pessimistischen Einstellung auf die Wirtschaft zu untersuchen. Im Verlauf der Debatte hat sich immer deutlicher herausgestellt, daß ganz bestimmte Absichten dahinterstecken. Es sind hier sehr viele Persönlichkeiten bemüht worden vor allem durch Zitate aus den Zeitungen. Man sagt, der Spatz in der Hand ist besser als die Taube am Dach, und so will ich mich hier jetzt ausgeben als eine jener subversiven Personen und einen jener Schwarzmalers. (Landeshauptmann Krainer: „Das Wort subversiv ist nur auf der linken Seite gefallen!“)

Aber, Herr Landeshauptmann, Sie brauchen nur die Protokolle nachlesen und die Zwischenrufe. Sie brauchen nur die Tagespost lesen. Ich wurde als Schwarzmalers bezeichnet und ich stehe nicht an, hier jetzt Selbstkritik zu üben. Ich bilde mir nicht ein, daß dieses Gutachten gemacht wurde, um wissenschaftlich zu untermauern, was in mehreren Zwischenrufen gesagt wurde und letzten Endes in der Zeitung stand. Ich glaube, daß wir uns darüber, daß der Optimismus in jeder Lebenslage besser ist als eine pessimistische Einstellung, kein Gutachten holen brauchen. Wir zählen alle nicht zu den Leuten, die an den Weltuntergang glauben und deshalb das Haus verkaufen und alles versaufen. Dazu gehören wir nicht. Das sind die ganz schweren Pessimisten. Aber ich glaube, daß hier ein übertriebener Optimismus auch als Leichtsinns bezeichnet werden kann. Ich glaube, daß weder die Regierung noch die, die die Verantwortung tragen schwarzmalen oder die Dinge rosarot sehen sollen, sondern daß alles realistisch und nüchtern betrachtet werden muß. Das ist eine meiner Anklagen, die ich treffe und wofür Sie mich als einen Schwarzmalers bezeichnet haben. Niemand gibt die Gewähr dafür, daß Sie nicht jeden anderen auch als solchen bezeichnen, der hier redet. (Landeshauptmann Krainer: „Das ist doch ein schönes Wort ‚Schwarzmalers‘!“)

Eine Regierung müßte nicht dadurch Optimismus verbreiten indem sie sagt, man darf nicht aufzeigen, was schlecht ist und es verschweigt. Sie waren es, Herr Landeshauptmann, der heute vormittag den Zwischenruf wegen des Nichtverschweigens gebracht hat. Die Regierung müßte dem Volk, dem einfachen Menschen, der von diesem Gutachten nicht sehr viel hat, durch konkrete und richtige Entscheidungen zeigen, daß hier das Richtige geschieht und daß man Vertrauen haben kann und daß aus diesem Vertrauen heraus ein bestimmter Optimismus am Platz ist.

Ja, aber was ist denn in Wirklichkeit der Fall? Ich habe in meinen Budget-Beiträgen nicht leichtsinnig und unüberlegt behauptet, daß z. B. — ich habe das im Dezember 1966 gesagt — im Jahre 1967 die Investitionstätigkeit in der Bauwirtschaft zurückgehen wird. Ich wußte nicht, um wieviel,

aber ich habe befürchtet, daß es sehr arg sein wird. Und tatsächlich hat sich dann herausgestellt, daß es 26 Prozent waren. Es waren eben schon bestimmte Anzeichen dafür da und es ist eingetreten, aber nicht deswegen, weil wir hier davon gesprochen haben. Niemand wird sich einbilden, weil das der Loidl im Landtag gesagt hat, wird sich der Baumeister keinen Kran oder eine andere Maschine kaufen. (Landeshauptmann Krainer: „Aber natürlich nicht!“)

Wir sind damals deswegen angegriffen worden. Im Dezember 1967 haben wir es wieder ausgesprochen, weil die Maßnahmen die wir vorgeschlagen haben, nicht gesetzt wurden, daß ein weiterer Rückgang bei den Investitionen der Fall sein wird. Nun, die Zahlen, die das Wirtschaftsforschungsinstitut herausgebracht hat, besagten 23 Prozent.

Meine Damen und Herren und hier habe ich den Bericht für das Jahr 1969, die Vorschau. Man befürchtet, daß 1969 ein weiterer Rückgang bei den Investitionen um 19 Prozent sein wird. Das ist wieder Miesmacherei! Ich nehme es hin, wenn Sie wieder sagen, wir sind Miesmacher. Ich müßte nur darauf bestehen, daß Sie auch das Institut Nemschak der Miesmacherei bezichtigen. Ich glaube doch, daß Leute, die Verantwortung tragen, diese Überlegungen als Ausgangsbasis nehmen sollen für ihre Entscheidungen und nicht die Augen verschließen wie ein Vogel Strauß, der den Kopf in den Sand steckt und sagt „na, es wird schon besser werden“. Das ist absolut nicht unsere Auffassung. Und schauen Sie, wie leicht man sich das macht! Herr Prof. Dr. Eichinger, der bestimmt gescheitert ist als ich, geht da herauf und glaubt, er kann hier wie in einer Schule reden und die Schüler müssen das eben glauben, was er sagt, weil er der Gescheiterte ist. Er spricht von der Arbeitslosenziffer und sagt, daß das alles falsch ist, was hier gesagt wurde. (Abg. Dr. Eichinger: „Das habe ich nicht gesagt!“)

Ich habe hier die Unterlagen vom Arbeitsamt und vom Sozialministerium. 1967 — auch vorausgesagt — ist die Winterarbeitslosigkeit im Dezember leider von 28 Prozent im Jahr 1967 auf 42 Prozent im Jahr 1968 angestiegen. Ich habe dazu gesagt, meine Damen und Herren „leider“ haben wir recht gehabt. Ich wollte, wir hätten nicht recht gehabt. (Landeshauptmann Krainer: „Das waren ja nur Bauarbeiter!“)

Ja, Bauarbeiter, aber das ist ja damals auch bestritten worden. (Abg. Feldgrill: „Nur der Sektor der Bauarbeiter wurde herausgenommen!“ — Zwischenruf des Abg. Dr. Klausner. — Landeshauptmann Krainer: „Das ist doch unerhört, jemand anderem etwas in die Schuhe zu schieben! Sie sind doch auch im Gemeinderat, da gilt nur das, was die Mehrheit sagt!“)

Präsident: Ich bitte den Redner, fortzusetzen.

Abg. Loidl: Ich kann ja den Herrn Landeshauptmann nicht unterbrechen!

Meine Damen und Herren, es liegt erst rund zwei Monate zurück, als ich hier von diesem Platz aus die Befürchtung ausgesprochen habe, nicht als Zweckpessimismus, sondern abgeleitet aus den realen Gegebenheiten und Unterlagen, die uns zur Verfügung standen, daß die Winterarbeitslosigkeit

im heurigen Jahr die Katastrophenhöhe des vergangenen Jahres wieder erreichen, wenn nicht gar noch überschreiten wird. Und das ist leider prompt eingetreten! Wir liegen jetzt in diesen Tagen bei 46 Prozent. Natürlich Bauarbeiter. Ich bin ja wegen dieser Äußerungen als Schwarzmalerei bezeichnet worden. Wer gibt die Gewähr dafür, daß man nicht bei der nächsten Gelegenheit wieder Ähnliches hier sagt? Und wieder als Schwarzmalerei bezeichnet wird. Darauf geht es ja letzten Endes hinaus. (Abg. Feldgrill: „Das sagt niemand, daß man bei diesem Wetter nicht arbeiten kann!“)

Schauen Sie, ich kann mir schon vorstellen, es ist menschlich begreiflich, daß, wenn man die Verantwortung trägt und die Mehrheit hat, Kritik halt nicht sehr angenehm klingt in den Ohren. (Landeshauptmann Krainer: „Aber das ist doch gar nicht wahr!“)

Und die Äußerungen und das Verhalten lassen diesen Schluß ganz zwingend zu. Aber daß diese Kritik notwendig ist und daß sie in einzelnen Fällen auch zum Erfolg führen kann, beweist doch, daß auf dieses Drängen hin im vergangenen Jahr das Eventual-Budget frühzeitig freigegeben wurde, um die Situation etwas zu erleichtern. Das hat aber nicht ausgereicht. Daß man sich letzten Endes auch in der Frage des Terminplanes — in der Vorlage, die wir zurückgezogen haben, ist es schwarz auf weiß gestanden, er sei unnütz, nun doch dazu bekannt und einsieht, daß die Dinge nicht so sind, wie sie sein sollen oder wie man sie haben möchte. Das ist auch ein Ergebnis unseres Drängens. Sonst hätten wir ja nicht zweieinhalb oder drei Jahre immer wieder darum ringen müssen, wenn das alles so von Ihnen eingesehen worden wäre, wenn Sie das alles so wüßten, und — wie da auch gesagt worden ist — im Besitze der absoluten Wahrheit wären. Ich glaube also, daß dieses Gutachten — ich erlaube mir da gar kein Urteil — rein gefühlsmäßig in vielen Punkten richtig ist, aber es kommt ja, wie hier schon gesagt wurde, auf den Zweck und auf die Ursache und vor allen Dingen auf den Beweggrund an, meine Damen und Herren. Und der Beweggrund ist eben tatsächlich der, daß man die Kritik unterbinden will. Und wenn Sie das schon so ernst nehmen, dann klopfen Sie sich selbst auch an die Brust und erinnern Sie sich zurück, welche verheerende Kritik gegen die verstaatlichte Industrie jahrelang betrieben wurde (Zwischenruf von der SPÖ: „Jawohl, jawohl!“), bis es Ihnen tatsächlich gelungen ist, durch Ihre Überlegenheit in der Presse, im Rundfunk usw. in weiten Kreisen der Bevölkerung das Gefühl entstehen zu lassen — ich weiß das aus vielen Gesprächen — daß die Verstaatlichung nichts ist und erst jetzt beginnt man langsam wieder eine andere Gangart an den Tag zu legen.

Also man soll die Dinge nicht von einer Seite sehen. Eines sage ich Ihnen auch noch, meine Damen und Herren. Wenn es um wirtschaftliche Fragen geht, ich habe es schon einmal gesagt, wenn es um den Arbeitsplatz geht, wenn es um die soziale Sicherheit geht, dann sind und müssen wir es sein, die aus innerster Überzeugung hier an der vordersten Front zu stehen haben. Den Arbeiter und Angestellten trifft die Arbeitslosigkeit hart, nicht den Unternehmer, der halt statt 40 nur mehr 30 be-

schäftigt. Er wird seinen persönlichen Lebensstandard deshalb keineswegs einschränken. Ich bin völlig überzeugt, daß er auch seine Sorgen hat. Aber der wirtschaftlich Schwächere, den es zuerst trifft, ist der Arbeiter und Angestellte. Wenn ich von meinen Kollegen rede, dann sind die es, die jetzt noch nicht wissen, ob sie im März oder April einen Arbeitsplatz bekommen. Wenn wir nicht die Möglichkeit haben, das aufzuzeigen und zu sagen „Hallo, Ihr seid die Regierung, Ihr habt die Verantwortung, warum macht Ihr das und das nicht?“, dann ist das keine Demokratie mehr. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Wir befinden uns an der gleichen Front!“)

Ich muß Ihnen noch einmal ganz deutlich sagen und lesen Sie es nach, wegen solcher Äußerungen und Feststellungen, die sich übrigens nachher als richtig erwiesen haben, sind wir als Schwarzmalerei, als Pessimisten und als wirtschaftsschädigende Pessimisten hingestellt worden. (Landeshauptmann Krainer: „Nein!“)

Herr Landeshauptmann, Sie haben gesagt: „Tun Sie nicht krankjammern“. Das kommt so heraus, als ob es uns nicht recht wäre, wenn es aufwärts geht. Es kommt mir so vor, als wollten Sie uns unter-schieben, daß es uns paßt, wenn es schlecht ist in der Bauwirtschaft, weil das vielleicht auf Sie zurückfällt. (Abg. Jamnegg: „Wir wehren uns dagegen, wenn behauptet wird, das alles schlechter geworden ist!“)

Das ist nicht so. Ich möchte also feststellen, daß wir dieser Vorlage in erster Linie nicht wegen ihres Inhalts nicht zustimmen, sondern wegen der Absicht und den Ursachen, die Sie veranlaßt haben, diese Vorlage zu bestellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenngleich die Verlesung des ganzen Gutachtens durch den Herrn Berichterstatter erfolgt ist und sogar den etwas überraschenden Eindruck hinterlassen hat, daß die Abgeordneten des Hauses die Vorlage nicht angeschaut haben könnten, hat sich die Debatte doch sehr weit von diesem Gutachten entfernt. Das ist aus manchen, vor allem aber glaube ich aus zwei Gründen, sehr bedauerlich.

1. Weil, wenn man den Ausführungen des Herrn Abg. Prof. Dr. Eichtinger oder der Frau Abg. Jamnegg zugehört hat, scheinbar doch versucht werden soll, dieses Gutachten in einer Weise und in einem Sinn auszulegen und zu interpretieren, der dem Inhalt des Gutachtens überhaupt nicht entspricht und 2. weil dadurch die Vermutung auftaucht, daß es bei der Einholung dieses Gutachtens möglicherweise wirklich gar nicht um den Versuch gegangen ist, anhand einer wissenschaftlichen Untersuchung ein sicher ernst zu nehmendes Problem zu erörtern, sondern, daß es sich dabei von vornherein nur um die Absicht gehandelt haben könnte, den politischen Gegnern der Antragsteller, ohne Rücksicht auf das Ergebnis einer solchen Untersuchung, ein

Klampf anzuhängen, wie man gut steirisch sagen würde.

Ach so, das ist auch schon pessimistisch? Sehr gut!

Rückschauend auf die Zeit allgemeiner pessimistischer Wirtschaftsbeurteilung frage ich mich allerdings, wem dieses Klampf eigentlich wirklich angehängt werden soll. Nach Meinung der Antragsteller natürlich den bösen Sozialisten, dem Dr. Kreisky, der ja mit der Angst spekuliert, obwohl wir Sozialisten die Spekulation mit der Angst der Wähler von den Wahlkämpfen des Jahres 1966 her in einer ganz anderen Erinnerung haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Oder nicht nur dem Herrn Dr. Kreisky, sondern mir, weil ich zum Beispiel erklärt habe, daß in den Jahren der Alleinregierung der ÖVP fast alles schlechter geworden ist. Dazu muß ich sagen, daß ich das mit einiger Überzeugung und nach einiger Prüfung gesagt habe.

Wenn ich nämlich an die Tariferhöhungen und alles das, was damit begonnen hat, denke; wenn ich an die erhöhten und vermehrten Steuern denke; wenn ich an die gestiegenen Preise denke; wenn ich an das Staatsdefizit denke, das im Vorjahr und im Jahr 1969 mehr als dreimal so hoch ist, als zur Zeit der letzten Koalitionsregierung.

Wenn ich daran denke wie die Staatsverschuldung angewachsen ist, meine Damen und Herren.

Das ist kein Pessimismus, das sind Tatsachen, Herr Landeshauptmann. Wenn ich daran denke, daß die letzte Koalitionsregierung wegen 300 Millionen gesprengt und eine Regierungskrise heraufbeschworen wurde und daran, daß wir im darauffolgenden Jahr schon ein Defizit von 8 Milliarden Schilling im Staatsbudget gehabt haben oder wenn ich eben daran denke, in welch unerhörter Weise die Staatsschulden seit dem Jahre 1966 gestiegen sind, von 28 Milliarden Schilling, sehr verehrter Herr Landeshauptmann, auf über 40 Milliarden Schilling, dann genügt das vollauf, um meine Äußerung zu begründen.

Aber, Herr Kollege, wenn Sie die Arbeitsplätze sichern wollen, dann müssen Sie gefälligst die Investitionsquote des Budgets erhöhen, nicht senken.

Ich sage das alles durchaus nicht, um mich zu rechtfertigen, sondern ich sage es als nüchterne Feststellung und ich sage es, weil Sie mir die Tatsache vorgehalten haben, daß ich erklärt habe, es sei vieles in Österreich schlechter geworden.

Wenn man aber schon den bösen Sozialisten ein solches Klampf anhängen will, dann frage ich mich, was denn eigentlich mit jenen Leuten geschehen soll, von denen die Aussagen stammen, auf die sich die Sozialisten dabei sogar berufen haben und berufen konnten? Und was soll erst recht mit jenen geschehen, die Gleiches gesagt haben, ohne mit dem Sozialismus irgendetwas zu tun zu haben?

Meine Damen und Herren, da schreibt zum Beispiel die „Die Neue Zürcher Zeitung“ am 22. März 1966 — ich glaube, nicht von uns beeinflusst —: „Probleme der österreichischen Wachstumspolitik. Beunruhigende Symptome der wirtschaftlichen Entwicklung.“ (Landeshauptmann Krainer: „Die sind genau 1966 entstanden! Seit Sie mit Ihrer Propaganda in Zweckpessimismus begonnen haben!“)

Es ist schwer, bei so viel Zwischenrufen zu re-

den, das gebe ich ohne weiters zu, aber Sie werden mich nicht davon abhalten können, weiter zu reden. Schauen Sie, da habe ich einen Artikel, der überschrieben ist „Alarmsignal!“ Da heißt es: „Bundeskanzler Dr. Klaus, Vizekanzler Dr. Bock und Finanzminister Dr. Schmitz haben in diesen Tagen und Wochen wiederholt vor einer Überschätzung unserer Wirtschaftskraft bzw. unserer wirtschaftlichen Erfolge gewarnt. Und man könnte nun vielleicht meinen, es lägen hier sozusagen vorsorgliche Übertreibungen vor. Vorsorglich im Hinblick auf die ihrem Ende entgegengehenden Budget-Verhandlungen und der in Zusammenhang damit angemeldeten Ansprüche. Allein dem ist nicht so. Die drei Regierungsmitglieder übertreiben keineswegs. Und wenn es dafür noch eines Beweises bedürfte, so hat ihn das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung mit einem Bericht geliefert, der einem Alarmsignal gleichkommt.“ Und wissen Sie, woher dieser Artikel stammt? Aus der „Tagespost“! (Beifall. — Abg. Scheer: „Sie dürfen nicht alles glauben, was die Tagespost schreibt!“)

Danke, ich werde das beherzigen.

Aber, meine Damen und Herren, es schreibt zum Beispiel und zwar schon wieder die „Neue Zürcher“ über die Aussichten Österreichs für 1967, daß diese nach Ansicht vieler Fachleute ungünstig sind, daß das Wachstum zurücksinken wird usw. „Die Wachstumsprognose der österreichischen Wirtschaftsforscher ist dabei ja noch vorsichtig formuliert“, heißt es dort.

Wollen Sie das nicht hören, weil es zufällig nicht von den bösen Sozi's stammt, sondern aus der „Neuen Zürcher“ oder von der „Tagespost“ kommt? (Landeshauptmann Krainer: „Wenn Sie sagen böse Sozi, zum Schluß glauben Sie es selber!“)

Das brauchen Sie nicht zu fürchten, Herr Landeshauptmann! Aber da schreibt z. B. die in Ihrem Sinn bestimmt nicht böse „Presse“ im Jahr 1967: „Strukturschwächen in der Steiermark.“ Überschrift: „Pessimistische Prognosen.“ Und dann: „unter dem Durchschnitt.“ und „Mit einer Wachstumsrate von rund 50 Prozent erreicht die Steiermark nicht einmal das österreichische Mittel. Und bei der Industrie ist es noch viel schlechter“ usw. (Zwischenruf von der ÖVP: „Wahrscheinlich in der ‚Wochenpresse‘!“)

Nein, nicht in der „Wochenpresse“, in der „Presse“. (Gelächter.)

Da wird ferner in einer Wiener Zeitung die der ÖVP ganz nahesteht, zitiert, was der Herr Bundeskanzler Dr. Klaus sagt, auch im Jahr 1967: „Allzu oft sagte er, ‚wurden Wechsel auf ein starkes künftiges Wirtschaftswachstum ausgestellt, ohne daß diese Wechsel durch entsprechende wachstumsfördernde Maßnahmen, geschweige denn durch das tatsächliche Wachstum gedeckt wurden.“ Na, ist das kein Pessimismus? (Landeshauptmann Krainer: „Aber kein erzeugter Pessimismus!“)

Eben, ist ja von keinem Roten, daher ist er auch weder erzeugt noch überhaupt ein Pessimismus!

Da schreibt weiters die „Kleine Zeitung“ im Mai 1968 über die Schrumpfung bei Steyr-Puch: — Sehen Sie, ich komme der Gegenwartsgeschichte schon ein bißchen näher — „Nach mehreren Jahren ununterbrochener Ausweitung des Geschäftsvolumens in den Jahren 1964—1968 konnte eine

durchschnittliche Umsatzsteigerung von mehr als 8 Prozent erzielt werden. Bloß während des Konjunkturrückganges 1962/1963 gab es einen Knick in der Umsatzkurve. Nun aber mußten die Steyr-Daimler-Puch-Werke im Geschäftsjahr 1967 einen Rückgang des Gesamt-Umsatzes von 8,6 Prozent von 3.537.000.000 auf 3.234.000.000 Schilling verzeichnen und sie befindet sich in Schwierigkeiten.“ Und gleich darauf schreibt die „Kleine Zeitung“ — ich zitiere sie wieder wörtlich — „Nach der Kohle und dem Stahl ist nun auch die Fahrzeugindustrie in die Krise hineingeschlittert.“ „Der Steyr-Daimler-Puch-Konzern hat angekündigt, daß er 568 Arbeiter abbaut.“

Ja, meine Damen und Herren, was haben denn Sie von Dr. Kreisky und von mir und anderen alles zitiert? Waren das nicht Zitate aus 1967 oder 1968? Mit demselben Recht zitiere ich das was Sie und Ihre Leute in derselben Zeit gesagt haben.

Und, meine Damen und Herren, die „Kleine Zeitung“ schreibt, noch dazu am gleichen Tag: „Schadenssumme durch Insolvenzen eineinhalb Milliarden Schilling“ und sagt: „Genau 900 Fälle, und zwar 286 gerichtliche Ausgleiche und 614 Konkurse weist die vom Kreditschutzverband herausgegebene Insolvenzliste des abgelaufenen Jahres aus.“ (Abg. Dipl.-Ing. Fuchs: „Das ist kein Pessimismus, das ist Realismus!“)

Ah, das ist kein Pessimismus? Es ist offenbar Optimismus, oder wenn es von Ihnen kommt, höchstens Realismus, wenn von vielen Insolvenzen und Konkursen berichtet werden muß?

Präsident: Ich bitte, den Redner nicht dauernd zu unterbrechen.

Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazsek: Ich habe Sie immer für sehr sachliche Denker gehalten. Es täte mir leid, wenn Sie mich eines anderen belehren würden. Wissen Sie, ich will gar nicht alles zitieren was die Wochenpresse unter der Überschrift „Es ist ein Jammer“ geschrieben hat; da beruft sie sich nämlich auf den steirischen Landeshauptmann und darauf, daß er von den Schwierigkeiten gesagt habe, daran werden wir noch lange kiefeln.“

Und so könnte ich Ihnen vom Abbau bei den Simmering-Graz-Pauker-Werken aus derselben Zeitepoche erzählen. Wenn ich mir alle diese Aussagen vor Augen halte und wenn ich daran denke, daß der Herr Staatssekretär Tauß von Bereinigungen in der Industrie gesprochen und auf konkrete Fragen gemeint hat, er verstehe darunter die Schließung gewisser Betriebe, dann sind für meine Begriffe die Chancen einseitiger Vorwürfe wegen eines angeblich erzeugten Pessimismus zumindest stark durcheinander geraten, um das vorsichtig auszudrücken und dann sind Ihre Chancen, uns Vorwürfe zu machen, eigentlich recht gering geworden, meine Damen und Herren. Ziehe ich dann noch die amtlichen Statistiken zu Rate, wie etwa die Aussage der Kammer der gewerblichen Wirtschaft in der Steiermark über die Zuwachsrate der steirischen Industrie, daß nämlich 72 Prozent aller steirischen Betriebe unter der durchschnittlichen österreichischen Zuwachsrate liegen, nur 18 Prozent diese Zuwachsrate erreichen

und nur 10 Prozent darüber liegen, ganz zu schweigen von der Wachstumsrate anderer moderner Industrieländer, oder vergegenwärtige ich mir z. B. aus dem Heft 4/1968 der steirischen Statistiken, die Aussagen über die Industriebeschäftigung in unserem Land, daß sie nämlich 1965 gegenüber 1964 noch um 0,5 Prozent zugenommen, aber von 1965 auf 1966 aber schon um zwei Prozent abgenommen hat, 1967 um 6,3 Prozent gegen 1966 gesunken und 1968 gegen 1967 wieder um 2,4 Prozent zurückgegangen ist, dann scheinen mir die Hoffnungen der Antragsteller wirklich weitgehend zusammenbrechen zu müssen, wenn sie geglaubt haben, daß sie uns mit ihrem Antrag und mit dem Gutachten ein Klampfl anhängen können.

Aber wir bestreiten — weil das gestrige Gespräch im Ausschuß durch die Frau Abg. Jamnegg auch hier zur Sprache gebracht wurde — wir bestreiten keineswegs, daß Meinungen manipuliert werden können, daß dabei Optimismus und Pessimismus eine Rolle spielen und daß namentlich diejenigen, die über die Massenmedien verfügen, tatsächlich versucht sein können, die Meinungen mitunter zu manipulieren. Vielleicht gar nicht nur mitunter. Aber wenn wir zugeben, daß Meinungen manipulierbar sind und daß dabei Optimismus und Pessimismus eine Rolle zu spielen vermögen, dann sagen wir damit keineswegs, daß auch Tatsachen manipuliert werden können. Das ist etwas ganz anderes. Tatsachen lassen sich meiner Ansicht nach weder durch Optimismus noch durch Pessimismus manipulieren. Und man wird uns Sozialisten nicht nachsagen können, daß wir je wirtschaftliche Prognosen erfunden hätten. (Landeshauptmann Krainer: „Das kann ich Ihnen nachsagen!“)

Nein, Herr Landeshauptmann. Wir haben uns immer an die Tatsachen gehalten. Wir haben uns an die Kündigungen, an die Insolvenzen usw. gehalten. Wir haben uns an das statistische Material gehalten. Wir haben uns an die Aussagen der Stellen gehalten, von denen wir geglaubt haben, daß sie nur auf Tatsachenbasis operieren können, wie etwa das Wirtschaftsforschungsinstitut oder der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen oder die Kammer — auch die Kammer der gewerblichen Wirtschaft — oder an die Angaben sonstiger Stellen, die unserer Meinung nach, zu solchen Aussagen berufen sind. Es wäre also völlig absurd, uns einen von uns erzeugten Pessimismus in die Schuhe schieben zu wollen. Das möchte ich Ihnen mit aller Deutlichkeit gesagt haben.

Wir haben, Frau Abg. Jamnegg, auch in der ganzen Zeit der ÖVP-Regierung bei aller natürlichen und doch wohl auch selbstverständlichen Kritik an deren Maßnahmen bewiesen, daß wir uns der staatstragenden Rolle der Opposition und der staatstragenden Mitverantwortung der Opposition sehr wohl bewußt sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Sie haben keinen Grund, etwas anderes zu sagen! Mit uns haben die österreichischen Arbeitnehmer und ihre Organisationen sehr wohl bewiesen, daß sie sich ihrer Verantwortung bewußt sind und daß sie die Rolle verstanden haben, die sie immer getragen haben. (Landeshauptmann Krainer: „Darf ich einen Zwischenruf machen? Die Gewerkschaften mußten die Parteileute belehren!“)

Herr Landeshauptmann, das ist hochinteressant,

nur beweisen müssen Sie es! Wenn aber die Gewerkschaften die Parteien belehren haben müssen, dann wird es vielleicht auf Ihrer Seite so gewesen sein. (Landeshauptmann Krainer: „Die Gewerkschaft war bereit, Ihnen zu widersprechen!“)

Eigentlich hat der ÖAAB Ihrer Parteiführung mitunter widersprochen, habe ich öfter gelesen! (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben eine den Staat und das Land tragende Gesinnung hier in dieser Landstube und wir haben diese Gesinnung auch in der steirischen Landesregierung bei allen Fragen bewiesen; bei der Budgetpolitik des Landes, bei der Bekämpfung der wirtschaftlichen Schwächen im Land, bei der Steigerung der wirtschaftsfördernden Investitionen in unserem Land und bei der Bereitschaft, gemeinsam alles aufzubieten, um die Mängel in unserer Strukturpolitik zu überwinden.

Ich bin so oft zitiert worden.

Herr Landeshauptmann, Sie brauchen sich ja nur zu bemühen, um Stellvertreter oder Vorsitzender Ihrer Partei zu werden. Das wird Ihnen doch gelingen!?

Im übrigen ein ganz ernstes Wort. Ich habe mich nie gescheut, in Zeiten eines allgemeinen wirtschaftlichen Pessimismus und allgemein pessimistischen Beurteilung der Wirtschaftsaussichten zu betonen, daß man die ÖVP und die von ihr gebildete Regierung nicht schlechthin für alles verantwortlich machen soll, was schlecht ist, sondern daß man ihre Verantwortung auf das beschränken soll, was die Regierung angesichts der Schwierigkeiten getan oder sehr oft auch nicht getan hat.

Ich habe mich nie gescheut, das zu sagen. Aber, meine Damen und Herren, ich scheue mich auch nicht, heute genauso zu sagen, daß Sie sich nicht aufspielen und daß Sie sich nicht allzusehr auf die Wendungen zum Guten berufen sollen, die mit dem allgemeinen Konjunktur-Aufschwung in Europa auch in Österreich eingetreten sind. Genauso, wie in anderen Zeiten, die Schwächen sind auch die jetzigen Auftriebskräfte, von außen gekommen; sie kommen uns erfreulicherweise zugute! (Landeshauptmann Krainer: „Ah, das Gute kommt von außen, das Schlechte von der Regierung!“)

Die Auftriebskräfte in Österreich kommen nicht von der ÖVP und von der von ihr gebildeten Regierung, sondern sie kommen nicht zuletzt von der Bundesrepublik, in der das vordem von der CDU geführte Zepter der Wirtschaftspolitik, von der jetzigen Koalitionsregierung zum Wohle aller ganz entscheidend herumerissen wurde. Auch zu unserem Wohl.

Meine Damen und Herren, ich wollte Ihnen das alles nur sagen, damit wir uns verstehen. Damit wir keine Zweifel darüber aufkommen lassen, woran wir miteinander sind, wenn wir über dieses Gutachten reden. Wir reden nicht über den Inhalt des Gutachtens, sondern wir reden über und gegen das, was es scheinbar — von Ihnen aus gesehen — bezwecken sollte, was übrigens die Debatte und die dazu geleisteten Beiträge einiger Herren und Damen aus Ihrem Lager ergeben haben.

Das wollte ich Ihnen sagen und die ganz klare Feststellung, daß Sie einen Versuch mit untauglichen Mitteln unternommen haben, wenn Sie glauben, daß es Ihnen gelingen könnte, aus einem auf

psychologisch und soziologischen Grundlagen aufgebauten Gutachten, politische Aspekte für Ihre Zwecke abzuleiten, und daß jene Spekulation Ihrerseits, die darauf hinausläuft, uns ein „Klumpff“ anzuhängen, völlig daneben gehen wird. Sie werden uns keinen Maulkorb umhängen! Und, meine Damen und Herren, Sie werden sich auch nicht der Verantwortung entziehen, die Sie und Ihre Freunde auf höherer Ebene übernommen haben, als Sie die Alleinregierung in Österreich gebildet haben! (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Der Herr Abg. Nigl ist als nächster Redner zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Nigl: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hoher Landtag! Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß das, was der Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner hier ausgeführt hat, einer ziemlich groß angelegten Verteidigungsrede gleichkommt (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Oh nein!“), die er allerdings nicht erst heute auf Grund der anderen Debattenbeiträge, sondern schon gestern verfaßt hat, wonach die Absicht, die Vorlage nach seiner Weise zu interpretieren, auch schon gestern festgestanden sein dürfte. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Aber gehen Sie, habe ich irgendetwas Gleiches gesagt gestern? Hier haben Sie meine Notizen, die ich früher während der verschiedenen Äußerungen gemacht habe!“)

Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich will Sie ja nicht aus den Ausschlußberatungen zitieren. (Erster Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Zitieren Sie mich ruhig, wenn Sie das Bedürfnis dazu haben!“)

Ich glaube, meine Damen und Herren, es kommt bei der Beratung dieser Vorlage — Herr Dr. Klauser, Sie kommen auch noch dran — meiner Meinung darauf an, auf welche Weise ein Pessimismus zustande kommen kann (Abg. Dr. Klauser: „Und wer das beurteilt!“) — und das sagt ja letzten Endes das Gutachten aus, Herr Dr. Klauser — es kommt ja nicht darauf an, Prognosen und Gutachten, die auf Grund einer Basis, auf Grund einer Entwicklung zustande kommen, anzuzweifeln oder zu sagen, das, was die Wissenschaft hier oder da festgestellt hat, wäre vom Tisch zu fegen, wie etwa eine Prognose über eine wirtschaftliche Entwicklung, die man voraus begutachtet auf Grund einer Basis, die sich jetzt ergibt. Darauf kommt es nicht an. Es kommt auch gar nicht darauf an, welche Entwicklung etwa auf dem Arbeitsmarkt besteht oder eintreten kann. Es kommt vielmehr meiner Meinung nach darauf an, ob man eine Prognose auf Grund einer echten Basis erstellt oder aber, ob man Erfindungen und Behauptungen in die Welt setzt, lediglich in der Absicht, den anderen zu verleumden und zu verleumden und dadurch einen Pessimismus zu erzeugen, der aus keiner Basis hervorgeht, sondern der eine echte Erfindung ist.

Das nachzuweisen, das werde ich mich in ein paar Zitaten auch bemühen. (Landesrat Gruber: „Wem wollen Sie das nachweisen?“)

Ich will ein praktisches Beispiel anführen, Herr Landesrat Gruber. Wenn wir einen Propheten vor

uns haben, nehmen wir an, einen Wetter-Propheten, der wider besseren Wissens erklärt oder feststellt, am kommenden Wochenende wird es regnen, worauf manche den Sonntag oder das Wochenende nicht dazu benutzen, hinauszufahren, dann ist das eine falsche Prognose. Wenn er diese Prognose wider besseres Wissen stellt, dann ist es eine unverantwortlich falsche Prognose. Das, Herr Landesrat Gruber, wäre „erzeugter Pessimismus“. Passen Sie auf: Damit Sie also sehen, was ich damit meine, darf ich Ihnen doch etwas zitieren. (Landesrat Gruber: „Wenn das umgekehrt gemacht wird für den Fremdenverkehr, was ist damit?“)

Kollege Scheer, Dein Hochwasservergleich hat da nicht recht gezogen, er war eher dazu geeignet, diesen ernstesten Beitrag ins Lächerliche zu ziehen, diesen ernstesten Antrag und diese ernste Frage, um die es uns wirklich ernst ist, weil wir eben dafür verantwortlich sind, welche wirtschaftliche Entwicklung das Land nimmt.

Ich sage also „gezielter Pessimismus“. Und nicht einmal gesagt, sondern darauf angelegt, jemand schlecht zu machen, Prognosen zu stellen, von denen jeder wissen muß, daß sie nicht eintreten werden und nicht eintreten können.

Beispiel „Arbeiterzeitung“ vom 20. Februar 1966: „ÖVP-Sieg gefährdet Pensionsdynamik!“ „Arbeiterzeitung“ vom 26. Februar 1966: „Kommt es zur Alleinherrschaft der ÖVP, droht auch den Pensionen ernste Gefahr!“ Drittes Zitat: „Arbeiterzeitung“ vom 3. März: „Eine solche ÖVP-Mehrheit würde aber auch eine ernste Gefahr für vieles schon Erreichte darstellen, auch die jährliche Erhöhung der Pensionen auf Grund der Pensionsdynamik muß ja im Nationalrat beschlossen werden.“ (Abg. Dr. Klauser: „Wir könnten Ihnen auch das Plakat mit den drei Pfeilen bringen!“)

Es ist also darauf angelegt gewesen, den Pensionisten und Rentnern vor der letzten Nationalratswahl jene Angst einzuflößen, auf die sich Herr Landeshauptmann DDr. Schachner beruft, Angst zu machen (Abg. Dr. Klauser: „So wie die Rote Katze!“), Pessimismus zu erzeugen und den Leuten weiszumachen, „na, wenn ihr das wählt, dann wird das oder jenes eintreten.“

Aber es kam ja noch viel dicker: Wenn Sie sich an Ihre Wahlflugschriften des Jahres 1966 erinnern, wo drinsteht, „Alleinherrschaft“, „Unfriede“, „Haß“, „Arbeitslosigkeit“, „keine Pensionsdynamik“ und anderes mehr.

Meine Damen und Herren, das ist erzeugter Pessimismus, das ist bewußt erzeugter Pessimismus, wider besseres Wissen erzeugter Pessimismus, das ist das, was wir meinen und von dem wir glauben, daß es nicht sein soll. Mit der Angst der alten Leute, vor allem der Rentner und Pensionisten spekuliert man nicht (Landesrat Gruber: „Mit der Angst habt Ihr noch jede Wahl gewonnen), weil man hier eine teuflische Aussage macht, wenn man solche pessimistische Parolen in die Welt setzt.

Aber auch am 31. Oktober 1967 steht als Schlagzeile in der „Neuen Zeit: „ASVG-Renten wackeln.“ Usw. Jetzt ist der Herr Dr. Klauser nicht da! (Landesrat Gruber: „Der ist nicht heiß drauf, was Sie sagen!“)

Ob er heiß ist oder nicht, steht nicht zur Debatte, ich will ihm nur sagen, es kommt auch darauf an,

daß jemand ein Gesetz oder eine Sache so auslegt, wie es drinnen steht. Und wenn das Pensionsanpassungsgesetz den Leuten Pensionserhöhungen zusichert und in einer ÖVP-Alleinregierung trotz aller pessimistischen Voraussagen diese Erhöhungen auch tatsächlich eingetreten sind, nämlich am 1. Jänner 1967 mit 8.1 Prozent, am 1. Jänner 1968 mit rund 6.4 Prozent und jetzt, am 1. Jänner 1969 wieder mit 7.1 Prozent, dann ist das der eklatante Beweis, daß hier pessimistische Parolen in die Welt gesetzt worden waren, die nur dazu angetan waren, andere zu verteufeln und Zweckpessimismus zu erzeugen. Das kann meiner Meinung und unserer Auffassung nach nicht Sinn einer verantwortungsbewußten Politik sein und wenn sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner auf die staatstragende Rolle der Opposition beruft, dann muß ich dazu sagen, daß auch jener Bereich, der die Pensionsdynamik behandelt, zu den staatstragenden Aufgaben auch einer Opposition gehört. (Landesrat Gruber: „Herr Abgeordneter, was hat der Finanzminister Koren beim letzten Parteitag gesagt? Es müßte auch der Bund angegriffen werden!“)

Wenn man da Unruhe schafft, könnte sehr leicht eine Krise eintreten. Wer ist dann schuld, wenn eine solche Krise angezündet wird? Auch die Regierung? Wenn man jahrelang nur eingeheizt hat und ins Feuer hineingeblasen hat und den anderen schlecht gemacht hat? Das glaube ich, sollten wir uns alle vor Augen halten. Ich glaube daher, daß es richtig ist, daß wir diese Regierungsvorlage mit dem Gutachten nicht nur zur Kenntnis nehmen sollen, sondern daß sie vor allem jene Kreise ansprechen soll, die es sich allzu leicht machen und mit wenig Verantwortungsbewußtsein Parolen in die Welt setzen, die erlogen sind und die nichts anderes bedeuten sollen, als andere schlecht zu machen. (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter Josef Stöffler: Ich sehe mich genötigt, auf das Schlußwort nicht zu verzichten, weil der Herr Abg. Heidinger mich in seiner Rede zitiert hat. Ich habe keine andere Gelegenheit, ihm darauf zu entgegnen. Ich bitte, mir das zu gestatten.

Präsident: Der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Abg. Stöffler: Ich darf also feststellen, daß unbestritten blieb aus meinem Bericht, daß der Pessimismus eine Denkensart ist, bei der lediglich negative Aspekte betont werden. Es ist auch unbestritten geblieben, daß der Pessimismus schädigende Wirkungen hat. Wie nötig es war, darüber im Haus zu reden, zeigt die Erregung und die Debattenlänge. Wenn damit erreicht werden kann, daß der Politiker, der Publizist oder sonst jemand, der an die Öffentlichkeit herankommt, jenes Maß sucht und findet, das eingehalten werden muß, um keinen Schaden für die Gemeinschaft anzurichten, dann hat die heutige Debatte und der Antrag, den ich namens des Ausschusses zu vertreten habe, seinen Erfolg. Die Reaktion war verschieden. Auch in-

nerhalb der Fraktionen. Das ist verständlich. Unverständlich wäre es nur, wenn sie keine weitere Wirkung hätte. Es ist nicht immer möglich, nur Gutes zu berichten. Oft muß man warnen und ich darf vielleicht ein Beispiel aus einer sehr dramatischen Zeit wählen. Als Churchill seinem Volk im 2. Weltkrieg nur Blut und Tränen verhiess, hat man ihn nicht als Pessimisten bezeichnet. Hätte er gesagt, wir sind verloren, dann wäre er ein Pessimist gewesen und hätte Schaden angerichtet. Wer publizistisch tätig ist, der wird dieses Gleichnis verstehen, ohne mir unterschieben zu wollen, daß ich heute von Blut und Tränen rede. Ich wünsche allen, die das angeht, jedem Politiker, auch außerhalb dieses Hauses und jedem Publizisten viel Erfolg bei der Beachtung dieses Gleichnisses, Erfolg zum Wohle aller und im übrigen wiederhole ich meinen Antrag.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Berichterstatters gehört. Wer für den Antrag ist, möge eine Hand erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nun zum letzten Punkt der Tagesordnung:

28. Wahl in den Gemeinde- und Verfassungsausschuß und in das Kuratorium der Landes-Hypothekenanstalt.

Nach § 54 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages sind Wahlen im Landtag mit Stimmzettel durchzuführen, sofern die Wahl nicht in anderer Form einstimmig beschlossen wird.

Im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hause vertretenen Parteien schlage ich vor, diese Wahl durch Erheben mit der Hand vorzunehmen.

Wer mit diesem Vorschlag einverstanden ist, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. (Geschieht.)

Ich stelle fest, daß mein Vorschlag, die Wahl ohne Stimmzettel durchzuführen, einstimmig angenommen ist.

In der letzten Landtagssitzung am 10. Februar 1969 wurde Abg. Koiner als Mitglied in den Gemeinde- und Verfassungsausschuß gewählt.

Nach dem Wahlvorschlag der ÖVP ist jedoch Abg. Koiner als Ersatzmann und der bisherige Ersatzmann Abg. Feldgrill als Mitglied vorgesehen.

Um diesem Vorschlag zu entsprechen, wird nunmehr folgender Wahlvorschlag gestellt:

In den Gemeinde- und Verfassungsausschuß Abg. Franz Feldgrill als Mitglied und Abg. Simon Koiner als Ersatzmann.

Ich ersuche die Abgeordneten, die dafür sind, um ein Händezichen. (Geschieht.)

Der Wahlvorschlag ist somit angenommen.

Von der Österreichischen Volkspartei wurde für den am 13. November 1968 verstorbenen Anton Seiner, Bürgermeister Johann Aichhofer in Rosegg Nr. 16 wohnhaft, als Ersatzmitglied in das Kuratorium der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark vorgeschlagen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Vorschlag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Vorschlag ist somit angenommen.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft.

Im Einvernehmen mit den Obmännern der im Hause vertretenen Parteien beantrage ich, mit dieser Sitzung die Herbsttagung 1968/69, gemäß § 13 Abs. 3 der Landesverfassung zu schließen.

Gleichzeitig stelle ich den Antrag, gemäß § 13 Abs. 4 der Landesverfassung, sämtliche Landtags-Ausschüsse zu beauftragen, die Beratungen während der tagungsfreien Zeit über die offenen Regierungsvorlagen fortzusetzen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesen beiden

Anträgen zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. (Geschickt.)

Die Anträge sind angenommen.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Die Sitzung und die Herbsttagung sind damit geschlossen.

Schluß der Sitzung: 16.20 Uhr.